

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (fortgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 14. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Sturmbögel im Ruhrkohlenbezirk.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Der Streik auf Zeche Oberhausen ist für die Arbeiter glücklich beendet; sie haben den „betriebstechnischen“ Schwierigkeiten Rechnung getragen und eine Viertelstunde Seilfahrtsverlängerung zugestanden. Die Zechenverwaltung wollte mindestens dreiviertel Stunden Verlängerung, auch sollte die Arbeitszeit der Lampenputzer obligatorisch von 8 auf 12 Stunden hinaufgesetzt werden. Es ist der Zeche nicht gelungen, ihren Willen durchzusetzen dank der einmütigen Entschlossenheit der Belegschaft. Vergangenen Sonnabend konnte der 2000—2500 Köpfe starken Streikerkreis mitgeteilt werden, daß die Werksdirektion zugestanden habe, was sie am vorhergehenden Donnerstag noch strikte verweigerte. Wie weit das Eingreifen der Vergbehörde und des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf zu der schnellen Erledigung des Ausstandes beigetragen, läßt sich mangels genügender Kenntnis der behördlichen Seite mit den Zechenleitern gepflogenen Unterhandlungen nicht genau abmessen. Anerkennung muß aber werden die prompte Bereitwilligkeit des Oberbergamts zur Intervention, als die Arbeiter darum ersuchten. Der jetzige Vorsitzende des Amtes, Herr Vergbahauptmann Bau, hat dadurch bewiesen, daß er besser die wirtschaftliche Bedeutung eines gewaltigen Bergarbeiterstreiks übersteht, wie seine Vorgänger, die 1880—1893 stets sehr überrascht waren — oder doch wenigstens so thaten — von den damals ausbrechenden Streiks.

Der Oberbergbehörde kann auch unmöglich unbekannt sein, daß der Streik in Oberhausen nur ein Symptom sei, welches die gärende Empörung in der ganzen Bergarbeiterschaft grell beleuchtete. Was dem Unergründlichen als alleinige Auslandsursache erscheint — nämlich die Seilfahrtsverlängerung — ist gar nicht die schließlich entscheidende Ursache gewesen! Die Oberhausener haben abgewehrt, was zur Zeit schon auf sehr vielen Ruhrgruben „glütig“ geworden, ohne daß ein Hahn danach krächte, wenn nicht die Arbeiterpresse diese Fälle fortwährend der Schichtausdehnung registrierte und festhielt. Hunderte Belegschaftsmitglieder auf Zeche Oberhausen haben früher auf anderen Gruben die verlängerte Seilfahrtszeit kennen gelernt; der Belegschaftswechsel ist bekanntlich im Ruhrgebiet sehr stark. Was diese Leute auf anderen Zechen schon mitmachen mußten, ohne darum zu streiken, konnte doch schließlich auch hier nicht lediglich Streikursache sein, als es auf der Grube Oberhausen eingeführt werden sollte. Es mußte ein ganzer Komplex von Werksmängeln existieren, durch den die Arbeiter erregt waren, bis dann die geforderte Schichtverlängerung das Maß zum Ueberlaufen brachte. So ist es denn auch.

Im Ruhrgebiet fliegen Sturmbögel, die Bergarbeiter-Versammlungen am letzten Sonntag waren selbst an solchen Orten überfüllt, von einer erregten Stimmung beherrscht, wo sonst nur mäßiger Besuch sich gleichmäßig einfand. Selbstredend kam überall die Rede auf den Streik in Oberhausen. Wäre derselbe nicht am vorigen Sonnabend beendet worden, zweifellos erfuhr die Ausstandsbewegung in dieser Woche eine ungeahnt große Ausdehnung! Nicht nur das erwachende Solidaritätsgefühl, mehr noch drängten die eignen Drangsale die andern Belegschaften zum Streik. Wenn das noch nicht klar war, der konnte sich in den Bergarbeiter-Versammlungen Rat holen. Die Reichstags-Abgeordneten und die Blätter, denen es gestel, unfren Genossen Sache und Haus „Ubertreibung“ und „Verheugung“ vorzuwerfen, als sie im Reichstage die Empörung der Bergleute schilderten, diese Beschuldigungshofräter hätten besser gethan, der Streikversammlung in Oberhausen am 6. Februar beizuwohnen; dort konnten sie lernen, wenn sie wollten.

Obwohl die eigentliche Forderung der Belegschaft bewilligt, bedurfte es doch des ganzen Einflusses der gewählten Arbeitervertretung und der Gewerkschaftsführer, um die Akzeptierung dieser Konzeption durch die Ausständigen zu erzielen. Es kamen nämlich alle die alten und bisher unberücksichtigt gelassenen Arbeiterbeschwerden zum anlagenden Ausdruck seitens der Belegschaftsmitglieder. Und es zeigte sich, wie sehr die erfolgte Arbeitsniederlegung verurteilt ist durch eine langwährende tiefgehende Erregung der Arbeiter über ihre „betriebstechnische“ Schädigung.

Die Lohnfrage wurde aufgerollt! „Kohlen, immer Kohlen schaffen, sagt der Steiger, aber er denkt nicht daran, uns die Bedinge und Schichtlöhne aufzubessern. Abgezogen bekommen wir, mehr schütten wie früher müssen wir.“ So die Arbeiter in der Streikerversammlung. Die Kohlenproduktion ist beispiellos gestiegen, aber die Arbeitslöhne bewegen sich immer noch auf dem Stand von 1899. Das empört. Kommt noch hinzu die völlig einseitige Festschließung der Bedinge (Accordtag); der Beamte dekretiert, die Kameradschaft muß das Bedinge annehmen — oder die Abkehr verlangen. Dieses Verfahren widerspricht selbstredend jeder Gerechtigkeit und dem Gesetz. Ein „Bedinge“ kann nur „vereinbart“ werden zwischen den beiden Kontrahenten, so ist es früher gewesen im Bergbau; heute bekommt der Arbeiter „was der Steiger schreibt.“ Tiefgehende Empörung und Erhöhung der Unfallgefahr sind die Folgen jener Vergewaltigung des wirtschaftlich Schwächeren. Die Leute bekommen oft ein „Bedinge“, Grund dessen sie zur hastigen, unvorsichtigen Arbeit gezwungen sind! Unter Ramennennung der Opfer hört man oft die Bergleute sagen, dieser oder jener Unglücksfall wäre nicht vorgekommen, wenn das „Bedinge“ besser war! Hier stehen wir auf einem geradezu furchtbaren Sozialzustand. Wenn der Gesetzgeber hier nicht schnell

eingreift zur Wiederherstellung des alten arbeiterschützenden Verfahrens beim Bedinge-Abschluß, dann sind die Folgen leicht vorauszusagen.

Eng damit zusammen hängt das ungeheuerliche System des „Wagennullens“. Für die Entbehrlichkeit dieses ungeheuerlichen Systems zeugt gerade die Zeche Oberhausen, wo unter der früheren Betriebsleitung nicht oder so gut wie nicht „genullt“ wurde, aber die seit einigen Monaten fungierende neue Betriebsleitung die „Nullerei“ systematisch einführt. Ohne „Nullen“ ist die Zeche sehr gut gefahren, sie hatte mit den stabilsten Arbeiterstand im Ruhrgebiet, die Fördererergebnisse haben nie Anlaß zur Klage gegeben. Jetzt ist trotzdem das „Nullen“ gang und gäbe, eine Quelle wachsender Unzufriedenheit der Arbeiter. Man kann diese Arbeiterschädigung „betriebstechnisch“ entbehren, das ist jahrzehntelang erprobt; die Neu-Ordnung“ beweist daher, wie gleichgültig den Verwaltungen ein gutes Einvernehmen mit der Belegschaft ist. Die „genullten“ (ungültig erklärten, nicht angerechneten) Wagen können von den Betroffenen nicht nachgeprüft werden, auch ein Verfahren, das dem Willen des Gesetzgebers ein Schnippchen schlägt. Was „genullt“ ist, erfährt die Belegschaft erst am Schacht bei der Ausfahrt durch bloße Befragung; ob der Lohnabzug (denn ein solcher kommt in Betracht) zu Recht oder Unrecht eintrat, davon weiß der Geschädigte nichts. Indem er den gefüllten Wagen dem Schlepper bezw. der maschinellen Förderung übergibt, hat der Füller sich jeder Kontrolle des ferneren Schicksals seines Arbeitsproduktes begeben. Andre Leute verfügen dann über seine Leistung, ihnen obliegt es faktisch, die Entlohnung des Schaffenden willkürlich zu bestimmen. Unzählige Fälle von Betrug sind schon hinsichtlich der „Nullerei“ aufgedeckt, aber es besteht weiter auf fast allen Gruben und grassiert immer schlimmer, wie die Befindungen der Arbeiter in ihren Versammlungen und Pressen bezeugen. 1899 war das betrügerische „Nullen“ ein Hauptanlaß zu dem Miesenstreik, da die „Nullerei“ jetzt wieder läppig ins Kraut geschossen ist, werden auch die damaligen Wirkungen wieder eintreten, wenn die Behörden nicht zum Schutze des Arbeitervermögens schleunigst eingreifen. In den Oberhausener Streikversammlungen genügte die Erwähnung des „Nullens“, um den tiefen Jörn der Arbeiter wachzurufen.

Jetzt tritt hinzu die allmähliche Verlängerung der Schichtdauer. Die Unternehmer verlangen eine „achtstündige Schicht vor Ort“ (d. h. vor der eigentlichen unterirdischen Arbeitsstelle). Die Schächte werden aber stets tiefer, erweitert werden die unterirdischen Anlagen. Infolgedessen dehnt sich die zur Aufführung der Arbeitsstelle („vor Ort“) nötige Zeit für die Belegschaften fortwährend aus. Wenn auch „nur“ achtstündige Schicht „vor Ort“ gilt, so beträgt doch jetzt schon der unterirdische Aufenthalt 9—10 Stunden! Die Unternehmer verlängern die „Seilfahrtszeit“ extensiv; sobald die andauernd vergrößerte Belegschaft in 1/2 Stunde nicht mehr eingefördert werden kann, setzen die Werksleiter 15, 20, 25, 30 und mehr Minuten zu, und zwar derart, daß nun der erste Stoch mit Mannschaften z. B. sechs um fünf Uhr einfährt, während er früher erst um 5 1/2 oder 5 3/4 Uhr abgelaufen wurde. Mit der Ausfahrt geht es entsprechend ebenso. Bei dieser Methode kommen die Belegschaften zu einem im selben Maße verlängerten unterirdischen Aufenthalt, wie die Arbeiterzahl sich vergrößert und der Bergbau in größere Tiefen und Weiten vor sich geht. Also nicht eine dem gefährlichen Betriebe Rechnung tragende Abkürzung der unterirdischen Schichtzeit ist das Ziel der Werke, sondern das Gegenteil. Wohin solche „Arbeiterfürsorge“ führen muß, versteht sich am Rande. Die Arbeiter rechnen sich mit gutem Recht den häufig sehr beschwerlichen und gefährlichen unterirdischen Weg zum „Ort“ als Schichtzeit an, stehen sie doch vom Beginn der Einfahrt bis zum Ende der Ausfahrt dem Werke zur Verfügung. Oft kommen die Leute „vor Ort“ an schon ermatet von der Klemmerei und Kriecherei durch die Strecken, Durchgänge etc. Das betonen die Arbeiter ausdrücklich, deshalb ihre Erbitterung über das Vorgehen der Werksverwaltungen. Eins kommt zum andern, ehe es sich jemand versteht, brennt die Flamme höherlos.

Wir bedürfen also eines gründlichen Bergarbeiterkongresses, der endlich einmal der Werksverwaltung einen Riegel vorschiebt. Dabei muß die moderne Entwicklung der Gruben sorgfältig berücksichtigt werden. Die Arbeitszeit muß Ein- und Ausfahrt muß im Maximum strikte begrenzt werden; der Vergmann bedarf einer gesetzlichen Sicherung seines sauer verdienten Lohnes; die Lohnfestsetzung muß in Beziehung gebracht werden zur Unfallversicherung; den Belegschaften ist das gesetzliche Recht zur Mitkontrolle der Werke zu gewähren. Der Bergarbeiter ist zum Teil unter Ausnahmegegesetz gestellt, die allerdings sich rechtfertigen lassen durch die Eigenart des Bergwerksbetriebes. Aber eben deswegen kann der Grubenarbeiter auch einen außerordentlichen Schutz seiner Gesundheit und seines Lebens beanspruchen, der ihm heute leider noch versagt ist.

Die Einmütigkeit, mit der in Oberhausen die Angehörigen aller Bergarbeiter-Vereine, „christliche“ und „unchristliche“ Arbeiter, in den Ausstand traten und kameradschaftlich aufstarrten, kann wohl auch ein Beweis für die tiefgehende Erregung in der Ruhrbergmannschaft gelten. So festig auch die, eigentlich nur persönlichen Differenzen zwischen den beiden großen Verbänden ausgefochten sind und werden, gegen die Unternehmervollmacht stehen die Arbeiter aller Richtungen gemeinsam im Felde! Auch das ist ein beachtenswertes Symptom der tiefen Arbeiterstimmung. Wer dieses Zeichen recht zu deuten weiß, sieht die Sturmbögel fliegen als unerkennbare Warnung an die Herrschenden, den Bogen nicht noch mehr zu straffen. Er wird sonst springen, gerade dann, wenn auf seine Elastizität am sichersten gehofft wird.

Die gelbe Gefahr.

Daß unsere reaktionäre Presse, die im Jaren den erhabenen Schirmherrn aller politischen Klüßigkeiten und Verrottung verehrt, die einem mittelalterlichen Junkerregiment auch im zwanzigsten Jahrhundert noch Existenzmöglichkeit bietet, gegen die Japaner und für die Russen Partei ergreift, ist nur zu verständlich. Eine Niederlage des zarischen Absolutismus wäre gleichzeitig eine Niederlage unfres Junker-Absolutismus. Der Kampf gegen den Umsturz, der jetzt in trauer Verbrüderung diesseits und jenseits der Weichsel geführt wird, würde dann ein Ende haben. Nichts erklärlicher also, als die ohnmächtige und deshalb um so grimmigere Wut unfres Kriegerverehrer über die schweren russischen Niederlagen.

Seltam berührt es dagegen, daß mehr und mehr auch die liberale Presse Partei gegen Japan zu ergreifen beginnt. Nachdem mehrere andre Blätter, darunter auch die „Frankfurter Zeitung“, das unheimliche Schlagwort von der „gelben Gefahr“ in die Debatte geworfen, unternimmt es heute das „Berliner Tageblatt“, „Japan ohne Schminke“ zu zeigen. Gespannt geht man an die Lektüre des Artikels, aus dem man intimere Ausschlässe über den eigentlichen Kulturgrad des so verblüffend rasch europäisierten asiatischen Inselvolkes zu erhalten glaubt. Und was findet man? Statt einer ernsthaften kulturgeschichtlichen, völkerpsychologischen Betrachtung die Litanei eines verärgerten Käsekrämers, der sich darüber erbot, daß der Japaner ein noch geriebener Kaufmann ist als er selbst!

Der Japaner sei ein geborener Spitzhube. Als Kaufmann denke er nur daran, wie er seinen Konkurrenten überflügeln könne. Schon mache er den weißen Kaufleuten in Ostasien vielfach eine böse Konkurrenz. Dazu sei Japan durch seine rasche Entwicklung und seine kriegerischen Erfolge eitel geworden. Es wolle den Europäern seine Ebenbürtigkeit beweisen — welche Freiheit! Und den Krieg mit Rußland habe es zweifellos von langer Hand vorbereitet — welche eine Perfidie!

Ein Sieg Japans aber werde „ein furchtbarer Schlag für die gesamte weiße Rasse sein.“ Nicht nur das Prestige Europas werde darunter leiden, sondern auch der Handel. Schon jetzt unterbieten japanische Reeder in China die Frachttage deutscher Gesellschaften. „Wo bleibt da der ehrliebe Wettbewerb, und wie soll es werden, wenn Japan siegt?“ Und dann kommt der Haupttrumpf: „Wiele giebt es, die Rußland eine Schlappe gönnen, aber man soll weiter schauen, man soll nicht vergessen, daß im Falle eines japanischen Sieges das Inselvolk die Reorganisation des chinesischen Reiches mit seinen 500 Millionen Einwohnern vornehmen wird, und daß nach vielen Jahren, deren Ablauf wir vielleicht nicht erleben werden, ein Ringen um die Erbsitzung zwischen der weißen und der gelben Rasse vor sich gehen muß, das vielleicht zu den größten Ereignissen zu zählen sein wird, welche die Weltgeschichte aufzuweisen hat.“

Womit denn der Sprung vom Lächerlichen zum Erhabenen glücklich gelungen wäre.

Aber verlernen wir die Thatsache nicht! Der Standpunkt des Käsekrämers, von dem aus hier Weltpolitik, Kultur, Völker- und Rassengeplänke getrieben wird, ist nicht der eines gleichgültigen Vertreter des Handelskaufes X, er ist der Standpunkt des Kapitalismus selbst! Der Kapitalismus kennt keine politischen Ideale, Kultur- und Menschheitsfortschritt sind ihm völlig schnuppe, er pfeift auf jedes weitere Ziel, jeden höheren Zweck überhaupt, sein Leitstern ist einzig der augenblickliche Profit. Nicht der Vorteil der Nation, sondern lediglich der momentane materielle Gewinn einflußreicher Kapitalistenkreise. Und bei dieser blinden Profitgier klammert ihn auch nicht, daß er den heutigen Profit nur gegen den sicheren Ruin von morgen einhandelt.

Die kapitalistische Ostasien-Politik beweist den unerhörten Wahnsinn dieses Systems, dessen Wesen freilich eigentlich in der Systemlosigkeit besteht.

Wer hat denn Japan zu dem gefährlichen kommerziellen und politischen Rivalen gemacht? Die Profitgier der weißen Nationen. Mit den Kanonen zwang man vor fünfzig Jahren Japan zur Öffnung seiner Häfen. Der Handel führte dann zur sozialen und politischen Umwälzung des Inselreiches. Und jetzt möchte man die Entwicklung des Landes am liebsten wieder um fünfzig Jahre zurückschrauben!

Und dann richtet man eine Reorganisation des chinesischen Reiches durch Japan. Chinas politische Hilflosigkeit beruht auf seiner rückständigen sozialen Struktur, der das Fehlen einer strikten Centralisation der Verwaltung entspricht. Man europäisiere und industrialisiere das Land, man gebe ihm ein Netz von Eisenbahnen und die centralistische Organisation wird sich von selbst einstellen. Damit aber auch eine ungeheure politische Macht des 400-Millionen-Reiches.

Auf was läuft denn aber die Ostasien-Politik der Mächte anders hinaus, als auf die wirtschaftliche Erschließung und Entwicklung Chinas? Waut man nicht Eisenbahnen, organisiert man nicht den Bergbau, gründet man nicht moderne Industrien? Man will das Kapital doch gewinnbringend anlegen, man will dem bedürfnislosen chinesischen Volk Bedürfnisse angewöhnen, um an ihm einen aufnahmefähigen Konsumenten zu gewinnen. Auf was also läuft die ganze kapitalistische Ostasien-Politik anders hinaus, als auf die Herausforderung der „gelben Gefahr“. Als die sozialistische Presse das bei der Inaugurierung der China-Politik konstatierte, ignorierte man vollständig die Warnung; jetzt mit einem Mal, wo auch Japan sein Teil zur Erschließung Chinas beitragen will, läßt man das mongolische Schredgespenst riesengroß emporsteigen!

Und als ob die „gelbe Gefahr“ beseitigt wäre, wenn Japan von Rußland besiegt würde. Als ob dann das Volk von 45 Millionen

von der Bildfläche verschwände und nicht gerade dann, wenn es von Korea abgedrängt wird, erst recht auf China hingedrängt würde! Und wie will man denn, solange das Prinzip der „offenen Thür“ gilt, die wirtschaftliche Konkurrenz Japans von China fernhalten? Oder wünschte man lieber eine Aufteilung Chinas unter die Mächte? Das hieße zwar nicht die gelbe Gefahr beseitigen, wohl aber die Gefahr des Weltkrieges unter den weißen Mächten heraufbeschwören.

Im übrigen aber; was heißt eigentlich „die gelbe Gefahr“? Glaubte man etwa, ein neuer Tschingis-Chan werde eines Tages erobern über Europa hereinbrechen? So plump kopiert sich die Weltgeschichte nicht. Die gelbe Gefahr kann nur darin bestehen, daß neben Japan auch allmählich China zum Rang einer Weltmacht heranwächst, die höflich zu respektieren ist. Mit „Pachtungen“ wird man diese Macht dann nicht mehr behelligen können, für Diplomaten- und Missionsanmachungen wird dann kein Platz mehr sein. Vor allen Dingen wird China aller Voraussicht nach ein mächtiger Konkurrent der alten Industriestaaten werden. Dann wird der Kampf um Anlage- und Absatzgebiete, der nationale Kampf um die Futterkrippe noch heftiger werden, und die Großen werden die Kleineren noch mehr unter die Fäße zu treten suchen als heute schon.

Die „gelbe Gefahr“ ist also keineswegs eine Massengefahr, wie man es darstellt. Was fragt der Kapitalismus viel nach Klassenzugehörigkeit, nach der Nationalität. Unsre auf ihr Germanentum so stolzen Allentäuschen sind Rußland ebenso wohlgestimmt, wie sie die germanischen Briten inbrünstig hassen! Und die einzelnen Klassen der verschiedenen Nationen stehen einander viel näher, als die verschiedenen Klassen der einzelnen Nationen. Rein, China und Japan bedeuten nur zwei neue kapitalistische Rivalen, die die Ausbeutungsprivilegien der alten empfindlich bedrohen. Das ist der nackte Kern der Vitane der liberalen Presse über die „gelbe Gefahr“.

Wären diese Blätter nicht gar so lässlich kurzichtig, so müßten sie sich mit den nach den Gesetzen des Kapitalismus nun einmal unausbleiblich gegebenen Tatsachen möglichst gefaßt abzufinden suchen. Aber ein solch philosophische Auffassung läßt das Krämereinteresse des Augenblicks nicht zu. Der japanische Kaufmann ist ein gefährlicher Rivale, — darum nieder mit Japan, Sieg der russischen Raubpolitik, Sieg der absolutistischen Aute, Sieg dem Schirmherrscher der europäischen Reaktion! Daß dann — ganz abgesehen von dem unheilvollen Einfluß Bäterchens auf Deutschland und Frankreich — die konstitutionellen Träume des russischen Liberalismus auf weitere Jahrzehnte unerfüllt bleiben, was verschlägt das unsrer liberalen Bourgeoisie!

Kraffer als in diesem Falle konnte sich die platte Idealtätigkeit des Liberalismus und Kapitalismus nicht offenbaren. Seine Weltpolitik ist die brutalste und zugleich stumpfsinnigste Krämerpolitik.

Wie sieht dagegen die sozialistische Auffassung der Dinge aus! Ohne die Dide des japanischen Kulturkampfes zu überschätzen, erblickt die Sozialdemokratie in Japan doch das aufstrebende Kulturwelt, das sich gegen die dreiste Raubpolitik des hochstaplerischen russischen Absolutismus zur Wehr setzt. Die Zerstückelung dieses Absolutismus wäre zugleich der Sieg des russischen Volkes, der Sieg des Fortschritts über aberwitzige Barbarei.

Würde aber durch den japanischen Sieg die Entwicklung Chinas gefördert — nun, so läge das nur auf dem Wege des natürlichen weltgeschichtlichen Entwicklungsanges. Wir sind für nationale Unabhängigkeit und nationales Selbstbestimmungsrecht auch für die Völker gelber Rasse. Ein unabhängiges China wird nur der unglückseligen ostasiatischen Weltpolitik ein Ende machen. Und gegen die Verschärfung des kapitalistischen Rivalitätskampfes, die ein starkes China mit sich brächte, giebt es ja ein vorzügliches Abwehrmittel: die Sozialisierung der Produktionsmittel, und den wirtschaftlichen Zusammenstoß der alten Industriestaaten!

Gegen die Gelben, deren man sich ja doch einmal nicht durch Strohähnlichkeit erwehren kann, giebt es ein weit besseres Gift: die R o t e n !

Ein russisches Minentransportschiff in die Luft gestossen.

Eine Depesche des Statthalters Alexejew an den Zaren meldet: „Das Minentransportschiff „Jenissei“, Kommandant Kapitän zweiten Ranges Stepanow, das sich auf der Linie der Minensperre befand, ist am 11. d. M. infolge einer Explosion gesunken. Die „Jenissei“ hatte eine aufstrebende Mine gesichert und sahr an sie heran, um sie durch einen Schuß unschädlich zu machen. Dabei wurde „Jenissei“ auf eine danebenliegende Mine getrieben, die unter seinem Bug explodierte. Die Boote konnten noch ins Wasser gelassen werden; bei der Explosion fanden jedoch ihren Tod der Kommandeur Stepanow, der Mechaniker Janowski, die Midshipmen Chruschkow und Drischnko sowie 92 Matrosen.“

„Jenissei“ ist ein aus dem Jahre 1898 stammendes Kriegsfahrzeug von 2500 Tonnen Displacement, das hauptsächlich für den Minentransport und den Sperrdienst im allgemeinen bestimmt ist.

Japanische Verluste bei dem Minenangriff vor Port Arthur.

Der „Morning Post“ wird aus Washington, den 12. d. M., telegraphiert: Die hiesige japanische Gesandtschaft erhielt heute am Spätnachmittag ein Telegramm, in welchem zum erstenmal von Verlusten der Japaner im Kampfe bei Port Arthur berichtet wird; es wird nämlich mitgeteilt, daß 4 Japaner gefallen und 54 verwundet seien, und zwar nur an Bord der japanischen Torpedoboote, während die andern japanischen Kriegsschiffe unbeschädigt geblieben seien.

Tokio, 13. Februar. Der Kommandierende Admiral berichtet über das Gefecht bei Port Arthur, daß zwar einzelne Schiffe leicht beschädigt, aber keines außer Gefecht gesetzt wurde. Die Torpedoboote kehrten nach dem Angriff zur Hauptflotte zurück. Ueber das Verhalten der Offiziere und Mannschaften meldet der Admiral, daß dieselben während des Kampfes dieselbe Kaltblütigkeit wie beim gewöhnlichen Manöver zeigten; sie seien voller Begeisterung.

Ein japanisches Handelschiff in den Grund gehohlet.

London, 13. Februar. Die Morgenblätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung der japanischen Gesandtschaft, wonach zwei japanische Handelschiffe, der „Jenshu Maru“ mit 1800 Tonnen und der „Katonouri“ mit 1900 Tonnen, welche von Salata nach Otonoa unterwegs waren, von drei russischen Kreuzern angegriffen worden seien. Das erstgenannte Schiff wurde in den Grund gehohlet, dem letzteren gelang es, zu entkommen. Der Angriff fand in der Nähe von Marousi statt. Man erwartet die russischen Kreuzer aus Vladivostok an der japanischen Küste und hält nimmere infolge der obigen Nachricht eine Verschlebung von Salodate für nicht ausgeschlossen.

Ein Manifest russischer Revolutionäre.

In Wiener russischen Kreisen zirkuliert nach einer Blättermeldung ein Manifest der russischen Revolutionspartei, worin erklärt wird, Rußlands Aufgaben seien innere Reformen, nicht aber ostasiatische Erwerbungen. Japan sei ein freies Staatswesen, Rußland eine asiatische Despotie, welcher dieser Krieg das Grab graben werde.

Deutsche Neutralitäts-Erklärung.

Eine heute veröffentlichte Erklärung, die vom Reichskanzler Grafen Bismarck gezeichnet ist, lautet:

Nach amtlichen Erklärungen, welche die kaiserlich russische Regierung und die kaiserlich japanische Regierung hier abgegeben

haben, besteht zur Zeit zwischen Rußland und Japan Krieg. Dies wird mit dem Hinzufügen bekannt gemacht, daß hiermit für jedermann im Reichsgebiet und in den deutschen Schutzgebieten sowie für die Deutschen im Auslande die Verpflichtung eingetreten ist, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.

Die Kriegslage in englischer Beurteilung.

Unser Londoner Korrespondent telegraphiert uns: Für die nächste Woche werden entscheidende Operationen der japanischen Armee erwartet. Wahrscheinlich am Golf von Liastung. „Times“ urteilt, Japans bisheriges strategisches Vorgehen sei musterhaft. „Daily Telegraph“ ist der Ansicht, daß Japans Seeherrschaft bereits für die ganze Dauer des Krieges gesichert erscheine. Japans Großmachtsstellung ruhe bereits auf fester Grundlage. Nach „Daily News“ wird Port Arthur einer Genüierung und Belagerung entgegen können, eine Katastrophe, die Rußland der militärischen und maritimen Basis berauben werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar.

Reichstag.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden die in der Kommission bereits erledigten Wahlprüfungen dem Hause zur Beschlußfassung vorgelegt. Streit und längere Debatte rief nur die Wahl unsres Genossen Dr. Braun im Frankfurt-Lebuser Kreise hervor. Hier hatte die Kommission, wie bekannt, mit völlig unzureichender Begründung auf Ungültigkeit erkannt, und über den Widerspruch unsrer Genossen zeternten namentlich die liberalen Zeitungen wie über einen Volksberrät. Aber nachdem unterdes unsre Vertreter in der Wahlprüfungs-Kommission eine Fülle neuen Materials beigebracht hatten, reigten sogar die Konservativen selbst an, die Wahl an die Kommission zurückzuverweisen, und dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Auf einmal wollte es keiner gewesen sein: Herr Träger versicherte, daß er von vornherein nicht für Ungültigkeit der Wahl gestimmt hätte, und Herr Doktor Arendt hätte sie am liebsten sofort für gültig erklärt. Er hat dabei den schlanen Hintergedanken, sich einen Freibrief für künftige Wahlbeeinflussungen zu verschaffen. Nur Herr Bursage vom Centrum verteidigte noch den Standpunkt der Kommission. Unser Genosse Fischer grenzte unseren Standpunkt gegenüber amtlichen Wahlbeeinflussungen scharf ab und teilte einiges aus dem neuen Material mit. Danach kann es wohl nicht zweifelhaft sein, daß die Kommission nachträglich ihren früheren Beschluß umstößt.

Bei der Fortsetzung der Debatte über das Versicherungs-Gesetz kam zunächst wieder ein Vertreter unsrer Partei, Genosse Körten, zum Wort. Er polemisierte glücklich gegen die Abgeordneten Dr. Becker und Dr. Ruggan und wies dem ersten in der Frage der Erteilung der Atteste an Unfallverletzte, dem andern bei der Frage nach dem Gegenstand des Renten-Streitverfahrens mangelhafte Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse nach. Er sagte seine Ausführungen dahin zusammen, daß man nach dem Unfallgesetz den Verletzten alles geben könne, aber nichts geben müsse.

Darüber hinausgehend wies Genosse Stadthagen nach, daß das Unfallversicherungs-Gesetz hinsichtlich der Höhe der Entschädigung und hinsichtlich des Verfahrens, in dem der Verletzte sie erlangt, ein Ausnahmengesetz schlimmster Art gegen die Arbeiter sei. Die erschreckliche Steigerung der Unfälle kann danach nicht überraschen. Noch schlimmer als das Gesetz ist seine unsoziale Anwendung, an der auch die Kräfte mit Schuld tragen. Bei dieser Gelegenheit verstand es Stadthagen, zu diesem Titel auch die neulichen Angaben des Freiherrn v. Nepl über die Abstimmung unsrer Fraktion beim Wucherergesetz zu widerlegen.

Auch Herr Dr. Ruggan bekam für seine sozialpolitische Rücksichtslosigkeit allerlei Unangenehmes zu hören. Er wehrte sich dagegen, indem er alles das, was er neulich vorgetragen hatte, wiederholte, und nur einige langweilige Redensarten über den „Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung“ und die „Verheerung durch die Sozialdemokratie“ hinzufügte. Vor ihm hatte schon sein Berufskollege Dr. Wallau einiges zur Rechtfertigung der Berufsgenossenschaften gesagt. Wegen des Mißbrauches, der mit den angeammelten Geldern getrieben werden könnte, ist er Gegner des Kapitalbedarfsverfahrens.

Auch der Sprechminister, Graf Posadowsky, ließ es sich nicht nehmen, wieder in die Debatte einzugreifen. Neben einigen allgemein gehaltenen Vobsprüchen auf die Rechtssprechung des Reichs-Vericherungsamtes und die werteschaffende Kraft des intelligenten Kapitals teilte er mit, daß das Reichs-Vericherungsamt es für einen genügenden Grund zur Aufhebung des Urteils ansehe, wenn der behandelnde Arzt nicht gutachtlich gehört oder die Mitteilung des Gutachtens dem Verletzten verweigert würde.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Die am Sonnabend fortgesetzte Generaldebatte zum Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wurde zum weitaus größeren Teil wieder durch die Auseinandersetzung zwischen Centrum und Nationalliberalen über die Wahlbeeinflussungen im Saarrevier ausgefüllt. Die Debatte, die einen persönlichen Charakter trug, war reich an interessanten Momenten. Der Centrumsredner Abg. Marx, unter den Reigen eröffnete, beklagte sich darüber, daß den Angeklagten im Beleidigungsprozeß gegen die „Neuntürthener Zeitung“, die bekanntlich gegen die Bergwerksdirektoren den Vorwurf der Wahlbeeinflussung erhoben habe, die Beweisführung eingeschränkt worden ist. Interessant war es weiter, wie die Redner beider streitenden Parteien sich um die Wette bemühten, gegen Wahlbeeinflussungen zu donnern. Die Centrums-Abgeordneten Fuchs, Dasbach und Genossen sandten keine Worte, die stark genug wären, ihrem Abscheu gegen Wahlbeeinflussungen Ausdruck zu geben. Natürlich hatten sie nur solche Beeinflussungen im Sinne, die sich gegen das Centrum richteten. Die durch den Prozeß gegen den „Vorwärts“ gerichteten festgestellten Wahlbeeinflussungen des Centrums in Oberschlesien gegen Polen und Sozialdemokraten haben sie nicht verurteilt. Von nationalliberaler Seite griffen die Abgeordneten von Cynern und Dr. Friedberg in die Debatte ein, die sich besonders den Kaplan Dasbach, den „Streiter für Freiheit und Recht“, vornahmen und ihm vor Augen hielten, wie gut er seine geschäftlichen Interessen mit seiner politischen Bethätigung in Einklang zu bringen versteht. Auch Herr Friedberg verurteilt jede Einflusnahme des Beamtentums auf die Wahl — allerdings mit einer Ausnahme: Technische Verwaltungsbeamte, auch wenn sie als Bergwerksdirektoren über Laufende von Arbeitern zu gebieten haben, dürfen

Wahlagitation betreiben, besonders wenn es im Sinne der Nationalliberalen geschieht! Die Vertreter der andern Parteien griffen in die Debatte nicht ein. Nur der neugewählte keiner Partei angehörende Abgeordnete von Schubert, der Schwiegersohn des Freiherrn v. Stumm, konnte es nicht unterlassen, im Sinne seines seeligen Schwiegervaters unter einigen Angriffen auf die Sozialdemokratie für den vom Centrum angegriffenen Bergwerksdirektor Hilger eine Lanze einzulegen.

Nach Beendigung dieses Bruderzwistes leerte sich das Haus. Kein Wunder, denn die weitere Debatte drehte sich ja nur um Arbeiterfragen. Der Nennmmerarbeiter des Centrums, Herr Brust, brachte einige Wünsche der Bergarbeiter zur Sprache und verbreitete sich über die Bummkrankheit. Auf seine Rede, die nur einen schwachen Abklatsch sozialdemokratischer Reichstagsreden bildete, antwortete Minister Möller mit einem Ruhmeslied auf die Unternehmer, die wer weiß was für die Arbeiter gethan hätten. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, noch in dieser Session eine Novelle zum Vergesetz dem Landtage zu unterbreiten.

Wie sehr Herr Möller, der „Minister für Socialpolitik“, einzig und allein auf das Wohl der Unternehmer bedacht ist, bewies eine seiner Reden, worin er es zurückwies, die Erträge des Bergbaues mit den Löhnen in Verbindung zu bringen, und es als die social wichtigste Aufgabe der Verwaltung bezeichnete, dafür zu sorgen, daß das Einkommen der Arbeiter sich annähernd gleich bleibt. Daß ein „Gleichbleiben“ des Einkommens unter den heutigen Verhältnissen, wo die Preise für Wohnung und Lebensmittel in fortwährendem Steigen begriffen sind, in Wirklichkeit ein Sinken der Lebenshaltung bedeutet, das sollte doch auch einem preussischen Minister nicht unbekannt sein.

In ähnlichem Sinne äußerte sich Abg. v. Cynern (natl.), der ein Steigen der Löhne verhindern will, weil sonst der ganze Nutzen für den Staat fortfällt. Mit andern Worten: Die Vergewerke sollen lediglich Einnahmequellen für den Staat bilden, die Arbeiterverhältnisse gehen die Verwaltung nichts an. Die Zeiten, wo gesagt wurde, die staatlichen Werkstätten sollen Musterwerkstätten sein, gehören längst der Geschichte an. Am Montag wird die Debatte fortgesetzt. —

Deutsches Reich.

Der Sieg in Hamburg.

Der Sieg unsrer hamburgischen Parteigenossen bei den Bürgererschaftswahlen am Freitag erfüllt uns mit großer Genugthuung. Die hamburgischen Genossen haben damit bewiesen, daß sie auch starken Widerständen gewachsen sind. Die Bürgererschaft — zugleich Stadt- und Staats-Parlament — besteht aus 100 Mitgliedern, wovon alle drei Jahre die Hälfte neu zu wählen ist, so daß die Mandate sechs Jahre gelten. Von den 100 Sitzen sind 40 den sogenannten Notabeln (die akademisch gebildeten Mitglieder der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) vorbehalten, 40 den Grundbesitzern und nur 20 werden durch allgemeine Wahlen besetzt. Die Privilegierten dürfen bei den allgemeinen Wahlen wählen. Ein Notabel, der zugleich Grundbesitzer ist, darf in allen drei Wahlen wählen. Wähler sind nur hamburgische Staatsbürger. Hamburgischer Staatsbürger kann nur werden, wer während der letzten fünf Jahre mindestens 1200 Mark Einkommen versteuert hat. Daraus geht hervor, daß ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung dauernd vom Bürgerrecht und damit vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Um so höher ist der Sieg anzuschlagen, der unsren Genossen von 40 ihnen bei dieser Wahl überhaupt nur zugänglichen Mandaten auf einen Schlag zwölf brachte. Da Genosse Stolten als einziger bisheriger Vertreter der Sozialdemokratie in diesem Stadtparlament der andern Hälfte der Gewählten angehört, so wird unsre Partei jetzt mindestens 13 Vertreter haben. Die Stichwahlen, die nächsten Freitag vorgenommen werden, scheinen nach den Abstimmungsresultaten für uns wenig Aussicht zu bieten.

Die gewählten Sozialdemokraten sind: Friedrich Ehlers, Julius Jassle, Theodor Meyer, Friedrich J. Bartels, Georg Nume, Emil Fischer, Albert Adole, Fritz Paepflow, Theodor Bömelburg, Louis Grunewaldt, C. Schaumburg, G. Stubbe.

In Stichwahl stehen die Genossen J. Birner, B. Stromberg, A. Grosse, H. Schrader, Weinheber, Emil Fischer.

Zur Wahl erschienen 21 838 Wähler, von denen 9150 für die Sozialdemokratie stimmten. Bei proportionaler Verteilung gebührten also der Sozialdemokratie von den 40 Mandaten mindestens 17. Für die Antifemiten wurden in 21 Bezirken 1243 Stimmen abgegeben. Sie verloren ihre bisherigen zwei Mandate.

Der nationalliberale „Hamburgische Correspondent“ äußert die bürgerliche Verärgerung über das „Duzend Sozialdemokraten“:

„Die Ueberraschung, die man von den heutigen Bürgererschaftswahlen befristet makte, ist leider nicht ausgeblieben, und zwar ist sie sehr kräftig geworden. Nicht weniger als zwölf Sozialdemokraten ziehen neugewählt in unsre Bürgerchaft ein; vorausgesetzt also, daß das halbe Duzend Stichwahlen dank dem Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie keinen weiteren Zuwachs bringen wird, wie ja wohl zu hoffen steht, werden wir in der Bürgerchaft einschließlich des darin verbliebenen Stosens eine „rote Fraktion“ von 13 Mann haben. Und — auch das läßt sich fast mit Sicherheit voraussagen — in drei Jahren wird diese Zahl reichlich auf das Doppelte steigen. Wir müssen also mit der Sozialdemokratie künftig als mit einem Faktor rechnen, der sich in unsrer Bürgerchaft breit machen wird, wie er sich im Reichstage breit macht, wenn er auch hier so wenig wie dort unmittelsbaren politischen Einfluß auf den Gang der Dinge zu üben vermag.“

Es ist bemerkenswert: Ist die Sozialdemokratie in einem Parlament in einiger Zahl vertreten, so wird sie verächtlich, daß sie nichts Positives weis und wolle. Der „Hamburgische Correspondent“ aber berrät im ersten Erschrecken über das sozialdemokratische Eindringen in die Hamburger Bürgerchaft die Wahrheit, daß die Sozialdemokratie außerhalb durch Privilegienwahlssysteme gewaltsam gehindert wird, positiv zu wirken.

Und da so die Sozialdemokratie unredtmäßig gehindert ist, so weiß sich das nationalliberale Organ schließlich einigermaßen verständlich mit dem unangenehmen Sieg unsrer Partei abzufinden:

„Im übrigen aber gräbt man der Sozialdemokratie den Boden am sichersten dadurch ab, daß man wie das Haus des deutschen Volkes überhaupt, so speziell unser Hamburg immer wohlfühler gestaltet. Und indem sie indirekt dazu antreibt, kann auch die Sozialdemokratie in unsrer Bürgerchaft als ein Teil von jener Kraft sich erweisen, die das Gute schafft, obwohl und indem sie das Böse will.“

Wir schenken der Verlegenheit des nationalliberalen Blattes den Versuch, der Sozialdemokratie Mephisto-Art anzudichten. Das erheitert und ebenso wie der umgekehrte Versuch unsrer Gegner, der unsre Absichten als so edle darstellt, daß ihre Ausführung unmöglich sei. Es genügt, das Anerkenntnis des „H. C.“ festzustellen, daß die Sozialdemokratie die antreibende Kraft ist, sofern die Bourgeoisie etwas dafür thut, daß das Haus des deutschen Volkes sich wohlfühler gestaltet! —

Das Königsberger Verfahren gegen Unbekannt.

Ein Berliner Blatt bezeichnet es als „echt socialdemokratisch“, daß Genosse Haase in dem durch die Königsberger Staatsanwaltschaft eingeleiteten Verfahren gegen „Unbekannt“ seine Aussage verweigert hat. Für jeden anständigen Menschen versteht es sich von selbst, daß Genosse Haase gar nicht anders handeln konnte. Jedenfalls wird von einem Socialdemokraten die Pflicht der Verschwiegenheit unter allen Umständen hochgehalten.

Wenn jenes Blatt es so darzustellen beliebt, als ob Genosse Haase durch seine Auskunftsverweigerung es verhindere, daß die russischen Spigel der Anstiftung zum Amtsverbrechen überführt werden, so ist das Heuchelei. Der Spigel würde nicht warten, bis gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet wird; er würde sich lieber selbst gezeihen als dem Staube machen, ihm wird also kein Haar gekrümmt werden.

Dagegen würde der deutsche Postbeamte, der in einem schwachen Augenblicke den Versuchungsmomenten eines Schurken unterlag, die Strenge des Gesetzes fühlen müssen, wahrscheinlich seines Amtes entsetzt werden. Das menschliche Mitgefühl mit dem Opfer des verbrecherischen Spigelstums hat aber den Genossen Haase nicht allein bestimmt, Auskunfts zu verweigern. Maßgebend für ihn war es, daß nach dem von dem Staatssekretär Freiherrn v. Michthosen im Reichstage proklamierten Grundgesetz die Verurteilung nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Empfängerin des von dem Spigel erbrochenen Briefes, obwohl sie selbst in Deutschland als politisch unbedächtig gilt, dennoch als unbedeutsame „lästige“ Ausländerin zwangsweise über die russische Grenze transportiert werden würde.

Deshalb kann ihr Genosse Haase in keinem Falle raten, ihn von der Verschleierung der Verschwiegenheit zu entbinden. Das hat Genosse Haase auch dem Ober-Postinspektor, der vor einigen Tagen mit ihm über den Fall verhandelte, rundweg gesagt. Der Ober-Postinspektor sah, wie wir erfahren, auch einiges Verständnis dafür zu haben. Dabei entrang sich ihm der Seufzer: „Wir sind durch diesen Vorgang aber vor der ganzen Welt blamiert.“ Das mag der Herr recht eindrucklich der Regierung vorhalten, was ihm auch Genosse Haase geraten hat. Denn sind wir blamiert, so hat es die Regierung dadurch verschuldet, daß sie die russischen Spigel im Deutschen Reich duldet und auch nach den Enthüllungen des „Vorwärts“ und der Interpellanten im Reichstage noch nicht abschüttelt.

Will die Regierung ähnliche Zustände in Zukunft vermeiden, so giebt es nur ein wirksames Mittel — nämlich: die Säuberung Deutschlands von der Spigelei. —

Eine Kant-Demonstration im Parlament. Aus Brüssel meldet das „A. L.“: Der Abgeordnete Professor Denis begründete einen Antrag zu einer Ehrung Kants seitens der belgischen Kammer, indem er auf die universelle Bedeutung Kants und sein Werk „Zum ewigen Frieden“ hinwies. Der liberale Kammerpräsident Boesse widersprach dem Antrag. Es gäbe keinen Präcedenzfall für eine solche Ehrung. Das Sittengesetz sei für Katholiken nicht erst durch Kant geschaffen; der Antrag könne bedenkliche Folgen haben.

Trotz des Widerspruchs durch den Socialisten Vanderelde, der auf die Ehrung Victor Hugos als Präcedenz verwies, bewirkte die Haltung der Rechten die Ablehnung des Antrags.

Mit dieser Demonstration des Liberalismus gegen den großen Denker hat das belgische „Centrum“ nur den Beweis geliefert, daß Kant noch lebt und kämpft!

Strawelpeter über Kant. Wo alles feiert hat auch Strawelpeter nicht das Dichten lassen können. Er spricht die unartigen Kinder mit folgenden erschütternden Reimen:

An Immanuel Kant.

O großer Meister Kant,
Du strahlendster Demant
In Deutschen Geistes Königshort,
O wende nicht dich von uns fort,
Von manchem Anblick unerböt
Erzürnt, berekelt und empört!
Dein Geist hat weiland uns begeistert,
Doch wir den Korzen selbst bemeistert,
Dein Geist hat auch noch uns geschaffen
Von Sedans Feld die Siegeswaffen. —
Doch nun erwuchs ein neu Geschlecht,
Urselbstlich, ohne Pflicht und Recht,
Al' seines Strebens Ziel: Gemüth,
Kein edles Solf, kein heilig Muß!
Weß', soll'n wir bald nicht schmählich fallen,
So send' uns aus den Sternen-Hallen
Von deinem Geiste Strahlen nieder;
Zu deinen Schülern mach' uns wieder,
Vescheiden, maßvoll, pflichttreu, rein, —
Sonst müssen wir verloren sein!

Die Rolle des Strawelpeter hat Herr Felix Dahn übernommen, der auch mal in Königsberg Professor war; er ist Kant insofern congenial, als er — wie anerkannt werden muß — eben so kindliche Verse machte, wie der auf diesem Felde äußerst bedenkliche Kritiker der Vernunft. Aber außer diesen kindlichen Gedichten scheint Felix Dahn nichts von dem Mann gelesen zu haben, der mit Sedan wirklich gar nichts zu thun hat. —

„Evangelisch.“ Der Verband der evangelischen Arbeitervereine Schlesiens beschloß, der „Sächsisch-thüringischen Korrespondenz“ zufolge, eine Resolution dahingehend, daß Stimmabgabe für socialdemokratische Kandidaten bei den Wahlen mit den Grundfähren der evangelischen Arbeitervereine unvereinbar sei. Demnach sollen alle Vereinsmitglieder, die öffentlich für die Socialdemokraten oder deren Bestrebungen eintreten, in Zukunft aus allen evangelischen Arbeitervereinen ausgeschlossen werden.

Der Beschluß beweist, daß solche „evangelischen Arbeitervereine“ weder etwas von Arbeiterinteressen, noch vom Evangelium verstehen. Sie machen sich zu Bedienten politisch-reaktionärer Bestrebungen, die ebenso arbeiterfeindlich wie widersprüchlich sind. Der Beschluß erfährt denn auch den Weifall der „Post“. —

Pflichtliche Vernunft. In katholischen Blättern wird das neueste Rundschreiben des Papstes Pius X. in offizieller deutscher Ausgabe verbreitet. Papst Pius X. entbietet „den ehrwürdigen Vätern, den Patriarchen, Primaten, Erzbischöfen, Bischöfen und sonstigen Oberhirten, die mit dem apostolischen Stuhle in Frieden und Gemeinschaft stehen, Gruß und apostolischen Segen“. Das Rundschreiben gilt der fünfzigjährigen Wiederkehr des Tages, an dem Pius IX. „inmitten eines glänzenden Kreises von Kardinälen und Bischöfen, in Kraft seines unfehlbaren Lehramtes feierlich aussprach und erklärte, es sei Gegenstand der göttlichen Offenbarung, daß die allerheiligste Jungfrau Maria im ersten Augenblicke ihrer Empfängnis frei von aller Fäul der Erbsünde bewahrt worden sei“. Das Rundschreiben gilt also „der Erinnerungsfeste der unbesleckten Empfängnis“, es stellt fest die Bedeutung Maria in der katholischen Glaubenslehre und verheißt jenen Glaubenssage. Wie diese Verherrlichung betrieben wird, das zeige ein Abschnitt des Rundschreibens:

„... Wer vermag die geheimen Gnadenschätze zu erfassen und aufzuzählen, welche Gott infolge der Dazwischenkunft der Jungfrau diese ganze Zeit hindurch der Kirche zugewendet? Über abgesehen davon: haben wir nicht die ungehörte Abhaltung des vatikanischen Konzils erlebt und damit die Glaubenserklärung der Unfehlbarkeit des Papstes, ein höchst zeitgemäßes Mittel gegen künftige Irrungen? haben wir nicht das Schauspiel eines neuen und nie dagewesenen Liebeserfers gesehen, der aus allen Ständen und Länderstrichen die Gläubigen heranzog, dem Stellvertreter Christi Verehrung und Huldigung zu erweisen? Was müssen wir nun von alledem denken und urteilen?“

Hat sich nicht eine ganz wunderbare Vorhersage Gottes an unsren zwei Vorgängern, Pius und Leo, offenbart, die trotz der stürmischen Zeit, in einer Regierungsdauer, wie sie kaum einem andern verliehen war, die Kirche so heilig verwaltet haben? Kaum hatte ferner Pius die Wahrheit der unbesleckten Empfängnis Marias als Glaubenssage ausgesprochen, als sich in dem Städtchen Lourdes die Jungfrau in Wundern zu offenbaren begann, und der Macht- und Prachtbau des Heiligthums der Unbesleckten sich erhob, bei dem auf ihre Fürbitte täglich noch Wunder geschehen, die geeignet sind, den Unglauben der Jetztzeit zu widerlegen. — So viele große Erweise von Güte hat Gott auf die milde Fürbitte der Jungfrau im Laufe dieser fünfzig Jahre erteilt; und sollen wir nun nicht hoffen können, daß unsre Rettung näher ist als wir glaubten?“ ...

Ausland.

Ferris Beurteilung.

Nom, 10. Februar. (Fig. Ver.) Das Gericht hat Ferris verurteilt zu dem vom Staatsanwalt beantragten Strafminimum von 14 Monaten. Man hat ihm und Salustri keine mildernden Umstände zugebilligt, sondern schlanftweg auf das Mindestmaß für sorgfältige Verleumdung erkannt. Das Urteil kommt allen erwartet: an eine Freisprechung zu denken wäre Wahnsinn gewesen; die Richter konnten nicht freisprechen, ohne mit Vettolo die ganze Marineverwaltung der letzten Jahre preis zu geben. Diese arme Verwaltung war auch ohne den Freispruch gerade übel genug durch den Prozeß zugerichtet. In einem Klassenstaat, auch wenn sich seine Justizbehörden unabhängig glauben und fühlen, kann ein solcher Prozeß nicht mit einem Freispruch enden.

Mit dieser Erwägung wird man in ganz Italien das Urteil aufnehmen, ohne Erbitterung, mit der ruhigen Stenographie eines Volkes, das längst über den Kindererglauben vom „gleichen Recht für alle“ hinausgekommen ist.

Aus den gestrigen Schlussworten der beiden Hauptbeleidigten Vettolo und Ferris, klang schon die feste Gewißheit der Beurteilung. Vettolo sprach sehr emphatisch von dem Martyrium der Verleumdung, das er ertragen hätte, von der Lauterkeit seiner Absichten. Man habe ihn, der sein ganzes Sein dem Besten des Landes geopfert hätte, öffentlich schändlicher Dinge beschuldigt, nur um Ferris Bedürfnis nach Lärm und Skandal zu befriedigen. Dem kaiserlichen Ehrgeiz eines Mannes, dem es nicht genügt, unter der ehrenvollen Fahne einer Lehre friedlichen Fortschritts zu schreiben, sondern der sich in krankhafter Popularitätssucht herborstürzte, sei er — Vettolo — geopfert worden.

Als letzter sprach Ferris, sehr nüchtern und ruhig, obwohl der Saal voll Electricität gespannt, über die Rassen erregt war. Ferris sprach vor allem über die Motive seiner Campagne und drückte seine Verteidigung darüber aus, daß auch der Staatsanwalt allgemeine politische Motive ihm zugesprochen hat. Zu denken, daß er, nach 25 Jahren öffentlichen Lebens aus Sucht nach Popularität gehandelt habe, hieße alle psychologischen Beweggründe verkennen. Wenn er nach etwas Verlangen trage, so sei es mehr nach Ruhe, nach der Möglichkeit, seiner Familie zu leben, als nach dem Lärm der Menge. Hätte er, wie andre sagen, nur seiner eignen Eitelkeit genügt wollen, so wäre wahrhaftig eine ungefählichere Rolle zu wählen gewesen, als die des öffentlichen Anklägers. Wem kommt denn, fährt Ferris fort, die Wirkung dieses Prozesses zu gute? Mir persönlich wahrhaftig nicht, der socialistischen Partei nur sehr indirekt. Die Hauptwirkung, die keine andre sein kann, als eine strengere und redlichere Verwaltung der öffentlichen Gelder, kommt der italienischen Bourgeoisie selbst zu gute. Die öffentliche Censur, wie sie heute die Partei ausübt, wird den Uebergang des italienischen Bürgerthums vom Stadium parasitären Lebens auf Staatskosten zu dem eines modernen Industrialismus beschleunigen. Ferner sprach Ferris von den Wirkungen seiner Anklagen, die schon heute die Kontrolle in der Marineverwaltung verschärft haben, ausschließlich von dem Beweismaterial, das er über seine Anklagen beigebracht hätte. Will man noch mehr Beweise? fragt er, ich habe Vettolo beschuldigt, einer Interessentlique vorzutreten und sie im Ministerium zu vertreten. Mir scheint, das hat der Prozeß mehr als zum Ueberfluß bewiesen. Nachdem er kurz die Hauptpunkte, auf die sich der Beweis stützt, aufgezählt hat, erklärt Ferris zum Schluß, er sei trotzdem auf eine Verurteilung gefaßt, die aber außer Stande sein würde, ihn von seinem Wege und seiner Lebensarbeit zum Besten der Partei abzubringen.

Nach der Urteilsverkündung wurden beide Verurteilten, Ferris und Salustri, mit Begeisterung von einer dichtgedrängten Menge begrüßt. Auch bei seiner Rückkehr in die Redaktion des „Avanti“ brachte man dem Chefredakteur eine warme Ovation dar.

Außer dem „Avanti“ ist zur Stunde noch keine Zeitung erschienen, die das Urteil kommentiert.

Der „Avanti“ bringt einen von Ferris gezeichneten Artikel „Klassenjustiz“.

Heute um 6 Uhr war eine Demonstration vor der Redaktion des „Avanti“ geplant. Die Polizei ließ aber mit einem Massenauflauf von Polizisten in Civil und Uniform alle Zugänge zur Via Propaganda besetzen, als handle es sich darum, eine Revolution niederzuwerfen. So kam es nur zu ein paar in der rohesten und dümmsten Weise vorgenommenen Verhaftungen, die für die Ordnungsfreunde als der ruhmvolle Abschluß des mit der Beurteilung schon ruhmvoll begonnenen Tages.

Beide Verurteilten werden Verhaftung einlegen. —

Frankreich.

Klassenjustiz.

Paris, 11. Februar. (Fig. Ver.) Das Pariser Schwurgericht hat kürzlich einen italienischen Arbeiter, Spano, zum Tode verurteilt wegen Ermordung eines Werkführers, der ihn auf's Pflaster geschert hatte. Spano handelte aus Verzweiflung, nachdem er vergebens nach Brot und Arbeit gesucht hatte. Und zwar hungerte er nicht allein, er hatte eine alte Mutter zu ernähren.

Das Todesurteil hat die gewerkschaftlichen und socialistischen Kreise aufs tiefste empört. Sie erblicken in ihm mit Recht einen grausamen Ausfluß bourgeois Klassenjustiz. Schon davon abgesehen, daß das Pariser Schwurgericht sonst Todesurteile überhaupt höchst selten fällt, hatte es gerade wenige Tage vorher einem Zuhälter, der an einer reichen Dirne einen Raubmord begangen, mildernde Umstände zugebilligt!

Die gewerkschaftlichen und socialistischen Organisationen entsenden nun eine lebhaftige Agitation zu Gunsten der Vergnadigung Spanos durch den Präsidenten der Republik. Unter andern hat eine Versammlung in der Arbeitshölle eine scharfe Protestresolution votiert gegen das „Klassenurteil“ und überhaupt gegen die Todesstrafe, diesen „geschlichen Mord“.

Urteile, wie im Prozeß Spano, erinnern immer wieder an die durch ein reaktionäres Gesetz von vor 30 Jahren gesicherte bourgeois Zusammensetzung der Jury. Selbst wenn ausnahmsweise einige Arbeiter auf die Liste der Geschworenen gesetzt werden, müssen sie auf die Beteiligung verzichten, da die Geschworenen keine Diäten beziehen. Es wäre einmal an der Zeit, in der demokratischen Republik die Jury zu demokratisieren. —

Erfolg der Pariser Bahnangestellten.

Paris, 11. Februar. (Fig. Ver.) Die Angestellten der Pariser Ösbahn haben einen vollständigen Erfolg errungen. Das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des vom Civilgerichts-Präsidenten ernannten Unparteiischen, des linksradikalen Abgeordneten und ehemaligen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Pierre Maudin, hat die Hauptursache des Streiks im Sinne der Angestellten beseitigt. Die neu eingeführte „Dritttheilung“ der Arbeit, wodurch den Angestellten bei einer effektiven Arbeitszeit von zehn Stunden eine Präsenzzeit von 16 bis 17 Stunden aufgezwungen werden sollte, ist vom Schiedsgericht als unbedeutend wieder rückgängig gemacht worden. Außerdem hatte der Vertreter der Streikenden schon vorher in direkten Unterhandlungen mit dem Vertreter der Compagnie eine lange Reihe von Detailforderungen durchgesetzt, von denen folgende anzuführen sind: Lohnhöhung von 35 Proz. für die Ueberstunden gegenwärtiger Arbeiter, Lohnhöhung von 2 Centimes pro Stunde nach dem ersten Jahre und von 5 Centimes nach dem zweiten Jahre zu Gunsten der Hilfsarbeiter, zwei bezahlte Ruhetage im Monat, Verringerung der Krankenunterstützung und der Alterspensionen, 60 Centimes Stundenlohn für die Berufsarbeiter u. a. m. Daß die Compagnie sich verpflichtet hat, keinerlei Maßregelungen wegen des Streiks vorzunehmen, versteht sich von selbst.

Der Kampf wurde in musterhafter Disciplin durchgeführt. Der Gewerkschaft standen wirksam zur Seite socialistische Abgeordnete und Gemeinderäte aller Richtungen. —

Italien.

Der frühere Unterrichtsminister Rasi ist seit einigen Tagen Gegenstand heftiger Angriffe in der gelamten Presse. Zuerst hat der römische Messaggero der Sage die Schelle umgehängt. Ihm folgte der Mailänder Tempo, der „Avanti“ und schließlich andre Blätter der verschiedensten Richtungen. Heute ist die Sache zu einem öffentlichen Skandal angewachsen. Man beschuldigt Rasi, die Gelder, die das Parlament für die Unterstützung der Elementarlosen ausgeworfen hatte, willkürlich verwendet und andern, nicht unterstützungsberechtigten Personen, wie Journalisten und Freunden große Summen zugewendet zu haben. Ueber diesen Anklagepunkt hat bereits Genosse Vissolatti verhandelt, Klarheit zu verschaffen, indem er den Kammerpräsidenten ersuchte, der Kammer Einsicht in die Liste der unterstützten Lehrer zu verschaffen. Ferner legt man dem Exminister zur Last, Kunstgegenstände aus Museen, besonders neue Kunstwerke, die das Unterrichtsministerium angekauft hatte, in seinen Privatbesitz übernommen zu haben. Darüber werden so ungläubliche Dinge verbreitet, daß man, ohne eine Befestigung der Anschuldigungen abzuwarten, sie gar nicht wiederzugeben mag.

Nun hat Rasi gestern eine Interpellation eingereicht, durch die er den Unterrichtsminister Orlando befragt, über die gegen den vorigen Unterrichtsminister, also Rasi selbst, erhobenen Anklagen.

Weiter hat der Minister Orlando erklärt, jede Untersuchung der seinem Vorgänger vorgeworfenen Unredlichkeiten ablehnen zu müssen und heute nur kurz bemerkt, er hoffe, Rasi werde im Stande sein, seine Unschuld zu erweisen. Eine Aufklärung thut in der That dringend not. Im Notfall werden die Socialisten die Einsetzung einer Erhebungscommission über die Verwaltung des Unterrichtsministeriums beantragen. —

Aus Industrie und Handel.

Förderungseinschränkung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenfonds. In der gestern auf Grund des alten Vertrags abgehaltenen Besenbesitzer-Versammlung wurde der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge für das erste Vierteljahr des laufenden Jahres die Förderungseinschränkung auf 20 Proz. festgesetzt, die Abgabe und die Entschädigung für Ueber-, bezw. Minderförderung wieder auf 1,50 Mark pro Tonne und die Strafe für jede von den Beteiligten nicht gelieferte Tonne auf 2 M.

Nach dem vom Vorstand erstatteten Bericht betrug im Januar d. J. die Summe der vertraglichen Beteiligungen am Absatz 5 875 589 Tonnen, der Absatz einschließlich des Selbstverbrauchs der Besen- und Hüttenwerke 4 683 657 Tonnen, der Absatz ist daher gegen die Beteiligungen um 20,29 Proz. (gegen 18,20 Proz. im Dezember 1903) zurückgeblieben. Die Förderung betrug 5 510 032 Tonnen, d. i. 227 218 Tonnen arbeitsfähig.

Neue Vereinigung in der ober-sächsischen Eisenindustrie. Zwischen zweien der größeren Hüttengesellschaften Oberschlesiens, der Eisenindustrie-Actiengesellschaft (Caro-Hegenscheidt) und der Hismarckhütte ist ein Vertrag vereinbart worden, nach welchem für die Dauer von 5 Jahren eine Gemeinschaft auf dem Gebiete der von den beiden Gesellschaften betriebenen Walzeisenindustrie herbeigeführt wird. Das Abkommen sieht einerseits eine gemeinsame Versorgung der auf den Werken der Gesellschaften zur Verwendung gelangenden Roh- und Halbproduktmengen vor, während andererseits die Walzeisenherstellung auf gemeinsame Rechnung erfolgen wird.

Mecklenburg-Strelitzische Hypothekendank. Die vorgestern in Neustrelitz abgehaltene Versammlung der Pfandbriefgläubiger war nach einem telegraphischen Bericht des „Börsen-Courier“ nur spärlich besucht, jedoch war das zur rechtsgültigen Beschlußfassung erforderliche Kapital vertreten. Die Abänderungsbeschlüsse, betreffend die Bilanzierung, die Beschleissung der Finanzstände und den Ankauf von Pfandbriefen, sowie die Neuordnung der Pfandbriefbedingung wurde durch Zuzug angenommen. Die Direction teilte mit, daß am 31. Dezember 1903 22 000 000 M. Hypotheken vorhanden waren. Hiervon waren 6 Millionen auf bebauten, 16 Millionen auf unbebauten Grundstücken ausgeliehen. 9/10 Millionen Mark sind auf Grundstücke der Immobilienverkehrsbank, 6,3 Millionen Mark auf Grundstücke von zur Zeit zahlungsunfähigen Schuldnern ausgeliehen. Von den Baustellen-Hypotheken entfallen 9 Millionen Mark auf Ridorf, 3,7 Millionen Mark auf Wilmersdorf, 850 000 M. auf Schönberg, 714 000 M. auf Panitzsch und 1,7 Millionen Mark auf andre Gemeinden.

Soziales.

Erklärung.

In der am 26. Januar 1904 stattgehabten Sitzung des deutschen Reichstags hat der Abgeordnete Herr Dr. Mugdan die Behauptung aufgestellt, daß bei den Krankenkassen nur noch Leute angestellt werden, welche Socialdemokraten sind, und daß bei der Anstellung der Kassenbeamten und Kassenkontrolleure durch die Vorstände ein großer Anflug und mit den Arbeitergroßen weit mehr Verschwendung getrieben wird als irgend wo anders.

Hierauf haben wir zu erklären, daß diese von Herrn Dr. Mugdan ausgesprochenen Behauptungen direkt den Thatfachen widersprechen und nur den durchsichtigen Zweck haben können, die Aufsichtsbehörde, Regierung und den Reichstag gegen die Kassen-Vorstände und -Verwaltungen scharf zu machen; anders ist das Auftreten des Herrn Dr. Mugdan, der thatsächlich ca. 12 Jahre mit einer ganzen Reihe von Kassen zusammen arbeitet und dem bekannt sein mußte, daß seine Ausführungen nicht den Thatfachen entsprechen, nicht zu verstehen.

Wir erwarten daher von der Ehrenhaftigkeit des Herrn Dr. Mugdan, daß er Veranlassung nehmen wird, die unzutreffenden Behauptungen an derselben Stelle, wo er sie ausgesprochen hat, zu widerrufen.

Die Unterzeichneten setzen sich zu obiger Erklärung veranlaßt, weil gerade sie ca. 12 Jahre mit Dr. Mugdan zusammen arbeiten und er bei allen gemeinschaftlichen Verhandlungen einen seinen Ausführungen im Reichstage entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hat.

Die freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl
Berlins und der Vororte.

In Vertretung:

R. Ahmann, A. Daehne, Frau E. Reimann, E. Rossmus, J. Enigl,
G. Bauer, G. Davidshäuser.

Die Proletarierkrankheit.

Die von Albert Kohn in seiner Schrift „Unser Wohnungs-Enquete im Jahre 1902“ ausgeführte Enquete, daß die Gefahr der Verbreitung der Tuberkulose mit der Zahl der Bewohner auf einem Zimmer steigt, wird auf das vollkommenste bestätigt durch die Erhebungen, die Freudenberg in Weinheim über den Zusammenhang von Tuberkulose und Wohnungsdichte gemacht hat, und über die er am 16. November 1903 in einer Tuberkulose-Versammlung in Schwetzingen referierte. Mit Unterstützung des Statistischen Amtes stellte er bei einer Anzahl von 2900 Todesfällen unter Ausschaltung der Kinder unter 6 Jahren die Zahl der Schwindsucht-fälle fest und dann zugleich bei diesen in jedem einzelnen Falle die Zimmerzahl der Wohnung. Dabei zeigte sich folgendes: Als er die Wohnungen in fünf Klassen eingeteilt hatte, kamen auf die erste Klasse, d. h. die Wohnungen von 6 und mehr Zimmern, 10,3 Proz., auf die zweite Klasse, d. h. auf Wohnungen von 4 bis 6 Zimmern, 22,2 Proz., auf die dritte Klasse, d. h. auf Wohnungen von 1 bis 3 Zimmern mit einer Familie unter 2 Köpfen, 23,4 Proz., auf die vierte Klasse, d. h. auf Wohnungen von 1 und 2 Zimmern mit einer Familie von mehr als 3 Köpfen, auf jedes Zimmer 4,2, 2 Proz. Je dichter also die Wohnungen besetzt sind, desto größer ist in ihnen die Schwindsuchtsgefährlichkeit. Deshalb hat Prof. v. Rehdern die Schwindsucht mit Recht als eine Wohnungs-krankheit bezeichnet. Dabei zeigte sich auch in Weinheim, daß es Tuberkuloseerkrankungen gibt, wie man sie bei Wohnungsrevisionen unter anderem auch in New York und Kopen gefunden hat, und wie sie wahrscheinlich noch in vielen anderen Großstädten vorhanden sind, die aber nur durch so lausende Wohnungsinspektionen seitens der Gemeinde erkannt und frühzeitig beseitigt werden können, wie sie in einzelnen Städten, z. B. Stuttgart, bereits eingeführt sind.

Wie sehr mit Recht die Tuberkulose die „Proletarierkrankheit“ genannt wird, hat auch das Ergebnis einer neueren Untersuchung gezeigt, die an der Marburger Poliklinik gemacht worden ist, und die ergeben hat, daß in dem ärmeren Fünftel der dortigen Bevölkerung etwa 4,7 Proz. tuberkulös sind, während sich in den besser-situierten übrigen vier Fünfteln nur 0,2 Proz. Schwindsuchtige befinden.

Einführung des gesetzlichen Feiertages in der Schweiz.

Die Basler Regierung hat dem Großen Räte eine Vorlage betreffend die Revision des kantonalen Arbeiter-schutzes-Gesetzes unterbreitet, wodurch dasselbe in seinen Hauptpartien einen erfreulichen fortschrittlichen Ausbau erfährt. Einen schätzbaren Fortschritt bringt schon der § 1, der die Wirksamkeit des Gesetzes von den Betrieben mit drei Frauen-personen ausdehnt auf alle dem eigenständigen Fabrikgeschäft nicht unterstellten Betriebe, in denen auch nur eine weibliche Person, Arbeiterin oder Lehrlingsmädchen, beschäftigt ist. Ferner werden in den Geltungsbereich des Gesetzes noch alle Ladengeschäfte einbezogen. Alle diese Betriebe und Geschäfte werden ausdrücklich dem kantonalen Gewerbe-Inspektorat unterstellt, das durch Organe des Sanitätsdepartements unterstützt werden kann. An Stelle des geltenden Eistundentages wird der Feiertag, für die Vorabende von Sonn- und Festtagen der Neuntundentag vorgeschlagen, womit das Basler Gesetz endlich dem 1894 geschaffenen Gesetz des Kantons Zürich nachkommt. Den Ladengeschäften wird aber für die über 18 Jahre alten Verkäuferinnen eine elfstündige Arbeitszeit zugestanden. Den Verkäuferinnen ist für jede Sonntagsarbeit eine entsprechende Freizeit an einem Wochentage zu gewähren. Neu ist ferner das Verbot des Mitnahmehaufens von Arbeit nach erfüllter gesetzlicher Arbeitszeit und die Verlängerung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden. Die besondere Entschädigung der Heberzeitarbeit ist aus dem bestehenden Gesetz in die Revisionsvorlage hinübergenommen, aber leider die bezügliche Bestimmung nicht nach dem Vorbilde anderer kantonalen Gesetze ergänzt, welche ausdrücklich einen Lohnzuschlag von 25 Proz. vorschreiben. Neu ist die Vorschrift, den Arbeiterinnen in den Ladengeschäften ausreichende Sitzgelegenheit zu bieten und zu gewähren, sowie die Reduktion der zulässigen Ruhe von 1/4 auf 1/2 des Tagelohns. Beanstandung verdient die aus dem einen in das andere schweizerische Arbeiterschutz-Gesetz sich hinziehende, durch nichts gerechtfertigte Bestimmung, daß durch schriftliche Vereinbarung oder durch eine amtlich genehmigte Arbeitsordnung die monatliche Lohnzahlung eingeführt werden kann. Wenn die Arbeiter den Unternehmern 8 bis 14 Tage ihren Lohn kreditieren, so sollte das genügen. Außerdem wird durch die Zulassung solcher Vereinbarungen die vorausgehende Bestimmung, daß der Lohn mindestens alle zwei Wochen auszuschütten sei, zur leeren Phrase. Neu ist endlich die allerdings in anderen kantonalen Gesetzen schon längst enthaltene Bestimmung, daß das Gesetz in jedem Betriebe an sichtbar Stelle anzubringen ist.

Gegenüber dem bestehenden Gesetz bedeutet die Revisionsvorlage einen großen Fortschritt. Der sozialdemokratischen Fraktion im Großen Räte ist aber Gelegenheit geboten, den Entwurf in mehreren Beziehungen noch weiter zu verbessern. Der Urheber der Revisionsvorlage, Genosse Regierungsrat Wullschläger, wird sich diesen Bemühungen gewiß nicht widersetzen.

Versammlungen.

Berufsvereine und Arbeiterkammern

war das Thema, das Genosse Wolfgang Heine in der letzten Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter behandelte. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war in Anbetracht des interessanten Themas bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent erörterte eingangs seines Vortrags zunächst die Rechte der Berufsvereine und wies an der Hand von Beispielen nach, daß diese Privatpersonen gegenüber insofern im Nachteil wären, als sie wegen Forderungen an Mitglieder oder Schädten, welche ihnen an ihrem Eigentum durch fremde Personen zugefügt werden, nicht klagen können. Diesem Uebelstand könnten ja nun die Berufsvereine vielleicht dadurch begegnen, daß sie sich die Rechte einer juristischen Person durch Eintragung beim Amtsgericht verschaffen. Hieran hindern sie aber, und besonders unsere heutigen modernen Gewerkschaften, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Außerdem käme auch noch in Betracht, daß die Polizei gegen die Eintragung einer Gewerkschaft beim Amtsgericht Widerspruch erheben könne, ohne daß dieselbe den Einspruch näher zu begründen brauche. Besonders würde letzteres bei den Vereinen geschehen, die bei der Polizei im Verdacht stehen, daß sie politische Zwecke verfolgen. Des weiteren bespricht der Redner die Mißbilligkeiten, welchen die Gewerkschaften ausgesetzt sein würden, wenn ihre Eintragung beim Amtsgericht vollzogen würde. Zum Beispiel liegen beim Amtsgericht die Mitgliedsregister zu jedermanns Einsicht offen aus. Wenn auch in den größeren Städten, wo ein regeres Gewerkschaftsleben pulsiert, dadurch weniger Uebelstände für die Gewerkschaften zu befürchten wären, so sei doch sicher, daß in kleineren Orten durch diesen Umstand die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit lahm gelegt wird. Im besondern zieht Heine noch hierbei die §§ 931 und 928 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Betracht. Die Dehnbarkeit und verschiedene Auslegung dieser Paragraphen durch unsere Gerichtsbehörden mache dieselben zu einem willkommenen Mittel, solche Gewerkschaften, die sich die Rechte einer juristischen Person erwerben würden, für alle Schädten, welche den Unternehmern durch Streiks, Sperren oder Boykotts zugefügt werden, mit ihrem Vermögen haftbar zu machen. Unter diesen Umständen könne es keine Gewerkschaft wagen, sich die Rechte einer juristischen Person zu erwerben. — In neuerer Zeit hat die Frage der Schaffung von Inkorporationsrechten, Einigungsämtern und Arbeiterkammern für die Gewerkschaften wieder aktuell geworden. Besonders seit der

Tagung des Frankfurter Kongresses der christlichen Gewerkschaften befaßten sich etliche Socialpolitiker mit diesem Gedanken. Die Sache sieht an sich ziemlich harmlos aus. Aber man könne sicher sein, daß es nicht edle Motive sind, welche beispielsweise nationalliberale Politiker veranlassen, sich auf einmal so für die Gewerkschaften ins Zeug zu legen. Redner erörtert dann in längeren Ausführungen die Frage der Errichtung von Arbeiterkammern. Wäre unser Staat nicht eine Organisation der herrschenden Klassen und hätten wir die Garantie, daß volle Parität gewahrt würde, das heißt, daß der Unternehmer und Arbeiter gleich behandelt würde, dann könnten wir getrost unsere Zustimmung dazu geben, daß die Arbeiterkammern nach dem Vorschlage der einzelnen Parteien eingerichtet werden. Aber so wie die Dinge liegen, ist es ratsam, daß die Gewerkschaften genau prüfen, ob nicht etwas geschaffen wird, was zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung gereicht. Wir wollen auch nicht, daß solche Institutionen, die zum Wohle der Arbeiter dienen sollen, dem preussischen Bureaucratismus überliefert werden, indem man an die Spitze derselben einen Affessor oder in kleineren Orten den Bürgermeister stellt. Wir verlangen, daß sämtliche Kosten durch direkte Wahlen besetzt werden, so daß wir die Garantie haben, daß solche Vertretung der Arbeiter auch eine Stimme des Volkes ist. Die Gewerkschaften haben alle Veranlassung, sich durch das Liebeswerben der bürgerlichen Socialpolitiker von ihrem Wege nicht abbringen zu lassen. Die Dienste, die man ihnen als Wohlthäter bietet, mögen sie ablehnen mit dem Worte des griechischen Philosophen: Gebt uns aus der Sonne, damit wir Licht haben! — Die Anwesenden, welche den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit gefolgt waren, zollten ihm großen Beifall. In der Diskussion sprachen Kändler und Liche im Sinne des Referenten. Unter brausenden Hochrufen auf den Verband verließen die Teilnehmer den Saal.

Eine öffentliche Versammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands fand am Dienstag, den 9. Februar zu Charlottenburg im Volkshause, Rosinensir. 8, statt. Reichstags-Abgeordneter Richard Lipinski referierte in derselben, er hatte sich zum Thema: Der Schrei nach Recht erkoren. In einstündiger Rede verarbeitete sich der Referent über das langsame und kostspielige Verfahren, dessen sich die Angestellten heute bedienen müssen, wenn sie ihr Recht suchen, und besprach die Regierungsvorlage, mit der sich gegenwärtig eine Kommission im Reichstage beschäftigt. Die zahlreichen Mängel der Vorlage müssen zu beseitigen versucht werden, es gilt, für die Handlungsangehörigen eine Gerichtsbarkeit zu schaffen, die von Halbselten frei ist. An zahlreichen Beispielen wies Lipinski die Berechtigung der Forderungen nach, wie solche der Centralverband erhebt. Eine im Sinne der Lipinski'schen Ausführungen gehaltene Resolution wurde von der Versammlung debattelos und einstimmig angenommen.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen tagte am 3. Februar in den Arminhallen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Preuß, Schreiber und Hilbrandt in der üblichen Weise. Hierauf erstattete Ritter den Kassensbericht vom 4. Quartal 1903. Es betragen die Einnahmen für die Centralkasse 8413,06 M., die Ausgaben 8404,90 M., so daß für das 1. Quartal 1904 ein Bestand von 8,16 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 36,58 M. für Reise- und 1005,77 M. für Krankenunterstützung. An die Hauptkasse wurden 6300 M. abgeliefert, der Filiale verblieben 2062,55 M. Die Centralkasse hatte inf. eines Bestandes von 5552,58 M. eine Einnahme von 9807,94 M. zu verzeichnen; die Ausgaben betragen 3619,11 M., bleibt ein Bestand von 6133,83 M. Für die ausgefertigten Löhne wurden 150 M. bewilligt. Es wurden dann die Wahlen zu dem am 7. März und folgende Tage stattfindenden Heimarbeiterschutz-Kongress vorgenommen. Die Filiale Berlin des Schneiderverbandes hat hierzu zwei Delegierte zu stellen. Gewählt wurden Frau Tölle und Ritter. Unter Anträge und Bekanntmachungen lag der Versammlung eine Resolution betreffend der Ortsverwaltung vor, die eine bessere und gerechtere Regelung der von der Organisation sanktionierten freiwilligen Sammlungen für in Not befindliche und ausgesteuerte Mitglieder anstrebt. Nach einigen anderen keinen geschäftlichen Erörterungen trat Schluß der Versammlung ein.

Die Buchbinder besaßen sich am Mittwoch in einer Mitgliederversammlung ihrer hiesigen Zahlstelle mit der bevorstehenden Urabstimmung über die Frage, ob in diesem Jahr ein Verbandstag stattfinden soll. Laut Verbandsstatut können Verbandstage, abgesehen von außerordentlichen Umständen, nur auf Beschluß einer Urabstimmung einberufen werden. Der letzte Verbandstag fand im Jahre 1900 in Berlin statt. Seitdem hat der Verband eine Anzahl Lohnbewegungen an verschiedenen Orten durchgelämpft; seine Mitgliederzahl ist bedeutend gewachsen; innerhalb der Mitgliedschaft sind verschiedene Wünsche aufgetaucht, namentlich solche auf Verbesserung des Unterstützungswesens; ferner liegen mancherlei Anregungen und Beschwerden vor, so daß dringende Arbeit für einen Verbandstag genügt vorhanden ist. — Aus diesen Gründen empfahl der Vorsitzende der Zahlstelle, Brüder, der hierzu referierte, die vom Verbandsvorstand und Ausschuss gestellte Frage der Urabstimmung über einen Verbandstag mit Ja zu beantworten. In gleichem Sinne sprachen auch die Diskussionsredner. Die Urabstimmungszettel werden der „Buchbinder-Zeitung“ vom 20. Februar beigelegt und sollen bis zum 6. März an den Zahlstellen-Vorstand wieder zurückgegeben werden. — In der Versammlung wurde außerdem ein Vortrag von Drauk über die Fortschritte unserer Organisation in Berlin in den Jahren 1902 und 1903 gehalten. Wie in dem Vortrage dargelegt wurde, hat sich die Organisation in diesen Jahren recht günstig entwickelt; auch in Bezug auf die Fluktuation unter den neuengewonnenen Mitgliedern ist im letzten Jahr eine Besserung eingetreten, wenn auch in dieser Hinsicht noch manches zu wünschen übrig bleibt.

Die Zahlstelle Charlottenburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nahm in ihrer Generalversammlung den Kassensbericht vom 4. Quartal entgegen. Danach betrug die Einnahme der Verbandskasse 1273,93 M., ihr Hand eine Ausgabe gegenüber von 968,89 M., mithin bleibt am Orte ein Bestand von 304,14 M. Die Lokalasse hatte mit dem Bestand vom vorigen Quartal eine Einnahme von 1701,14 M., gegenüber einer Ausgabe von 1669,88 M., bleibt also ein Bestand von 31,31 M. Sobann erstattete der Bevollmächtigte Wenschel den Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das vergangene Geschäftsjahr. Die Neuwerbungen hatten folgendes Ergebnis: Wenschel, 1. Bevollmächtigte; Stahlberg, 2. Bevollmächtigte; Hase, Kassierer; Craudenz, Schrift-führer. Zu Revisoren wurden Pfefferkorn, Graß und Hüter gewählt. Außerdem folgte nach der Bericht und die Neuwahl der Verfassungskommission, der Delegierten zur Gewerkschaftskommission und die Ergänzungswahl zum Gesellen-ausschuss. Hierauf wurde beschlossen, Wenschel als Delegierten zum diesjährigen Verbandstage in Vorschlag zu bringen. Zum Schluß berichtete noch der Einseher Stolz und die Kollegen Schmidt und Linde über den Stand der geplanten Einseherforderungen.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hielt am 20. Januar eine gut besuchte Sitzung der Delegierten ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung enthielt sich eine Geschäftsordnungs-Debatte über den Antrag, die Wahlen der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission zu vertagen, da noch einige Gewerkschaften mit den Neuwahlen ihrer Delegierten ausstehen. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Gewerkschaften, die bei Besetzung der Ämter insofern unberücksichtigt bleiben müßten, selbst durch ihre Nachlässigkeit die Schuld daran tragen. Den Bericht des Ausschusses erstattete der bisherige Obmann, Genosse Steinig. Danach war die Tätigkeit des Ausschusses im Hinblick auf die verflochtenen verschiedenartigen Wahlen eine sehr umfangreiche. Speziell waren es die Wahlen der Delegierten sowie des Vorstandes zur hiesigen Orts-Krankenkasse, desgleichen auch die Gewerkschafts-Wahlen, welche den Ausschuss in hohem Maße

beschäftigten. Erfolgreich war die Agitation, indem sich im Laufe des Berichtsjahres vier Gewerkschaften der Kommission angeschlossen, so daß die Zahl der Gewerkschaften von 19 auf 23 stieg. Zwei neue Einrichtungen wurden im Interesse der einzelnen Gewerkschaften geschaffen und zwar eine gemeinsame Bibliothek und eine Referentenvermittlung zu dem Zweck, den einzelnen Gewerkschaften zu ihren Versammlungen unentgeltlich Referenten zur Verfügung zu stellen. Unter Sammlungen für andere Gewerkschaften nimmt die für Crimmitschau den größten Raum ein. Beim Kassensbericht, über den Genosse Jost referierte, teilte derselbe mit, daß die Referenten Kadentzin und Fleming ihr Amt niedergelegt haben, daß daher der Jahresbericht sowie die Sammlungen für Crimmitschau nicht revidiert seien, obgleich der Ausschuss den Genossen Wenske zur Revision veranlaßt hatte. Es wurde aus diesem Grunde beschlossen, den Kassensbericht bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Die Anfragen des Genossen Müller (Metallarbeiter): 1. Warum die Druckkosten nicht bei der Vorwärtsdruckerei bestellt werden? 2. Warum bei den letzten Gewerkschaftswahlen die Stimmzettel in einem Wahllokal nicht reichten? verurichteten eine lebhafte Diskussion, und war das Resümee derselben bezüglich der Frage 1, daß man principiell nicht davon absehen werde, der Vorwärtsdruckerei die erforderlichen Arbeiten zu übergeben, daß aber die Taktik, wie es bei den letzten Wahlen sich gezeigt habe, die Notwendigkeit erheische, von diesem Prinzip von Fall zu Fall abzuweichen, ohne die Interessen der Organisation der Buchdrucker zu verletzen. Bezüglich der Frage 2 wurde festgestellt, daß die Verrückung bei den Wahlen seitens der Gewerkschaften eine sehr minimale war, daß sich dem Wahlschuss aus den Reihen der Organisierten fast keine Kräfte zur Verfügung stellten. Betreffs der Erklärung der Metallarbeiter, keine Extrabeiträge zu den Gewerkschaftswahlen zu leisten, erhob sich nur eine ein solches Verhalten verurteilende Stimme, und wurden die Metallarbeiter auf den Beschluß der Kommission verwiesen, dem auch sie sich zu unterwerfen haben. Der Bericht des Genossen Jost über die Ausschussstelle war kurz. Auf den gedruckten ausführlichen Bericht verweisen sollte er mit, daß wohl der Wechsel der Personen der Sache etwas hinderlich war, daß aber nunmehr alles seinen gewöhnlichen Gang gehe.

Den Bericht über die Bibliothek gibt Wösendecker. Derselbe richtet einen Appell an die Delegierten, die Förderung des Instituts und das Erwecken des Interesses für dasselbe nicht dem Bibliothekar allein zu überlassen.

Es folgten hierauf die Wahlen. Als Ausschuss wurden gewählt: Steinig (Porzellanarbeiter), Udo (Handlungsgehilfe), Müller (Metallarbeiter), Schulte (Buchdrucker), Gräb (Fabrikarbeiter). Zum Obmann wurde Steinig gewählt. Als Revisoren wurden gewählt Schulte und Grise und zu Vertretern bei den Sitzungen der Berliner Gewerkschaftskommission außer dem Obmann Grise und Wösendecker. Als Bibliothekar fungiert Genosse Wösendecker und als dessen Stellvertreter Genosse Hugol. Beschlossen wurde noch, daß die Referenten die (mangels eines Kommissionsbeschlusses) zu Unrecht erhobene Entschädigung zurückzuführen haben. Dem Ausschuss sowie dem Obmann wurden ein Antrag für die Zukunft den Ausschussmitgliedern Anwesenheitsgelde bei den Sitzungen zu zahlen, dem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen. Ein Ansuchen des Vorstandes des Porzellanarbeiter-Verbandes wurde dem Ausschuss zur möglichst schnellen Erledigung überwiesen. Nach einem Protest Wösendeckers gegen den vorgenannten Wahlmodus wurde die Sitzung geschlossen.

Der russisch-japanische Krieg.

Das Gebot der Königsmörder.

Belgrad, 13. Februar. Dem Gottesdienste für den Sieg der Russen wohnten der Kronprinz, die Mitglieder der russischen Botschaft, das gesamte Kabinett und zahlreiches Publikum bei.

Japans Rat an China.

Tokio, 13. Februar. Die japanische Regierung hatte, als die Kriegsgefahr unvermeidlich erschien, durch den japanischen Gesandten in Peking der chinesischen Regierung den Rat geben lassen, im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten eine strikte Neutralität zu beobachten. Als Motiv zu diesem Entschlus wurde der Gesandte beauftragt, folgende Gründe anzuführen:

1. Es ist die Pflicht eines jeden Kriegführenden, dazu beizutragen, daß die Leiden des Kriegszustandes möglichst eingeschränkt bleiben, daher muß versucht werden, den Kriegsschauplatz derart einzuschränken, damit der Handel und Verkehr der Neutralen möglichst gehindert wird.
2. Desgleichen muß angestrebt werden, die internationalen Kriegsverhältnisse möglichst zu vereinfachen, das heißt die Zahl der kriegführenden Parteien möglichst einzuschränken. In dem gegenwärtigen Falle würde daher dies auf Japan und Rußland beschränkt werden, um einen Weltkrieg zu verhindern.
3. Im Falle eines Krieges zwischen Japan und Rußland ist es von höchster Wichtigkeit, daß im Innern Chinas Ordnung und Ruhe bewahrt werden. Desgleichen in den offenen Häfen, um die Aufregung der Bevölkerung zu vermeiden, welche den Mächten den Vorwand geben könnte, in die Angelegenheiten Chinas einzugreifen.

Gleichzeitig wurde der Gesandte beauftragt, die chinesische Regierung darüber aufzuklären, daß die Erklärung der Neutralität Chinesischerseits auch wichtige Pflichten mit sich bringe, nämlich, daß China dafür sorgen muß, daß seine Neutralität auch von den Kriegführenden respektiert wird. China müßte daher Schanghai und andere strategische Punkte militärisch besetzen, und dafür sorgen, daß seine Häfen nicht zu kriegerischen Zwecken demutet werden.

Durch eine genaue Beobachtung dieser Grundfälle würde China sein Gebiet, mit Ausnahme der Mandchurie, von den Leiden des Krieges befreien und, um die Neutralität Chinas von den Mächten anerkannt zu sehen, wird Japan zu geeigneter Zeit den Mächten die Mitteilung machen, daß es beabsichtigt, die Neutralität Chinas zu respektieren, so lange dies auch von Seiten Rußlands der Fall ist.

Sues, 13. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Regierung hat jetzt dem russischen Torpedobootzerstörer, der am 10. dieses Monats habarier in Port Said eingetroffen war, die zuerst verweigerte Erlaubnis erteilt, hier ins Red zu gehen. Es wird beabsichtigt, morgen den Torpedobootzerstörer von Port Said nach hier durch den Kanal zu schleppen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kerstfest in Magdeburg.

Magdeburg, 13. Februar. (Privatdepesche des Vorwärts.) Heute Abend stellten sämtliche Kasernenärzte bis auf 30 ihre Tätigkeit für die Ortstrankenkasse ein.

Parlaments-Wahl.

London, 13. Febr. (W. T. B.) Bei der heutigen Parlaments-Wahl in St. Albans wurde Gladstone (lib.) mit 4757 Stimmen gegen Gibbs (l.), einen entschiedenen Anhänger der Chamberlain'schen Politik, gewählt, welcher 4625 Stimmen erhielt. Die Wahl war durch den Austritt Gibbs aus dem Unterhause veranlaßt, den Gibbs für notwendig gehalten hatte, weil er als Vermittler für die Admiralität beim Ankauf japanischer Kriegsschiffe fungiert hatte.

Die Blechnähe des Jaren.

Petersburg, 13. Februar. (W. T. B.) Der Kommandeur des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Oberst von Schend ist aus Berlin hier eingetroffen, um im Namen des Offiziercorps des Regiments dem Kaiser eine Blechnähe, die historische Kopfbedeckung des Regiments, zu überreichen.

Reichstag.

82. Sitzung. Sonnabend, 13. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski. In Stelle des wegen Krankheit aus dem Amte geschiedenen Schriftführers Abg. Krebs (C.) wird auf Vorschlag des Abg. Gröber per Acclamation der Abg. Engelen (C.) gewählt, der die Wahl dankend annimmt.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. Doerfflen (Mp.), Sieg (natl.), Welzer (Mp.), Lipinski (Soc.), Leinenweber (natl.) werden gemäß dem Kommissionsantrag für gültig erklärt.

In der Wahl des Abg. Barbed (fr. Sp.) (2. Mittelfranken) werden Beweiserhebungen beschlossen.

Die Wahl des Abg. Dr. Braun (Soc.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären. Der Berichterstatter Abg. v. Derzh (kons.) verzichtet auf das Wort.

Abg. v. Rippenhausen (L.): Da mir mitgeteilt ist, daß der Antrag gestellt wird auf Zurückverweisung in die Wahlprüfungs-Kommission, und daß tatsächlich neues Material zu dem Bericht der Wahlprüfungs-Kommission von drei sozialdemokratischen Mitgliedern und zugegangen ist, so wollen wir dem Antrag auf erneute Prüfung der Sache in der Kommission nicht widersprechen. Ich will mich nicht darauf einlassen, heute das Material selbst zu diskutieren und möchte nur auf einen Punkt aufmerksam machen: Wenn behauptet wird, daß dadurch, daß das Wahlflugblatt im Januar unterschrieben und versendet wurde mit den Unterschriften des Regierungspräsidenten und des Landrats, und wenn man sich überhaupt auf den Standpunkt stellt, daß hierdurch irgend welche Wahlbeeinflussung stattgefunden hat, dann ist doch damit absolut noch nicht gesagt, daß deshalb, weil die Unterschrift nachher zurückgezogen worden ist, eine Wahlbeeinflussung nicht stattgefunden hat. Ich beschränke mich auf diese eine Bemerkung und schicke mich, wie gesagt, dem Antrage auf Zurückverweisung an die Kommission an.

Abg. Gröber (C.): Der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission zeigt, daß es sich darum handelt, ob eine Wahlbeeinflussung stattgefunden hat mit einer maßgebenden Einwirkung auf die Entscheidung der Hauptwahl. Denn von dem Ergebnisse dieser hängt es ab, zwischen wem die Stichwahl stattfinden soll. In dieser Richtung sind nun neue Mitteilungen gemacht, die nach der Meinung meiner Freunde eine wiederholte Prüfung der Sache unbedingt notwendig machen. Das Material mag ja freilich noch einer weiteren Ergänzung und vielleicht Mithatstellung bedürfen. Aber eine solche Prüfung einzelner Tatsachen, namentlich die einer Einwirkung auf das Wahlergebnis, ist in erster Linie Aufgabe der Kommission und nicht des hohen Hauses. Alle diese Tatsachen müssen in ruhiger Erwägung beurteilt werden, und nachdem diese Mitteilungen nachträglich erfolgt sind, sind wir der Meinung, daß es sich empfiehlt, die ganze Sache an die Kommission zur erneuten Prüfung zurückzuverweisen. Ich stelle hiermit einen dahingehenden Antrag.

Abg. Fischer-Verlin (Soc.): Nachdem seitens zweier Parteien die Zurückverweisung an die Wahlprüfungs-Kommission beantragt worden ist, kann ich auf eine Begründung unseres Standpunktes, der sich in derselben Richtung bewegte, im großen ganzen verzichten. Alle Voraussetzungen, auf denen der Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission beruhte, wird durch neue Tatsachen als unrichtig erwiesen. Im Wahlprotokoll sind eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, für die wir den Beweis des Gegenteils erbringen werden. Alle diese Momente werden wir in der Wahlprüfungs-Kommission im einzelnen vorbringen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Ich bin mit dem Antrag des Centrums einverstanden, ich würde aber auch damit einverstanden sein, wenn wir die Wahl gleich heute für gültig erklärten. Auch auf Grund des Materials, das der Wahlprüfungs-Kommission vorgelegen hat, würde ich die Ungültigkeit der Wahl nicht haben ausprechen können. Eine Beweiserhebung darüber, ob der Wahlaufruf mit der Unterschrift des Regierungspräsidenten von Windheim verbreitet worden ist, hat nicht stattgefunden. Es ist auch nicht festgestellt worden, ob der Regierungspräsident von Windheim die Unterschrift in dieser Form vollzogen hat. Wenn es sich herausstellen sollte, daß er nicht in seiner amtlichen Eigenschaft unterschrieben hat, so würde es doch in die Hand jedes Druckers oder Setzers gelegt werden, eine Wahl ungültig zu machen. Ferner möchte ich zur Erwägung anheimstellen, ob man nach Einführung von Wahlzellen und der Wahllokalen überhaupt noch von einem amtlichen Einfluß sprechen kann. Wenn an Stelle des Sozialdemokraten Dr. Braun der Nationalliberale Schwabach mit Felsch in die Stichwahl gekommen wäre, würden dann nicht die Herren von der Sozialdemokratie, wie sie es seiner Zeit schon im „Vorwärts“ ausgesprochen haben, unter allen Umständen die Ungültigkeit der Wahl ausgesprochen haben, weil der Regierungspräsident den Aufruf unterschrieben hätte? Dann würden sie zweifellos nicht darauf geachtet haben, daß der Wahlaufruf schon im Januar unterschrieben worden ist. In Wirklichkeit hat im Wahlkreis Frankfurt-Rebus kein Einfluß der Behörden stattgefunden. Aus diesem Grunde bin ich von vornherein für die Gültigkeit der Wahl und zweifle auch nicht, daß die Wahlprüfungs-Kommission zu einem solchen Antrage kommt.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Mir ist es ganz gleichgültig, von welcher Seite neues Material vorgebracht wird. Ich halte es für der Gerechtigkeit entsprechend, daß die Wahlprüfungs-Kommission sich noch einmal mit der Sache beschäftigt. Im übrigen ist die Kommission nach der seit langem beobachteten Praxis verfahren, ich sehe also keinen Grund zu einer Kritik ihres Beschlusses.

Abg. Fischer-Verlin (Soc.): Wenn an Stelle Brauns Schwabach mit Felsch in die Stichwahl gekommen wäre, so hätten wir allerdings, wie Dr. Arendt richtig vermutete, Protest erhoben. Wir hätten den Standpunkt eingenommen, den alle Parteien, mit Ausnahme der Konservativen und der Reichspartei vertreten, daß eine Wahlbeeinflussung an sich noch kein Moment für die Ungültigkeit einer Wahl bildet — sonst hätten es ja alle konservativen Regierungsräte, Landräte und Polizeibeamte in der Hand, einfach jede Wahl für ungültig erklären zu lassen, wenn sie nicht nach ihrem Wunsche ausfällt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), sondern daß zu der Thatsache der Wahlbeeinflussung eine weitere tatsächliche Wirkung hinzukommen muß. Es muß ein Kausalneus zwischen der Beeinflussung und dem Resultat bestehen.

Wenn an Stelle Brauns Schwabach in die Stichwahl gekommen wäre, so würden wir Protest erhoben haben — und voraussichtlich mit Erfolg —, weil ja die ganze Wahlbeeinflussung des Regierungspräsidenten sich gegen die Sozialdemokratie gerichtet hat. Wir sehen ja den Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission gerade deshalb an, weil die Wahlbeeinflussung sich nicht gegen Schwabach gerichtet hat und nicht hat richten können. In der Zeit, als das Flugblatt verbreitet wurde, existierte die Kandidatur Schwabach noch gar nicht, sondern damals war Felsch der vereinigte Kandidat der Konservativen und Nationalliberalen. Erst als die Nationalliberalen merkten, daß sie dabei über Ohr gehauen waren, stellten sie Schwabach auf. Als der Regierungspräsident erfuhr, daß Felsch zugleich Mitglied des Bundes der Landwirte war, hat er sich gefragt, ob nun noch seine Wahlbeeinflussung gegen die Sozialdemokratie einen Zweck haben könne, und hat seine Unterschrift zurückgezogen. Diese ostentative Zurückziehung der Unterschrift des Regierungspräsidenten ist dann von den Liberalen als ein Zeichen, daß ihre Segel schwellen könne, ausgenutzt worden.

Abg. Träger (fr. Sp.): Eine größere Anzahl meiner Freunde ist der Meinung, daß der Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission durch das der Kommission vorliegende Material nicht gerechtfertigt war. Wir alle aber sind mit der Zurückverweisung an die Kommission einverstanden. Im allgemeinen stimme ich mit den Deduktionen Dr. Arendts überein, nur scheint mir erstens die Thatsache der Verbreitung des Flugblattes festzustellen, und zweitens kommt es wenig darauf an, ob die Unterschrift des Regierungspräsidenten mit oder gegen seinen Willen erfolgt ist. Thatsache ist, daß der Regierungspräsident mit seinem vollen Namen und amtlichen Charakter unter dem Wahlaufruf steht. Es handelt sich hier um die Entscheidung des Principes, ob nur eine Wahlbeeinflussung zu Gunsten des Gewählten oder auch indirekte Beeinflussungen zur Kasserung einer Wahl führen können.

Abg. Werner (Ant.): Ich schließe mich dem Vorredner an. Es ist etwas ganz Ungeübliches, daß eine Wahl kassiert wird, wenn die Beeinflussung nicht zu Gunsten des Gewählten erfolgt ist. Die Regierung sollte aber endlich einmal energisch gegen diese Wahlbeeinflussungen ihrer Beamten vorgehen. Auch in meinem Wahlkreis hat der Landrat Wahlbeeinflussung getrieben, indem er in einer Wahlversammlung erdicht. Was hat ein Landrat in einer Wahlversammlung zu thun? (Unruhe rechts.) Die Leute waren so empört über das Erscheinen des Landrats, daß die Versammlung aufgelöst werden mußte. Daher meine ich, daß das, was die Wahlprüfungs-Kommission festgestellt hat, nicht zur Kasserung der Wahl genügt.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Amtliche Wahlbeeinflussungen wird sicher niemand dulden, aber der Herr Vorredner geht doch zu weit, wenn er das Erscheinen eines Landrats in einer Wahlversammlung als Wahlbeeinflussung charakterisiert. Man muß doch dem Landrat die Rechte zuerkennen, die er als Wähler wie jeder Staatsbürger hat, sich über seinen Kandidaten zu informieren. Ich halte es ferner für ganz unerheblich, ob der amtliche Charakter des Beamten neben seinem Namen unter dem Aufruf gestanden hat oder nicht. Ein jeder kennt doch den Landrat als Person, und die Wirkung seiner Unterschrift, auf die Herr Fischer hinzielt, muß also dieselbe sein. Herr Fischer's Ausführungen treffen ebenso zu für den Fall, daß der liberale Schwabach gewählt worden wäre. Er muß das wohl selbst eingesehen haben, denn er hat sich schließlich darauf zurückgezogen, daß die Dinge im Falle der Wahl Schwabach anders gelegen hätten, weil da durch Zurückziehung der Unterschrift zu Gunsten des Herrn Schwabach eingewirkt worden wäre. Wir haben nun eine ganze neue Art der amtlichen Einwirkung durch Herrn Fischer kennen gelernt, nämlich die durch Zurückziehung einer Unterschrift. (Weiter links rechts.) Herr Fischer hat das wohl mehr in der Verlegenheit gesagt, den Standpunkt seiner Partei im allgemeinen mit dem besonderen, hier wo es sich um die Wahl eines Parteigenossen handelt, in Einklang zu bringen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Burlage (C.): Mit der Zurückverweisung an die Kommission bin ich einverstanden, doch glaube ich nicht, daß die neue Beratung zu einem andern Resultate führen werden. Herrn Dr. Arendt möchte ich bemerken, wenn ein Verwaltungsbeamter einen Wahlaufruf unterschreibt, unter Einwirkung seines amtlichen Charakters, dann ist er damit ein Einfluß aus auf die von ihm abhängigen Beamten und die von ihm abhängige Bevölkerung. Andererseits aber kann man doch einem Beamten nicht unterlagen, daß er politisch denkt und thätig wird. In einem solchen Falle soll er aber eben als Privatmann auftreten. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir müssen an dem Standpunkt festhalten, daß amtliche Wahlbeeinflussungen stets auf das Schärffste zurückzuweisen sind. Herr Arendt hat gesagt, man dürfe nicht auf die Person des Gewählten sehen. Mit Recht hat Herr Fischer ihm zugerufen, daß das auch nicht geschehen ist. Es ist in der Kommission rein objektiv geprüft worden, ohne irgend welche Rücksicht darauf, ob es sich um einen sozialdemokratischen oder einen andern Abgeordneten handelte. Andererseits kann ich Herrn Fischer darum nicht zustimmen, daß man deshalb, weil es sich hier um eine Wahlbeeinflussung zu Gunsten des Gegenkandidaten gehandelt habe, darauf keine Rücksicht zu nehmen braucht. Wenn jemand bei einem Wahlkampf für A. ist, dann ist er eben notwendigerweise gegen B., und wenn dann noch ein C. zutrifft, dann ist er notwendigerweise auch immer gegen B. und C. dadurch, daß er für A. eingetreten ist. Hier gilt: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“ Es ist dies- fah gesagt, es liege hier kein Kausalzusammenhang vor. Die Wahlprüfungs-Kommission hat aber einen solchen doch festgestellt, indem sie logisch unwiderleglich gesagt hat, wenn diese amtliche Wahlbeeinflussung nicht stattgefunden hätte, dann wäre wahrscheinlich ein anderer Kandidat in die Stichwahl gelangt und dann wäre aller Wahrscheinlichkeit nach die Stichwahl anders ausgefallen.

Mit einer erneuten Prüfung sind wir also wie gesagt einverstanden.

Abg. Fischer (Soc.): Nicht meine Ausführungen entzogen irgend einer Verlegenheit, sondern Herr Arendt war verlegen, weil er zwei Gesichtspunkte verwechselt hat. Ich habe erstens erklärt, die Wahlbeeinflussung konnte sich nicht gegen Schwabach richten, weil er zu der Zeit überhaupt noch nicht Kandidat war und auch um deswillen, weil zu der Zeit Felsch gemeinsamer Kandidat der Konservativen und Liberalen war und dann habe ich ausgeführt, daß als die Nationalliberalen schließlich doch einen eignen Kandidaten aufstellten, die angebliche Wahlbeeinflussung zum Nachteil Schwabachs umschlag in eine solche zu Gunsten Schwabachs. Wenn der Regierungspräsident extra erklärt: Ich ziehe meine Unterschrift unter die Empfehlung des Kandidaten Felsch zurück, so wird kein vernünftiger Mensch behaupten wollen, daß diese Empfehlung noch eine Wirkung haben konnte. Doch im Gegenteil diese Zurückziehung der Unterschrift ein günstiges Moment für die Kandidatur Schwabachs war, hat das offizielle Wahlkomitee der Liberalen selbst erkannt, indem es in der „Frankfurter Oberzeitung“ schrieb: Es fällt ein Hoffnungsstrahl aus dem konservativen Wahlaufruf selbst auf unsere Sache. Der Regierungspräsident hat seine Unterschrift unter dem Wahlaufruf des Herrn Felsch zurückgezogen. Wir freuen uns dessen, weil wir hoffen, daß alle Wähler unseres Kreises auf Grund dieser Thatsache noch einmal Veranlassung nehmen werden, die politische Situation in unserm Wahlkreise sich zu vergegenwärtigen. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und dann habe ich gesagt: gewiß, wenn an Stelle Brauns Schwabach in die Stichwahl gekommen und gestimmt hätte, dann hätten wir allerdings Protest erhoben, denn dann wäre eine direkte Wahlbeeinflussung zu Gunsten des gewählten Kandidaten, die uns sonst immer zur Kasserung der Wahl geführt hat, zu konstatieren gewesen. — Herr Burlage hat dann gesagt, eine Wahlbeeinflussung für A. richte sich so ipso facto gegen B. und C. Das ist gewiß richtig, trifft aber auf diesen Fall nicht zu. Wenn Schwabach und Braun in die Stichwahl gekommen wären, so wären die Dinge ebenso verlaufen, wie seiner Zeit in Halle. Dort hatte der Landrat bei der Hauptwahl für den konservativen Kandidaten Partei ergriffen, und als es dann zur Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokratie kam, hat derselbe Landrat Wahlbeeinflussung ausgeübt zu Gunsten des freisinnigen Kandidaten. Diese Wahl wurde damals kassiert, und es wurde also anerkannt, daß ein Eintreten für A. nicht unbedingt ein Eintreten gegen B. und C. sein muß. Weiter hat Herr Burlage gemeint, der Kausalzusammenhang zwischen der Wahlbeeinflussung und dem Resultat der Wahl sei von der Kommission konstatiert worden. Gerade aber weil wir glauben, daß die Kommission bei

Feststellung dieses Kausalneus irreführt worden ist, wünschen wir ja die Zurückverweisung an die Kommission.

In einer Wahlversammlung in Rüstentwalde trat der Bürgermeister Feidler für den Kandidaten Felsch ein und sammelte Unterschriften zu Gunsten seiner Kandidatur. Später aber, als die Kandidatur Felsch durch dessen Zugehörigkeit zum Bunde der Landwirte für die Behörden unmöglich geworden war, legte der Bürgermeister Feidler seinen Namen und seinen amtlichen Charakter unter ein Flugblatt zu Gunsten des Herrn Schwabach. Hier liegt also eine amtliche Wahlbeeinflussung zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten vor. Bis zu einem gewissen Grade werden Sie diese beiden Wahlbeeinflussungen in ihrer Wirkung kompensieren müssen. Ich habe zu der Unparteilichkeit und dem Verständnis der Wahlprüfungs-Kommission das Vertrauen, daß sie in richtiger Würdigung der Thatsachen und unter Aufrechterhaltung der bisherigen Praxis, wie sie auch durch verschiedene Urtheile der Wahlprüfungs-Kommission, meines Parteigenossen Luer, feststeht, die Wahl für gültig erklären wird. Siegt der Kandidat, zu Gunsten dessen die Wahlbeeinflussungen vorgenommen sind, so ist es gut, siegt er nicht, so würde die Wahl kassiert werden. Das kann unmöglich die Absicht des Reichstages sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (C.): Die Geschäftsordnung enthält keine Vorschriften über das Verfahren der Wahlprüfungs-Kommission. Es hat sich aber in ihr eine feststehende Praxis in möglichst engem Anschluß an die richterliche Praxis gebildet. Sobald sie einen Beschluß über die Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl gefaßt hat, wird neues Material innerhalb der Kommission nicht mehr angenommen, sondern dem Plenum überlassen, ob es auf Grund des neuen Materials die Wahl nochmals an die Kommission zurückverweisen will. Wollte die Wahlprüfungs-Kommission diese Verhandlungsmagazine außer acht lassen, dann hätte es jede Partei in der Kommission in der Hand, bei der Feststellung des Verdicts eine kleine oder größere neue Thatsache vorzutragen und damit neue Verhandlungen und Beschlässe herbeizuführen und so fort und fort durch neue Ergänzungen die Entscheidung hinauszuschieben. (Sehr richtig!) Herr Werner meine, es sei nicht richtig, Wahlbeeinflussungen auch dann zur Kasserung einer Wahl führen zu lassen, wenn sie nicht für den siegreichen Kandidaten, sondern gegen einen Mitkandidaten bestimmt waren; jeder weiß doch, daß die Parteien schon vor der Stichwahl Koalitionen abschließen, um die Chancen eines bestimmten Kandidaten in der Stichwahl zu erhöhen. Das Wahlmandat ist bekannt, daß eine Partei, um nicht selber in eine Stichwahl zu kommen, bei der sie unterliegen würde und um doch den Gegner nicht zur Wahl gelangen zu lassen, der ihr besonders verhaßt ist, bei der Hauptwahl ihre eignen Stimmen spaltet. (Weiter links.) Es ist also nicht gleichgültig, wer in die Stichwahl kommt. Folglich ist es auch bedenklich, ob eine amtliche Wahlbeeinflussung verhindert hat, daß ein bestimmter Kandidat in die Stichwahl gekommen ist.

Abg. Thiele (Soc.): Unfre Entscheidung erfolgt nicht nach dem Parteistandpunkt, sondern lediglich nach sachlichen Motiven. Herr Dr. Arendt aber hat andern Parteien wenig edle Motive untergeschoben. Als er vorhin sich bereit erklärte, sofort für die Gültigkeit der Braunschen Wahl zu stimmen, entstand bei uns große Heiterkeit. Wir sagten uns: Was! Herr Dr. Arendt will dafür sorgen, daß amtliche Wahlbeeinflussungen und Missethaten und Thor geordnet wird. In wenigen Wahlkreisen sind so zahllose Wahlbeeinflussungen vorgekommen, wie gerade im Wahlkreis Arendts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Burlage (C.): Herr Fischer hat mich gefragt, ob ich, wenn Schwabach in die Stichwahl gekommen wäre, auch noch für die Ungültigkeit der Wahl stimmen würde. Aber selbstverständlich. Wenn man nicht weiß, wie die Hauptwahl ohne Beeinflussung ausgefallen wäre, fehlt jede sichere Grundlage zur Beurteilung des Stichwahl-Resultats. Weil man keine sicheren Unterlagen hat, muß man die ganze Wahl preisgeben.

Auch die Kompositionstheorie des Abg. Fischer kann ich nicht teilen. Wie sollen denn da zahlenmäßig die Wirkungen der beiden Wahlbeeinflussungen gegen einander aufgerechnet werden; wir kommen da ganz ins Ungewisse. Die Meinung, daß durch die Kasserung derartiger Fälle eine Prämie auf Wahlbeeinflussungen gesetzt werde, ist rein theoretischer Natur. In der Praxis liegen die Dinge ganz anders.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) stellt fest, daß weder 1899 noch 1903 gegen seine Wahl ein Wahlprotokoll eingeleitet sei. Wer die Praxis der Sozialdemokraten kennt, wird daraus schließen, daß ein Protest nicht erhoben worden ist, weil keine Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mansfeldt wird wie bisher so auch künftig allen sozialdemokratischen Heereien reichstreu gegenüberstehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Thiele (Soc.): Der Wahlprotokoll gegen die Wahl des Herrn Arendt ist nur verpöndel eingegangen; hätte ich ihn abgeschickt, wäre er rechtzeitig eingetroffen, und das Haus hätte dann das Vergnügen gehabt, seine Wahl zu kassieren.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag des Abg. Gröber (C.) auf Rückverweisung an die Wahlprüfungs-Kommission wird einstimmig angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt beim Kapitel „Reichs-Versicherungskamt“.

Abg. Körsten (Soc.): Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte hier verallgemeinert. Ich habe absichtlich keine Einzelfälle angeführt, weil man sonst wieder gesagt hätte, Einzelfälle beweisen nichts. Ich wollte auch die Geduld des Hauses nicht übermäßig lange in Anspruch nehmen. Man kann sich ja aus meinen Jahresberichten über unsere Forderungen orientieren. Man hat im allgemeinen meine Behauptungen bestritten, aber selbst in einem Artikel, für dessen Verfasser ich den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts halte, wird bestätigt, daß die Spruchpraxis innerhalb der Versicherungs-Gesetzgebung zu sehr vielen Bedenken Anlaß giebt. Herr Abg. Spahn und Dr. Mugdan haben sich in ihrer Beurteilung der Materie durchaus geirrt. Ich habe mich hauptsächlich dagegen gewendet, daß die Berufsgenossenschaften eine durchaus unberechtigte Nichtachtung gegenüber den Urteilen der Schiedsgerichte zur Schau tragen. Heute geht ein Arbeiter zum Schiedsgericht. Er bekommt ein Urteil, 14 Tage später bekommt er einen neuen Bescheld der Berufsgenossenschaft, wonach die Rente herabgesetzt ist. Darauf bekommt er ein Urteil des Schiedsgerichts, das die alte Rente wieder festsetzt. Jetzt hält der Arbeiter das Urteil des Schiedsgerichts für endgültig und unterläßt es, sich gegen die neue Herabsetzung der Berufsgenossenschaft zu wenden. Dadurch wird der Bescheld der Berufsgenossenschaft rechtskräftig und die Rente ist verloren. Das sind doch unhaltbare Zustände, die der Gesetzgeber nicht beabsichtigt hat.

Der Staatssekretär meinte, in vielen Fällen könne doch der Arzt dem Verletzten kein Attest in die Hand geben, weil er ihm damit sein Todesurteil gebe. Das kommt aber bei der Unfallversicherung fast gar nicht in Betracht, sondern fast nur bei der Invalidenversicherung. Dr. Mugdan hat die Berufsgenossenschaften sehr in Schuß genommen. Das scheint mir eine Verbeugung nach oben zu sein. (Unruhe bei den Freisinnigen.) Jedenfalls werden die Körperschaften auch ihren warmen Dank ab-

statten —

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Sie dürfen einem Kollegen nicht Worte unterschreiben, die er nicht hat, was Sie durch den Ausdruck „Verbeugung nach oben“ gethan haben. Ich bitte, Ihre Worte vorsichtiger zu wählen!

Abg. Körsten (fortfahrend):

Wir verlangen, daß die Ärzte den Arbeitern auf Verlangen Atteste ausstellen, ebenso wie die Berufsgenossenschaften Atteste bekommen. Heute bekommen die Verletzten die Atteste garnicht zu sehen, keine Behörde giebt sie heraus. Die Berufsgenossenschaften geben ihre Atteste auch auf Antrag nicht heraus, sie lassen sie größtenteils nicht einmal einsehen. In Berlin giebt es etwa nur drei Duzend Ärzte, die Atteste ausstellen. Weder die königliche Charité, noch irgend ein Krankenhaus in Berlin stellt den Verletzten Atteste aus. Dr. Veder behauptete freilich, die Ärzte geben Atteste: Ja, durch die Berufsgenossenschaften! Dr. Veder sagte: die Krankenkassen würden schon dafür sorgen. Aber nach 13 Wochen hört doch die Entschädigungspflicht der Krankenkassen auf und die Krankenkassen haben mit dem Verletzten gar nichts mehr zu thun. Es kann also kein Verletzter die Ausstellung eines Attestes von den Krankenkassen verlangen. Die Wichtigkeit meiner Behauptung, daß die Ärzte keine Atteste geben, beweist ja die vor einigen Wochen erfolgte Bildung der Ärzte-Kommission, an der auch Dr. Mugdan beteiligt ist. Wir wollen keine unnützen Hoffnungen bei den Verletzten erregen, wie uns vorgeworfen wurde, sondern nur, was etwas zu erreichen ist, traten wir mit aller Macht ein. Dr. Mugdan sagte, die Verhandlungen der Schiedsgerichte seien nur nötig, wenn es sich um die Feststellung der Lohnsätze handelt. Damit beweist er, wie wenig er von der Sache versteht. Die Differenzen über Lohnsätze der Verletzten machen noch nicht 1 Proz. der Verhandlungen aus. Diese Fälle können auch gar nicht von den Schiedsgerichten festgesetzt werden. Nein! Die Arbeiter betrachten die Schiedsgerichte als erste Instanz, bei der sie nach Abweisung ihres Anspruches durch die Berufsgenossenschaften ihr Recht finden können. Dazu muß man ihnen die Möglichkeit geben.

Kedner geht weiter auf die Spruchpraxis über die Bruchschäden ein. Vor zehn Jahren wurden Bruchschäden noch alle entschädigt. Die Ärzte haben ihre neuere Wissenschaft sehr spät entdeckt. Von einer Disposition kam doch z. B. in dem von mir angeführten Falle, daß ein 18jähriger Schmied von einem Pferde in die Leistengegend geschlagen wurde, nicht die Rede sein. Dr. Mugdan will die gewöhnlichen Krankheiten nicht als Unfall gelten lassen und verlangt besondere Maßnahmen. Wäntsch er etwa ein neues Gesetz? Professor Dr. Lewin steht auf dem Standpunkte, daß derartige gewöhnliche Krankheiten als Betriebsunfälle anzusehen sind. Wir verlangen, daß der Arztstand, der für sich alle Rechte in Anspruch nimmt, auch Pflichten erfüllt. Diese Pflicht ist nicht erfüllt. Ich wünsche, daß da eine Aenderung eintritt. Ich nehme Ihnen nicht übel, Herr Dr. Mugdan, was Sie gestern gesagt haben, denn diese Rede läßt die Arbeiter darüber auf, wer ihr Freund ist. Sie waren lange Zeit als solcher verfahren. Jetzt werden Sie sich langsam um Ihr Ansehen bringen. Unerfüllbare Hoffnungen mache ich den Arbeitern nicht. Aber wenn ein Gesetz besteht, das die Arbeiter gegen Unfälle schützen soll, dann soll man sich nicht begnügen, den Arbeitern zu zeigen, wie groß die Summe der Rente ist, und wieviel die Regierung für sie thut, und sie dann noch Haus sichten, sondern muß ihnen zu ihrem vollen Rechte verhelfen, zumal da die Berufsgenossenschaft, die so wie so die Klinke der Beizegung in der Hand haben, ihre Rechte gewiß voll ausnützen. Wir stehen dem Arbeiter bei, damit er seinen Weg durch diesen Wirrwarr von Paragraphen findet.

Der Abg. Veder meinte, ich hätte meine Behauptungen aus der Luft gegriffen; ich will nicht in seinen Ton verfallen, er mag mit seinemgleichen in diesem Ton verkehren. Ich will nur zeigen, wie er die Dinge verwechselt, ich will nicht sagen, verdreht. Ich sagte, daß die Landesversicherungsanstalten sich jetzt leider auch Vertrauensärzte beilegen. Da glaubt er, ich hätte damit den Ärzten einen Vorwurf gemacht. Sie wundern sich über die große Zahl der Rentenempfänger. Die Arbeiter, die schon zehn Jahre ihre Beiträge geleistet haben, denken darüber anders. Wir betrachten es, als ob es unser Geld wäre. Sie glauben, das Geld sei von Ihnen aufgebracht. Für unsere Ansicht können wir uns sogar auf die Autorität des früheren Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker berufen. Weil wir direkt oder indirekt das Geld aufgebracht haben, darum haben wir gar kein Dankgefühl.

Herr Camp wunderte sich gestern über die Aufrechnung der Armenkosten gegen die Rente. Das ist bei der Berliner Landesversicherungsanstalt gang und gäbe. Auf Beschwerden lautet die gewöhnliche Antwort: Es muß bei dem Bescheide vom ... verbleiben. Erst Beschwerden beim Reichsversicherungsamt helfen dagegen; erst sie bringen den § 49 des Invalidenversicherungsgesetzes zur Durchführung. Bei der Abweisung von Ansprüchen hat man wieder den Satz: Sie erfüllen die erforderlichen Bedingungen nicht. Wir aber können das ganze Invalidengesetz mit seinen 200 Paragraphen in den Satz zusammenfassen: Man kann alles, aber man braucht nichts. Darum muß auch social Gebrauch von der Berufsgenossenschaft gemacht werden. — Als ich von der großen Zahl verletzter Hände sprach, war nicht von Holzarbeitern, sondern von Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeitern die Rede. Als bei einer Abstimmung in einer Streikversammlung durch Handaufheben abgestimmt werden sollte, stellte sich heraus, daß 75 Proz. nur eine Hand oder doch nur eine unversehrte hatten. Was Dr. Veder vorbrachte, steht damit in gar keinem Zusammenhang. Ich wies darauf nur hin, um den Begriff der Gewöhnung zu illustrieren: wie den Arbeitern ein Urteil nach dem andern abgesetzt wird, ohne daß nach dem Reichsversicherungsamt ein nennenswerter Schaden entsteht. Das ist mir bisher nicht widerlegt.

Die Herren Dr. Veder und Mugdan hatten wohl auch gar nicht die Absicht, meine Angaben zu widerlegen; sie wollten nur Socialistenbedämpfung treiben. Aber was ich hier vorgebracht habe, brachte ich im Interesse der Arbeiter vor; und daher sind mir Ihre Absichten sehr egal. Uebelstände aufzudecken, Änderungen vorzuschlagen ist meine Pflicht, dazu bin ich gewählt und davon soll mich niemand abhalten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Waskau (natl.):

Ich will einiges über die Thätigkeit der Schiedsgerichte sagen, weil ich vor fünf Jahren Vorsitzender von zweien dieser Gerichte war. Ich gestehe offen, daß sehr oft 12 bis 14 Sachen auf der Rolle stehen. Aber oft sind die Fälle so klar, namentlich wenn das Urteil zu Gunsten des Klägers ausfallen muß, daß nur eine ganz kurze Beratung am Platze ist. Die Berufsgenossenschaften haben nie versucht, mich zu beeinflussen, so arbeiterfreundlich meine Urteile und mein ganzes Vorgehen war. Ich nehme an, daß die andern Herren Vorsitzenden der Schiedsgerichte in ihrer Mehrheit genau so denken wie ich und jeden Versuch einer solchen Beeinflussung entschieden zurückweisen. — Was die Unfallberühmungsbedingungen anlangt, so siehe ich durchaus auf dem Standpunkte der Vorredner, auch der socialdemokratischen, und habe mit Freuden die Erklärung des Herrn Staatssekretärs begrüßt. Leider zeigen die Arbeiter selbst häufig noch wenig Verständnis für diese Vorschriften. — Man hat mir vorgeworfen, daß ich keine Ueberstärkung der Socialpolitik wünsche. Nun, wollen Sie denn eine Ueberstärkung. (Abg. Stadthagen: Es ist ja noch gar kein Sturz da! Heiterkeit.) Gewiß, Ihr Tempo paßt und nicht und unter Tempo Ihnen nicht, aber in Allgemeinen zeigt doch ein Wanken vor Ueberstärkung nur von Ruhe und Besonnenheit. — Kedner wendet sich des weiteren gegen das Kapitalbedarfsverfahren. Die Baugewerkschaften, Berufsgenossenschaften benutzen ihre großen Kapitalansammlungen, um den großen Banvereinen Darlehen zu ganz billigen Zinsfuß zu geben, wodurch den kleinen Bauhandwerkern eine schwere Konkurrenz bereitet wird. Das ist ein unthöbarer Zustand. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es sind einige Angriffe gegen die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes erhoben worden, die meines Erachtens nicht berechtigt sind. Es ist zunächst getadelt worden, daß von den ärztlichen Gutachten vielfach den Verletzten keine Mitteilung gemacht werde. Das Reichsversicherungsamt hat in dieser Frage den durchaus korrekten Standpunkt eingenommen, daß die unbegründete Ablehnung einer solchen Mitteilung einen wesentlichen Mangel des Verfahrens darstelle, der eine Aufhebung der Vorentscheidung rechtfertige. Weiter ist getadelt worden, daß der behandelnde Arzt oft nicht gutachtlich geurteilt werde. Das Reichsversicherungsamt hat entschieden, daß auch dies ein wesentlicher Mangel des Verfahrens sei, bei dessen Eintreten entweder das Rekursergicht den behandelnden Arzt selbst zu hören oder die Sache an das Schiedsgericht zurückzuverweisen habe. Was die Zulassung von Rechtsbeiständen, die nicht Rechtsanwälte sind, anlangt, so hat auch hier das Reichsversicherungsamt unanfechtbare Grundzüge aufgestellt. Danach soll die Ausschließung von Rechtskonsulenten nur dann gerechtfertigt sein, wenn diesen selbst die Prozeßfähigkeit mangelt, wenn ihr Auftreten nicht angemessen ist oder wenn sie offenbar wider besseres Wissen unzutreffende Einwände erheben. Ferner ist ausgeführt worden, wie falsch es mandalisch sei, einen Krankheitszustand als einen chronischen, als Folge einer Berufskrankheit, zu bezeichnen, wo in der That eigentlich ein Unfall vorliegt. Das Reichsversicherungsamt hat in dieser Beziehung ebenfalls Grundzüge aufgestellt, danach würde ein Unfall herrühren aus einem plötzlichen, einen kurzen Zeitraum beanspruchenden Ereignis, während die Berufskrankheit nur eine andre Folge einer langen, unglücklichen äußeren Einwirkung ausgeübter Arbeitstätigkeit ist. Die Forderung, die einer der Herren Vorredner aufstellte, daß das Gesetz selbst einen klaren Unterschied zwischen Unfällen und Berufskrankheiten aufstellen solle, ist undurchführbar. Er muß dem verständigen Ernsten des Richters auf Grund durch Zeugen erwiesener Thatfachen maßgebend sein. Herr Körsten hat aus der „Arbeiterversorgung“ einen Artikel über das Reichsversicherungsamt vorgelesen. Leider hat er nur einen kleinen Satz vorgelesen. In dem Artikel ist des weiteren anerkannt, daß das Reichsversicherungsamt im Zweifelsfall viel eher geneigt ist, zu Gunsten der Versicherten zu entscheiden, woraus ihm seitens einseitiger Unternehmer sogar schon Vorwürfe gemacht worden seien. Es ist auch wieder behauptet worden, die Arbeiter brähten alle Mittel zur Socialpolitik auf. Formell ist das schon nicht richtig. Man kann aber auch unmöglich behaupten, daß weil die Arbeiter in den Fabriken die physische Arbeit und in manchen auch ein gut Teil geistige Arbeit leisten, sie deshalb alle Mittel auszubringen. Nach unserer Gesellschaftsordnung bringt die Mittel derjenige auf, der sein Kapital arbeiten läßt und die Intelligenz hat das Kapital fruchtbringend im wirtschaftlichen Leben anzuwenden. (Sehr richtig.)

Abg. Stadthagen (Soc.):

Herr v. Heyl hat neulich wieder einmal die Behauptung aufgestellt, daß die Socialdemokratie gegen die Buchergesetze gestimmt habe. Eine solche Behauptung findet sich auch in Nr. 75 der Hülleschen Flugblätter gegen deren Verbreitung in den Heilanstalten der Landesversicherungsanstalten wie stets protestiert haben. Graf Posadowsky hat am 13. Dezember 1897 erklärt: „Nachdem ich einiges aus den Hülleschen Flugblättern in den Zeitungen gelesen habe, muß ich allerdings sagen, daß da Behauptungen enthalten sind, die ich für thatsächlich unrichtig halte, wie z. B. die Behauptung, die Socialdemokratie habe den Buchergesetz gestimmt. Das ist eine Behauptung, die absolut nicht aufrecht zu erhalten ist.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Berufsgenossenschaften aber sind so mächtig, daß diese Hülleschen Flugblätter trotzdem weiter verbreitet werden und selbst Herr v. Heyl scheint ja von ihnen angezogen zu sein. Derartige Lügen sollten in den Heilanstalten nicht als Heilwahrheiten verbreitet werden.

Herr v. Heyl war selbst beim Buchergesetz zugegen. Wie konnte er da — natürlich mit bestem Willen — (Heiterkeit) so die Unwahrheit sagen? (Unruhe.) Dr. David gab ihm doch die beste Gelegenheit, sein Wissen zu bereichern. Die Unwahrheit, daß die Socialdemokratie 1880 gegen das Buchergesetz gestimmt habe, war früher auch im Nationalliberalen Handbuch enthalten und ist längst von uns widerlegt worden. 1880 fand keine namentliche Abstimmung statt. Der einzige Redner unserer Partei, der das Wort nahm, Abg. Kanfer, erklärte ausdrücklich: „Ich werde für das Gesetz stimmen.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dementsprechend sind alle socialdemokratischen Abgeordneten für das Gesetz eingetreten. Wie kam man da mit dieser Unwahrheit haufieren gehen? Man sieht, wozu man mit der Verbreitung solcher läugerischer Hüllescher Flugblätter in den Heilanstalten der Versicherungsanstalten kommt. Wie soll man, wenn solche Flugblätter verbreitet werden dürfen, noch erkennen, was wahr und unwahr, was gut und böse ist! Herr v. Heyl behauptete weiter, daß Artikel I des Buchergesetzes „von der Socialdemokratie nur mit der einen Stimme des Abg. Auer angenommen wurde“, während alle übrigen socialdemokratischen Abgeordneten gestimmt hätten. Dagegen hätten die Socialdemokraten gegen einen weiteren Paragraphen des Gesetzes gestimmt. Herr v. Heyl hat hier von Anfang bis zu Ende das absolut altemäßig nachweisbare Gegenteil der Wahrheit behauptet. Alle Redner meiner Fraktion, zu denen auch ich selbst gehörte, haben damals erklärt, das Gesetz zur Bekämpfung des Buchers genüge innerhalb der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht, um der Ausbeutung der Not wirksam vorzubeugen. In der Kommission und im Plenum wurden dann von uns Änderungsanträge gestellt, und obgleich die meisten dieser Anträge abgelehnt wurden, so haben wir doch einstimmig beschlossen, für das Gesetz zu stimmen. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Aber Herr v. Heyl glaubt gewohnheits- und gewerdmäßig immer das Gegenteil von dem anzunehmen zu müssen, was wahrheitsgemäß von den Socialdemokraten festgestellt wird. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Abgeordneter Herr v. Duol-Berenberg erklärte damals ausdrücklich: „Mich schreckt es nicht ab, daß die Socialdemokraten sich für diesen Gesetzentwurf so sehr ins Zeug werfen.“ Es hat keine Abstimmung über den ganzen Artikel I stattgefunden, sondern nur über einen Teil desselben. Dabei stellte sich Beschlußunfähigkeit heraus. Anwesend waren, soweit ich sehe, nicht Auer, sondern Vebel, Diez und viele andre. Diese Abgeordneten haben sämtlich für den betreffenden Paragraphen gestimmt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Bei der späteren Abstimmung, in der auf namentliche Abstimmung verzichtet wurde, haben die Socialdemokraten wieder sämtlich für den Paragraphen gestimmt. Herr v. Heyl war damals nicht anwesend; er war durch das allgemeine Wahrecht ausgeschlossen worden. (Heiterkeit.) § 4 des Buchergesetzes ist nicht, wie Herr v. Heyl behauptete, einstimmig von der Socialdemokratie abgelehnt worden, sondern wir lehnten zunächst eine neue Fassung des § 4, die vom Abg. v. Duol herrührte, ab, worauf diese Fassung von Antragsteller selbst zurückgezogen wurde. Darauf wurde eine neue, von allen Parteien eingebrachte, auch von Singer unterschriebene Fassung des § 4 vom gesamten Hause angenommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wie kam gegenüber diesen altemmäßig Thatsachen Herr v. Heyl sich so von der Unwahrheit einfangen lassen, daß er hier bei der — natürlich objektiven — Unwahrheit stehen bleibt? (Heiterkeit bei den Socialdemokraten, Unruhe bei den Nationalliberalen.) Die Nationalliberale Korrespondenz wiederholt dieselben Unwahrheiten. Sie sagt u. a.: „Der tiefen Wirkung der Heilischen Rede vermochte sich auch die Socialdemokratie nicht zu entziehen. Namentlich Dr. David wagte keinen Widerspruch.“ (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) Abg. Dr. David wußte eben, daß es Menschen giebt, die nicht empfänglich für die Wahrheit sind. Alle Heils-Wahrheiten (Große Heiterkeit) hätten nichts genützt. Manche Menschen müssen sich gewohnheitsmäßig gewissen der Wahrheit widersprechenden Vorstellungen hingeben. Ich hoffe, daß Herr v. Heyl nicht dazu gehört. Im Falle meines kranken Urlich hat der heftige Finanzminister Dr. Gnauch jetzt im heftigen Landtage öffentlich erklärt, Urlich sei von Herrn v. Heyl un-

recht gesehen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Während der Reden des Freiherrn v. Heyl sah Dr. Mugdan als Hypnotiseur neben ihm. Als älterer Reichstagskollege warne ich ihn vor der Lügenhaftigkeit, vor der nur die Altemeinsicht schützt. In die Alten haben Sie nicht gesehen, als Sie die Urheberschaft der Socialdemokratie an den Socialgesetzen abstritten. Das muß zu einem Versuch der Heilung führen, wie er eben dem Abg. Heyl widerfahren ist. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Im allgemeinen ist Dr. Mugdan schon widerlegt; nur wo er auf mich persönlich Bezug nahm, antworte ich ihm. Den Gedanken, daß beim Betriebsunfall nur Vorsatz des Verletzten Entschädigung ausschließt, hat hier zuerst Vebel ausgesprochen. Aber das Unfallversicherungs-gesetz giebt ihn ganz verzerzt wieder. Ich kann nichts Gutes an ihm anerkennen, denn es ist ein abschließendes Ausnahmengesetz. Werden Sie, Herr Dr. Mugdan, zusammen mit einem Arbeiter durch einen einfügenden Bau verlegt, so bekommen Sie vollständige Entschädigung, der Maurer nur 66%. Ohne Ihre Quasifabeln hätten wir heute die volle Entschädigung; so hoch wäre allen eingebildeten Unternehmern und Ärzten zum Troh die Empörung gestiegen. Die Arbeiter würden uns mit Recht mit Steinen werfen, wenn wir diesem Ausnahmengesetz gegen sie zugestimmt hätten. Nein, wir haben ihnen erklärt, daß sie nur als Arbeitsdiener gelten, und wenn sie einen Unfall erleiden, nur noch als Aushelfer. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Dann bekommt er 240 M., berechneter Dr. Veder. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Berechneter?) Na, er hat doch selber erklärt, wie berechnert er ist. Ich werde ihn ja nicht zum Arzt nehmen, es sei denn, daß ich bald begraben sein will. (Große Heiterkeit.) Wir wollen den Arbeiter zufrieden machen. (Stämmiges Oho! rechts und in der Mitte.) Die Krankheit des Abg. Heyl ist also bis auf die äußerste Rechte übergegangen: Sie hören auch mir noch die Hälfte. Wir führen die Arbeiter den Weg zur Zufriedenheit im Zukunftsstaate. Aber das wäre kein Mensch und kein Familienvater, der bei diesen jämmerlichen Zuständen, mit 240 M. jährlicher Rente, zufrieden wäre. Wie wagen Sie, das den Arbeitern überhaupt anzubieten? Wo in aller Welt muß der Gläubiger sich von dem Arzte des Schuldners untersuchen lassen? Denn mein Schuldner ist doch der, in dessen Dienst meine Knochen zu Grunde gegangen sind. Wenn Sie verunglückten, Herr Dr. Mugdan, würden Sie es als eine Unerschämtheit ansehen, wenn der, der für den Unfall verantwortlich ist, verlangte, daß Sie sich von seinem Vertrauensarzte untersuchen liehen? Aber einem armen Arbeiter kann man den Arzt aufzwingen, ihn ins Krankenhaus schiden, ihn als Simulanten behandeln usw. Wissen Sie nicht, daß das Reichs-Gesundheitsamt, das tausendmal socialer ist als die Berufsgenossenschaften, in einem Urteil anerkannt hat, daß ein Arbeiter aus einer dieser medikomechanischen Anstalten mit Recht weggelassen ist, weil er nicht rtheilt wurde, sondern durch Schmutz, Ungeziefer und schlechtes Essen nur noch kränker wurde?

Herr Dr. Mugdan hat behauptet, ich hätte den Arztstand angegriffen. Ich fordere Sie auf, mir aus irgend einer meiner Reden, meinetwegen von vor 10 Jahren, eine Äußerung nachzuweisen, aus der Sie das herauslesen könnten. Ich habe immer nur gesagt, das Schlimme der Vertrauensärzte führe zu einem objektiven Betrug; ich habe stets nur einzelne Vertrauensärzte angegriffen. (Dr. Mugdan: Auch Vlasius?) Auch Vlasius, der ohne den Kranken gesehen zu haben, ein Gutachten abgab und den Kollegen, der dies leichtfertig bezweifelte, noch verklagte! Da wäre es Ihre Pflicht gewesen, als Arzt aufzustehen — ich preise auf den Stand, für mich giebt es nur zwei Klassen — und Protest zu erheben. Wissenschaftler ehrenwerte Ärzte, die ihrer Stellung wegen nicht so frei vorgehen können, haben mir für meine Ausführungen gedankt. Erst gestern sind mir wieder die Altem eines empörenden Falles übergeben worden, in denen der Oberarzt Dr. König einen Arbeiter, der 25 Jahre lang in der kaiserlichen Werk beschäftigt war, ohne weiteres als Lügner und Simulanten hinstellte, bis er vom Professor Dr. Braun gründlich desavouiert wurde. Man hat gesagt, es wäre ein Widerspruch, wenn ich gegen die angestellten Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaft wäre, aber bei den Krankenkassen die freie Arztwahl ablehnte. Wir haben noch im vorigen Jahre die freie Arztwahl bei den Gemeinde-Krankenkassen verlangt, aber die Herren vom Centrum und die Freisinnigen haben sie abgelehnt! Bei den Krankenkassen ist eine Frage der freien Arztwahl eine reine Klassenfrage, die von der einen Klasse so, von der andern so zu lösen ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das Bedauerliche ist nur, daß insolge der jetzigen Agitation der Ärzte das Mißtrauen der Arbeiter gegen den gelehrten Arzt noch größer werden und ihr Vertrauen wachsen wird zu den noch größeren Kurpfuschern. Das fürchterlichste, was Ihnen denn doch zu Bedenken Anlaß geben sollte, ist die enorme Steigerung der Unfälle. Die Zahl der Todesfälle betrug 1899: 8124, 1902: 7975; die Zahl der Verwundeten, die über 13 Wochen erwerbsunfähig wurden, stieg von 1899: 97 912 auf 113 309 im Jahre 1902. Diese Zahlen sind eine schwere Anklage gegen diejenigen, die da sagen: wir wollen nicht überstürzt vorgehen. Hier heißt es **Heldensmut voraus!** Herr Camp meinte, er habe noch keine vernünftigen Berühmungsbedingungen in der Landwirtschaft. Warum nehmen Sie nicht unsere Forderung an, die Arbeiter zu solchen Unfallberühmungs-Vorschriften heranzuziehen? Die dümmsten Knechte wären dazu in der Lage, wenn sie sich organisieren könnten, aber das Koalitionsrecht wird ja den Landarbeitern gegen Gesetz und Recht noch immer vorenthalten. Die größten Unfallschiffern finden wir in Oestrichen, wo die jämmerlichsten Schulzustände herrschen. Treten Sie ein für die Abschaffung der Alfordarbeit, für die achtstündige Arbeitszeit, und Tausende von Unfallschiffen würden vermieden werden. Sie sprechen immer von den Milliarden, die an Entschädigungen geleistet werden. Fühlen Sie denn nicht, daß sich in diesen großen Summen nur die große Steigerung der Unfälle ausdrückt? Im Gegensatz zu jenem Nationalliberalen, der von einer Ueberstärkung der Socialreform sprach, rufe ich dem Herrn Staatssekretär zu: seien Sie so freundlich, so schnell wie möglich unter Niederrennung der von kapitalistischer Seite entgegenwirkenden Hindernisse darauf bedacht zu sein, daß die Unfälle sich mindern, daß jeder Fall der Verletzung der Verhütungsvorschriften strafrechtlich und civilrechtlich verfolgt wird! Nicht rückwärts, sondern schneller als ein Automobil soll es vorwärts gehen! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.):

Abg. Stadthagen hat sich wie immer maßlose Ueberstärkungen zu Schulden kommen lassen. (Lebhafte Widerpruch bei den Socialdemokraten.) In Wirklichkeit sind Sie (zu den Socialdemokraten) in diesem Hause die Hauptfeinde der Socialpolitik. Sie bezeichnen die ganze Socialpolitik als ein Nichts. Wenn die Arbeiter Kläger wären, als sie sind, wenn sie Sie (zu den Socialdemokraten) wählen (Lebhaftes Oho! bei den Socialdemokraten), so müßten sie sich doch sagen: „Wenn die ganze Socialpolitik nichts ist, warum reden denn unsere Abgeordneten so viel darüber.“ (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Gewiß ist die Invalidenrente zu klein. Mit 240 Mark wäre auch ich nicht zufrieden. Aber Herr Stadthagen sicher auch nicht. Was bezweckt er mit solchen Äußerungen? Sollen die Leser des „Vorwärts“ etwa glauben, Herr Stadthagen sei ein Proletarier? Der Kampf spielt sich übrigens keineswegs als zwischen den Ärzten und den Kassenmitgliedern, sondern zwischen den Ärzten und den Kassenverwaltungen. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Wie die Versicherten dabei fahren, wenn sie Ärzte bekommen, die mit Zucht und mit Befähigung vorbestraft sind, die vormittags die eine Spezialität haben und nachmittags in einer andern Stadt Spezialisten für ein andres Fach sind, das ist den Kassenverwaltungen ganz egal, sie wollen nur selbst Herren im Hause sein. (Gelächter und Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Herr Körsten hat heute dem Sinne nach genau dasselbe wiederholt, wie in seiner ersten Rede, obgleich sowohl der Staatssekretär wie Dr. Veder und ich ihn auf diese Irrtümer hingewiesen haben. Gewerbliche Vergiftungen können nach der Gesetzgebung

nicht als Unfälle angesehen werden. Die Ausführungen des Abg. Körsten können bei den Vergifteten nur falsche Hoffnungen erregen, sie werden und vielleicht gar geisteskrank machen.

Bezüglich der Unterleibsbrüche hat die Wissenschaft festgestellt, daß sie nur in ganz seltenen Fällen bei völlig gesunden Menschen eintreten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Erst seit 8 Jahren.)

Rum behauptete Herr Körsten, meine ganze Rede ginge nur auf ein Lob auf die Regierung hinaus. Ich habe aber außerordentlich viel am Reichs-Versicherungsamte und den übrigen Instanzen der Versicherungsgebarung getabelt — allerdings nicht in verletzender Form. Mit uns sollten alle Verständigen die Arbeiter darauf hinweisen, daß sie auf dem Boden des Verlebens ihre Lebensverhältnisse weiter zu verbessern suchen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Darauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt

Abg. Körsten (Soz.): Dr. Mugdan hat mich mißverstanden; ich wollte ihm nur klar machen, daß bezüglich der Unfälle die Begriffe „Unfall“ und „Gewerbekrankheit“ nicht nach 1 oder 3 Tagen unterschieden werden können.

Abg. Stadthagen (Soz.): Abg. Dr. Mugdan hat gesagt, ich gehörte doch der bürgerlichen Klasse an, ich solle mich daher nicht als Arbeiter hinstellen. Dr. Mugdan befindet sich im Irrtum, wenn er annimmt, ich hätte mich irgendwie als Arbeiter bezeichnet. Ich habe nie ein Wort daraus gemacht, daß ich der bürgerlichen Klasse entstamme und aus einem bestimmten Stande herangeworfen worden bin. (Große Heiterkeit), weil ich mich der Interessen der Proletarier angenommen habe.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung, Sonnabend, den 13. Februar 1904, 11 Uhr.

Am Ministerische: Müller. Die zweite Beratung des Staats wird bei der Berg-, Hütten- und Eisenverwaltung fortgesetzt.

Abg. Marg (C.):

Wir haben einfach zu entscheiden, ob es wahr ist, daß in einer großen Zahl von Fällen seitens der Beamten und Bergbehörden Wahlbeeinflussungen stattgefunden haben. Es ist gar nicht aus der Welt zu schaffen, daß dem Oberbergmeister Adams im Dienst gelagt werden ist: Wer bei der Wahl nicht mitzählt, steigt. (Hört! hört! im Centrum.) Zum ersten Prozeß hat nicht Minister Müller sondern der angegriffene Bergamt Hillger die Genehmigung zur Ausübung seiner Beamten erteilt. Auf Grund eines vorher schriftlich fixierten Rahmens ist die Weisung ausgegeben — in einem Strafprozeß — eingeschränkt worden. Wie will ein Richter das verteidigen? — Klassen Sie, Herr Minister, eine strenge Vergütung gegen die Wahlbeeinflussung und brechen Sie mit dem Satz: Wer nicht pariert, steigt! Dann sollen Sie sehen, wie Ruhe und Frieden in Saarrevier einziehen! (Lebhafte Beifall im Centrum, Lachen und große Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Handelsminister Müller: Ich wünsche deshalb die Frage mit möglichster Ruhe behandelt zu sehen, weil ich es nicht liebe, derartige locale Streitigkeiten zu großen politischen Fragen aufzubauen. Ich habe mich über die Parteien gestellt und nur meine Beamten verteidigt, die in fast allen Dingen ihre Pflicht gethan haben.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Der Prozeß ist für uns mit dem Richterspruch erledigt; wir können es uns nicht gefallen lassen, daß die Centrumspartei sich hier als Obertribunal konstituiert. (Beifall bei den Nationalliberalen, ständiger wachsender Unruhe im Centrum.) Wir sind gegen jede Wahlbeeinflussung, aber wir haben uns nicht überzeugen können, daß eine solche durch die Bergbeamten im Saarrevier erfolgt ist. Das einzige Persönliche an Herrn Dabach ist, daß er ein guter Geschäftsmann ist. (Große Heiterkeit.) Uebrigens ist die ganze Hege Herr Dabach nicht gehindert, bei der Bergwerksverwaltung persönlich um Annoncen zu bitten. (Große Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Der Bergamt Friedberg soll, wie ich höre, auf diese Bitte geantwortet haben: Ich werde dem Ädler, wer mich alle Tage in die Waden beißt, doch nicht eine Wurst schenken!

Wenn die Priester die Sakramente verweigern oder erklären, es wäre vielleicht besser, wenn Destréde 1888 gestagt hätte, so sind das viel schlimmere Handlungen, als irgend welche Vergehen durch Beamte je sein können. Das ist die Wahlfreiheit des Centriums. Das Centrum befragt die Erschütterung der Autorität und die Verwilderung der Literatur. Wo ist die Erschütterung der Autorität hiesiger geistlicher worden als im Saarrevier? Und wo ist die Verwilderung der Literatur größer als in der Centrumspresse! (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Ihre (zum Centrum) Schlacht hier ist verloren, unwiderbringlich verloren, auch wenn Sie den Kampf für Wahrheit und Recht, Herrn Dabach selbst, in den Kampf schicken. (Stürmische Heiterkeit, Beifall und lautes Händeklatschen bei den Nationalliberalen.) Während Abg. Dr. Friedberg die Tribüne verläßt, steigt Abg. Dabach hinauf und verneigt sich höflich. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dabach (C.):

Wenn auch jeder Beamter das Recht hat, seine Meinung zu äußern, so darf der Vorgesetzte von 30 000 katholischen Arbeitern doch nicht solche Reden halten, die alles Maß übersteigen. (Auf bei den Nationalliberalen: Welches Maß?) Auch die nationalliberale Presse hat unsren Kandidaten Fuchs in der schamlosesten Weise angegriffen.

Herrn verlangt, daß der Minister die selbst nach Geheimrat Hillgers Aussagen vorliegende amtliche Wahlbeeinflussung rügen soll. Der Pfarrer, der in Saarbrücken von der Verweigerung der Weichte an Nationalliberale sprach, hat diesen Anspruch behauptet und die Weichte ohne Schwierigkeit abgenommen. Herr Bebel auf dem Dresdener Parteitag und Herr Hillger sagen beide: Wer nicht pariert, steigt! Hier will ich abbrechen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Sie (zu den Nationalliberalen) treiben die Saararbeiter durch Ungerechtigkeiten in die Hände der Sozialdemokratie. Ich werde unerschütterlich in gleicher Weise, wenn auch nicht in gleichem Ton. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen), den Kampf für die katholischen Arbeiter des Saarreviers fortführen. (Beizogeltes Bravo! im Centrum.)

Handelsminister Müller:

Ich halte jede Bezugnahme auf die hohen Ueberschüsse der Bergverwaltung für ungerechtfertigt. Das sind Konjunkturgewinne eines kapitalistischen Betriebs. Die Löhne aber richten sich nach dem Arbeitsmarkt. Wir haben für eine regelmäßige Steigerung der Löhne gesagt, die auch in den ersten 9 Monaten des Jahres 1903 fortwirkte. Nichts ist für den Arbeiterstand unangenehmer und bringt ihn mehr in Unordnung als große Schwankungen in der Lohnhöhe. — Die Rede des Geheimrats Hillger kenne ich nicht genau; das gesprochene Wort verstiegt zu leicht. Wenn Sie (zum Centrum) mir nachweisen, daß er gelagt hat, was Sie hier angeben, will ich Remedur eintreten lassen.

Abg. v. Schubert (bei keiner Partei):

Die Verheugung durch die Dabach-Presse wird auch von einschichtigen Katholiken im Saarrevier bedauert. Der Umstand, daß es im Saarrevier so wenig Sozialdemokraten giebt, erklärt sich, wie ich genau weiß, daraus, daß die dafür disponierten Elemente sich unter der Führung der katholischen Presse sehr wohl fühlen. Diezen Leute entgegengetreten zu sein, ist ein Verdienst des Herrn Hillger.

Abg. Schwarze-Pippstadt (C.) beweist aus den Beisungskasten für die Wahl des Freiherrn v. Stumm, welche Wahlbeeinflussungen von jeher im Saarrevier getrieben worden sind. (Bravo! im Centrum.)

Abg. v. Cynern (natl.):

Herr Dabach ist 87 mal verurteilt worden, weil er politische Gegner in unerhörtem Tone angriff. (Unruhe beim Centrum.) Die unerhörteste Wahlbeeinflussung ist, wenn Geisliche die Weichte nicht abnehmen wollen. (Abg. Fuchs ruft: Haben Sie schon einmal gebeichtet?) Ich bin nicht solch Sündler wie Sie. (Große Heiterkeit.) Wenn Dabach einmal aus dem Saarrevier fortgeht, fallen die Arbeiter von selbst der Sozialdemokratie zu. Der Beweis für Ihre verheugende Tätigkeit ist die Behandlung der Lohnfrage. Beantworten Sie doch, hier im Landtag, die Löhne heraufzusetzen und verhegen Sie nicht die Leute im Lande. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fuchs (C.):

Wie war es denn nach dem großen Streit? Da war die ganze Belegschaft der Gruben in Gefahr, ins sozialdemokratische Fahrwasser zu geraten. Nicht Herr v. Cynern, sondern ich habe damals in 36 Versammlungen gesprochen, und mit Hilfe der geistlichen Autorität die Sozialdemokratie abzuwehren. Wer den Unglauben im Saarrevier predigt, ist gleich dem in der Pfalz. Nur hat die Sozialdemokratie den Mut ihres Bekenntnisses. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Im Saarrevier geht man Gott sei Dank noch in die Kirche. Im Saarrevier herrscht ein ungeheurer Terrorismus. Die Arbeiter wagen nicht einmal, eine unserer Versammlungen zu besuchen. Ich verlange einen Erlaß des Ministers, wie ihn seiner Zeit der Eisenbahnaminister erlassen hat, der die politischen Rechte der Arbeiter sicher stellt. (Beifall im Centrum.)

Handelsminister Müller: Ich habe einen solchen Erlaß genau in dem Sinne, wie er verlangt wird, im Jahre 1901 herausgegeben und am 5. Mai 1903 wiederholt.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Herr Fuchs hat kein Recht, denen Unglauben vorzuwerfen, die nicht auf seinem engen dogmatischen Standpunkt stehen. Ich kann nur sagen, eine intelligente Weltanschauung hat er nicht. (Unruhe im Centrum.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Marg (C.), Köchling (natl.), Dabach (C.), Fuchs (C.), Dr. Hoffmann (C.) unterbricht

Präsident v. Kröner

den Abg. Köchling (natl.), er soll keine persönliche Bemerkung über das machen was er gehört hat. (Stürmische Heiterkeit.) Am Ende dieser persönlichen Bemerkungen sagte er leise: „manu aber endlich Schluss“ und laut: „Damit ist diese Angelegenheit erledigt.“ (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Bruck (C.) verbreitet sich in längeren Ausführungen über die Bummkrankheit der Vergleite. Die Vergleite sei zu spät eingeschritten. Die Reform der Knappschaftsvereine nach der Richtung, daß die Vergleite die gleichen Vorteile der Versicherungsgebarung genießen, wie die übrigen Industriearbeiter, sei immer noch nicht durchgeführt. Die Wünsche der Vergleite gehen auf 8 stündige Schicht unter Tage, auf gesetzliches Verbot für Arbeiter unter 16 Jahren unter Tag, auf Einführung von Arbeiterkontrollen, die von den Arbeitern selbst zu wählen sind. Diese Wünsche würden bei Gelegenheit zu Anträgen verhandelt werden.

Handelsminister Müller:

In Erwartung der Verhandlungen über die Bummkrankheit habe ich eine Denkschrift ausarbeiten lassen, deren Drucklegung aber leider noch nicht beendet ist. Die Regierung ist nicht schuld an der Ausbreitung der Bummkrankheit. Ich hoffe, daß ich dem Hause noch in dieser Session eine Novelle zum Vergleite werde vorlegen können, in der eine Revision des jetzigen Knappschaftswesens im Sinne der Wünsche des Vorredners enthalten ist. Auch die Unfallversicherung soll weiter gefördert werden, insbesondere sollen Vorrichtungen zur Vermeidung von Erbsenkungen getroffen werden. (Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Montag 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Zum Postetat haben Centrumsabgeordnete diese Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in der Statistik der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung bezüglich der mittleren und niederen Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung eine eingehende Nachweisung veröffentlicht wird über die tägliche Dienstzeit, die Sonntagsruhe, insbesondere die Ruhe am Sonntagvormittag, die Ruhetage und den Erholungsurlaub.“

Partei-Nachrichten.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein Randow-Gröfenhagen zählte am Jahresabschluss 902 Mitglieder gegen 704 am Schlusse des Jahres 1902. Seine Einnahmen im Jahre 1903 betragen 5903 M. Zur Reichstagswahl sind 118 000 und zur Landtagswahl 40 000 Flugblätter verbreitet worden. Außerdem wurden 25 000 Vollkalender verbreitet. Es wurden im Kreise 47 öffentliche und 51 Vereinsversammlungen abgehalten.

Der sozialdemokratische Verein Bielefeld steigerte seine Mitgliederzahl im Jahre 1903 von 642 auf 797. Die Jahreseinnahme betrug 2972 M.

Der sozialdemokratische Verein Dresden Altstadt hat jetzt 1928 Mitglieder gegen 1300 am Beginn des Jahres 1903. Aus dem Kassensbericht ist zu erwähnen, daß die Gesamteinnahme des Vereins 15 929 M. betrug. An den Parteivorstand wurden 1200 M. geschickt, die Landtagswahl kostete 528 M., den Erntemittlerkämpfern wurden 300 M. überwiesen. Die Reichstagswahl in Dresden-Altstadt verursachte einen Kostenaufwand von 3639 M., erfordert aber nur einen Zuschuß von ca. 50 M. aus Vereinsmitteln, da 2964 M. eingenommen wurden an freiwilligen Beiträgen zu den Wahlkosten; außerdem brachten die Kommerse am Wahlabend ca. 500 M. ein. Das Wahlen des Vereins prägt sich auch besonders in dem Steigen der Mitgliederbeiträge aus. Im Jahre 1901 gingen 3853 M., 1902: 6186 und 1903: 8614 M. ein.

Die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hat im Kreise 7500 Abonnenten. Der sozialdemokratische Verein für den achten sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Pirna-Sebnitz) hat jetzt 1124 Mitglieder. Die Einnahme betrug 6192 M. Die Zahl der Abonnenten auf Parteiblätter beträgt in dem Kreise 2500.

Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie findet am 3. April in Stuttgart statt. Neben den geschäftlichen Angelegenheiten wird die Gemeindeform behandelt werden.

Der Gau Nordbayern hält seinen Gantag am 20. März in Nürnberg ab. Zur Verhandlung stehen die kommenden Landtagswahlen.

Die Landeskonferenz der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten in der Schweiz ist vom Landesauschuss auf die Pfingsttage nach Winterthur einberufen.

Die „Neuen Gläubiger“, unser in Wien erscheinendes Parteiblatt, sind im Deutschen Reich auf die Dauer von zwei Jahren verboten worden. Seine Gläubiger haben allzu hell in die reichs-deutschen Zustände hineingeleuchtet. Das darf man bei uns nicht; da ist nur ein weißes Halb Dunkel gestattet.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Drahtarbeiter Deutschlands! Die Berliner Radler, Spinner, Weber und Hilfsarbeiter befinden sich seit Wochen in Verhandlungen über einen neuen Tarif. Obgleich der jetzt geltende Tarif erst am 1. April abläuft, die Tarifverhandlungen sehr ruhig und sachlich verlaufen sind und laut Protokoll das Einigungsamt in Tätigkeit treten muß, wenn sich die Verhandlungen der Schlichtungskommission zerschlagen, also ein Streik nicht so leicht zu erwarten ist, sucht die Firma Karl Lerm u. Gebr. Ludwig in ganz Deutschland

Radler, Spinner und Weber. Die Absicht der Firma ist offenbar, durch Anwerben von Arbeitswilligen draußen in der Provinz bis zum 1. April recht viel Arbeit sowie Streikbrecher auf Lager zu haben. Aus diesem Grunde haben alle Drahtarbeiter Deutschlands Berlin streng zu meiden. Alle Arbeiterblätter ersuchen wir, obige Zeilen abzu drucken.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Schuhmacher!

Die Sperre über die Fabrik von Kusché dauert unüberändert fort. Auch in der Filzschuh-Fabrik von P. Farr sind Lohnabzüge erfolgt und zwar bei den Zwidern auf 20 Artikel im Durchschnittsbetrage von 12 Proz. und bei den Pügern auf 10 Artikel im Durchschnittsbetrage von 9 Proz. Allem Anschein nach hat man es bei diesen Lohnreduktionen mit einem planmäßigen Vorgehen der sogenannten Wörsenfabrikanten zu thun. Die gegenwärtig noch starke Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie und den flauen Geschäftsgang ruhen eben diese Herren, die doch nur aus den kleinsten Anfängen durch die Arbeiter zu Fabrikanten geworden sind, aus „Lohnregulierungen“ vorzunehmen. Der Fabrikant Kusché scheint von seinen Kollegen in seinem Kampfe gegen uns als Vahnbrecher für diese „Lohnregulierungen“ die weitgehendste Unterstützung zu finden. Es ist erwiesen, daß der Fabrikant Druze in der Wollmerstr. 6 bemüht gewesen ist, Herrn Kusché Arbeitswillige zuzuführen. Auch scheint man Herrn Kusché mit Arbeit auszuhehlen. Dieses planmäßige Vorgehen der Wörsenfabrikanten soll für uns eine Lehre sein, wie wir künftighin unsere Taktik einzurichten haben. Herr Kusché hat seinen Arbeitswilligen gegenüber bereits die Lohnreduktionen zur Durchführung gebracht. Wir haben die Aufgabe, den Kampf gegen den Fabrikanten Kusché mit aller Energie zur Durchführung zu bringen. Kollegen und Kolleginnen, unterstützt und in diesem Kampfe, indem Ihr Euer Möglichstes thut, um den Zugang nach dieser Fabrik fern zu halten.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Achtung! Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter! Bei Rüstler, Greifswalderstraße, stehen sämtliche Maschinisten im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten. Der Vorstand.

Der Centralverband der Stukkateure hat nach dem Muster des Maurerverbandes beschlossen, seinen Mitgliedern einen regelrechten Vortragskursus halten zu lassen, um dieselben in das Gebiet der Rationalökonomie einzuführen. Als Vortragender ist der Genosse Ströbel gewonnen. Die Thematika sind: 1. Der Staat und seine Entwicklung. 2. Das Geld und seine Wirkung. 3. Die Bedeutung der Landwirtschaft. 4. Die Entstehung der Industrie. 5. Arbeit und Kapital. Der erste Vortrag wird Montag, den 15. Februar, bei Franke gehalten.

Nixdorf. Auf die am Montag stattfindende öffentliche Versammlung betreffend Gewerbegerichtswahlen (siehe heutige Annonce) werden die Einwohner Nixdorfs besonders hingewiesen. In Anbetracht der großen Wichtigkeit darf niemand fehlen.

Das Gewerkschaftsblatt.

Deutsches Reich.

Die Handschuhmacher halten in der Zeit vom 24. bis 26. Mai in Stuttgart eine internationale Konferenz ab. Auf der Tagesordnung steht als wichtigster Punkt: Die Neuordnung des internationalen Sekretariats.

Die Gärtner und Baumschulenarbeiter in Halstenbeck-Rellingen und Umgegend (Holftein) stehen allem Anschein nach vor einem schweren Konflikt. Der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag, der zur Beendigung des Streiks führte, ist am 1. März dieses Jahres abgelaufen. Seitens der Arbeitnehmer-Organisation sind nunmehr Schritte eingeleitet, um die Verlängerung des Tarifs und Befestigung einiger für die Arbeiter unangünstiger Bestimmungen darin zu erzielen. Die Unternehmer, die sich inzwischen organisiert haben und im Laufe des Jahres große Streikbrecherbaroden für eventuell vorkommende Fälle haben aufbauen lassen, weisen jedoch jede Unterhandlung zurück. Es sollen eine ganze Anzahl fremder Arbeitskräfte herangezogen werden, um die einheimischen Organisierten zu verdrängen. Da es zweifelsohne zum Kampf kommen wird, werden die Vertrauensleute der Arbeiterbewegung und die Genossen allervorts dringend gebeten, den Zugang von Gärtnern, Baumschulenarbeitern, und Landarbeitern überhaupt, nach Halstenbeck-Rellingen in Holftein fernzuhalten. — Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Der Breslauer Arbeitswilligenausschuss geht weiter. Am Freitag wurden zwei organisierte Maurer, die einen Nichtorganisierten „Belästigt“ hatten, zu 5 Tagen und 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 14 Tage und 2 Monate Gefängnis beantragt. Ein dritter „Terrorist“ wurde freigesprochen.

Gegen zwei Arbeitswillige, die als Belastungszeugen gegen organisierte Arbeiter auftraten, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung eingeleitet.

Ausland.

Die Differenzen in der Diamantindustrie entwickeln sich immer mehr zu einem großen Kampf. In Antwerpen nimmt die Aussperrung an Umfang zu, je mehr von der ausgegebenen Arbeit fertig wird. Es ist zu erwarten, daß die Aussperrung am Montag allgem ein sein wird; und erst dann wird die Juwelierversammlung sie offiziell proklamieren. Die Vereinigung der Besitzer von Diamantschleifereien, also die sogenannten Fabrikbesitzer, haben sich am Donnerstagabend mit der Juwelierversammlung solidarisch erklärt und beschworen, falls die Juweliere aus Anlaß der Lehrlingsfrage eine Aussperrung vornehmen, die Fabriken zu schließen und bis zu einem noch näher zu bestimmenden Datum geschlossen zu halten. — „Het Volk“ macht darauf aufmerksam, daß diese Solidaritätserklärung nicht die geringste moralische Bedeutung hat. Diese Fabrikbesitzer haben persönlich zum größten Teil wenig mit der Diamantindustrie zu thun. Der Vorsitzende ihrer Vereinigung, Lehmann, ist z. B. Kommissionär in Manufakturwaren, ein anderer, einer der größten Fabrikbesitzer, Vottenheim, ist Textilfabrikant. Thatsächlich sollen sich die Fabrikbesitzer durch Kontrakt verpflichtet haben, die Fabriken zu schließen, sobald die Juweliere es verlangen. Ihre Solidaritätserklärung hätte somit nur den Zweck, der Sache ein schönes Wändelchen umzuhängen. In Antwerpen sind offenbar nicht wenige Juweliere zum Nachgeben bereit und mit der allgemeinen Aussperrung nicht einverstanden. Vereits haben Arbeitgeber für zusammen über 900 Arbeiter die von dem Antwerpener Diamantarbeiter-Verein gestellten Bedingungen anerkannt. Wie weiter aus Antwerpen berichtet wird, ist in den Fabriken der Utensilienfabrik „De Volkediamantlijerij“ am Freitag die Arbeit wieder begonnen worden. Diese Gesellschaft hat eine große Fabrik mit 650 und zwei kleinere mit zusammen 350 Mühlen. Hier wird für diejenigen Juweliere gearbeitet, die die Bedingungen des Diamantarbeiter-Vereins anerkannt haben. — Das „Handelsblad“ teilt am Donnerstag mit, daß trotz des Beschlusses, die Schließung der Fabriken betreffend, 6 Fabriken in Tätigkeit geblieben sind; ferner, daß eine Deputation der Fabrikbesitzer nach Brüssel gereist ist zu einer Audienz mit dem Arbeitsminister Francotte. Die Deputation hat den Auftrag, den Minister um Intervention zu ersuchen. Ueber den Erfolg der Mission ist noch nichts bekannt.

Eine allgemeine Aussperrung der Buchbinder in Kopenhagen ist von den Meistern in der letzten Generalversammlung ihrer Innung beschlossen worden. Der Innungsvorstand wurde beauftragt, sobald als möglich, unter Beobachtung der in dem bisherigen Tarifvertrag für diesen Fall vorgeschriebenen Ankündigungspflicht, bei allen Innungsmeistern die Aussperrung aller dort beschäftigten Mitglieder des Buchbinder-Vereins zu verfügen.

Zugang von Kupferschmieden ist von Kopenhagen fernzuhalten. Die dortige Maschinenfabrik und Schiffbauerei von Wurmmeister u. Bain hat ihre Kupferschmiede ausgesperrt.

A. JANDORF & CO

Spittelmarkt 16/17
Ecke Leipziger Strasse

Belle Alliance-Strasse 1/2
Am Blücherplatz

Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Andreas-Strasse

Von Montag den 15. Februar bis Sonnabend den 20. Februar soweit der Vorrat reicht.

Schuhwaren

Damen-Atlas-Schuhe farbig	2 75 M.
Damen-Glaçé-Salon-Schuhe weiss	2 75 M.
Damen-Glaçé-Spangen-Schuhe weiss	3 50 M.
Damen-Lack-Salon-Schuhe	2 80 M.
Damen-Lack-Spangen-Schuhe	3 90 M.
Damen-Knopf- oder Schnürstiefel Rossleder	5 25 M.
Damen-Knopf- oder Schnürstiefel Boxcalf	7 85 M.
Damen-Knopf- oder Schnürstiefel Chevreauz	7 85 M.
Damen-Leder-Hausschuhe	2 70 M.
Herren-Zugstiefel Rindleder	5 50 M.
Herren-Schnürstiefel Rossleder	7 50 M.
Herren-Schnürstiefel Boxcalf	7 50 M.
Herren-Leder-Hausschuhe	2 75 M.
Mädchen-Knaben-Schnürstiefel	2 50 M.

	Gr. 22/24	25/26	27/30	31/35	36/39
Rossleder	2 85 M.	3 25 M.	3 90 M.	4 50 M.	5 50 M.
Boxcalf	3 25 M.	3 75 M.	4 50 M.	5 25 M.	6 75 M.

Weisswaren

Spachtel-Collarettes	28, 35, 48, 75 Pz.
Tüll-Shawls	35, 48, 65, 80 Pz.
Damen-Kragen mit Spachtel-Applicationen	75 Pz. 1 25 M.
Spachtel-Galons	18, 25, 38, 48, 75 Pz.
Kleider-Besätze auf Chiffon	58, 75, 95 Pz.
Eleg. Cravattenbänder gestreift oder getupft	Meter 48, 65, 90 Pz.
Sammetbandgürtel mit hübschem Schloß	85 Pz.
Imit. Lackledergürtel moderne Form	68 Pz.

Ein Posten

elegante Damen-Cavalliers
in vielen Farben 48, 75, 95 Pz.

Ein Posten Damen-Strümpfe
englisch lang, schwarz, lederfarbig,
buntfarbig geringelt Paar 48 Pz.

Wäsche-Stickereien
ca. Meter 4,30 u. 4,50 Coupon 65, 95 Pz. 1 10 M. 1 40 M.

Schürzen

Kleiderschürze imitiert Leinen, bekarbelt, gestreift oder kariert	1 65 M.				
Achselbandschürze einfarbig od. gestreift mit Besatz	95 Pz.				
Kinder-Hängeschürze einfarbig mit buntem Besatz u. Volant					
ca. 45	50	55	60	65	70 cm
75 Pz.	85 Pz.	95 Pz.	1 05 M.	1 15 M.	1 25 M.

Kinder-Hängeschürze imitiert Leinen, reich besetzt					
ca. 45	50	55	60	65	70 cm
65	70	75	80	85	90 Pz.

Damen-Blouse, ganz auf Futter, mit Paspel in modernen Farben 5 80 M.

Sport-Rock, Cheviot, marine oder schwarz gestreift 3 75 M.

Sport-Rock, Cheviot, marine oder schwarz, 4 95 M.

Damen-Unterrock, Moiré mit gebranntem, reich garniertem Volant, in vielen Farben 3 45 M.

Damen-Unterrock, neue Streifen, marine-weiss, schwarz-weiss 2 95 M.

Lebens-Versicherung.

VICTORIA zu BERLIN.

Lebens-Versicherungsbestand: über 1 Milliarde Mark.
Gesamt-Vermögen: über 400 Millionen Mark.

Gewinn-Reserven für die Versicherten 66 039 335 M.
Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1902 85 823 033 M.

Die „Victoria“ ist die grösste deutsche Versicherungs-Gesellschaft, sie hat die praktischsten Versicherungs-Formen und die liberalsten Bedingungen.

Pro 1902 erhalten die Versicherten 16576005 M. Ueber-schuss als Dividende. 4046 L.

Unfall - Versicherung. Haftpflicht - Versicherungen.

Illustr. Katalog kostenfrei.

A. Schonert

Betten-

Bettfedern- und Daunen-Specialgeschäfte

SO., Oranien-Strasse 12, (Ecke Heinrichplatz)
W., Gleditsch-Strasse 49 (Winterfeldplatz). 4285 L.

Kinderbettstellen v. 7,50 bis 110,- Mk.
Betten, der Stand „12,-“ 110,50 „
Bettfedern, das Pfd. 0,50 „ 6,- „
Daunen, das Pfund 2,50 „ 10,- „

Rosshaar-Matratzen, Daunendecken,
Kamelhaardecken, Schlafdecken.

Neu aufgenommen am Heinrichsplatz:
Kinderwagen.

v. 5 Mk. an Metall-Bettstellen
Polster-Bettstellen v. 6,50 Mk. an
Billig-feste Preise.
Satin-Steppdecken v. 5,75 Mk. an
Eigene Polsterwerkstatt.
Polster-Matratzen v. 3,75 Mk. an

Künstl. Zähne

radellose Ausführung
von 3- Mk. Plomben v. 2- Mk. an

Max Guckel

Lausitzer Platz 2
Verzeiger-Platz erhält 4-Mk. Ermässigung
bei Auftrag v. 20- Mk., unter 10- 2 Mk.
Teiltzahlung gestattet.

Volks-Versicherung.

Diese Woche. Hochzeit-

Braut-, Masken- und Ball-Seiden-Rest-Coupons stelle diese Woche zu bedeutend ermässigten Preisen auch an Private zum Einzel-Verkauf. Ferner: Roben-, Blusen- und Besatz-Seiden jeder Art von 75 Pf. bis zu den elegantesten Genres, Reinsidene schwarze Damaste, Merveilleux etc. 15,00, 20,00, 25,00 per Robe. Backfisch-Seide in allen Farben von 55 Pf. Bevor Sie kaufen, prüfen Sie dies Angebot. Muster franco.

Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten.
Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin
jetzt nur Spandauer Strasse 33-35, 1 Treppe,
Ecke Simons-Apotheke.

So lange Vorrat reicht:

Inventur-

Ausnahmepreis.

Eine Partie imit. **Perser**

Teppiche

Gebet- u. Dekorationsstücke,
getreue Kopien echter Perser
von wunderbarer Farbenpracht
auf beiden Seiten benutzbar.

90x185 cm M.	3,35 (bish. 6,0)
130x200	5,15 „ 8,5)
160x230	7,85 „ 12,5)
200x300	10,85 „ 18,0)
250x350	18,75 „ 28,0)
300x400	24,75 „ 39,0)

Passende
Bett- und Pult-Teppiche
Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 Mk.
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 151.
inventur-Extraktliste gratis und
mit ca. 600 Illustrationen franco.

Anzüge nach Mass

24 Mk. 30 Mk.

Paletots nach Mass 22 Mk. an,

fertige ich aus prima Stoffresten unter Garantie des guten Sitzes mit guten Zuthaten in sauberer Verarbeitung.

August Löther, Prinzenstr. 38, I am Moritzplatz.
(vormals Leiter der Restehandlung Bellealliancestr. 98, I)

Die Destillation im Haushalte!

Jeder Kaufmann lobt seine Ware
und der Marktschreier ruft so laut er kann: nur meine Ware ist die beste, alles andre minderwertig!

Darum bitte ich, sich selbst zu überzeugen und sich ein Urteil zu bilden. Ein einziger kleiner Versuch kostet nur einige Groschen, erbringt das Doppelte bis Sechsfache u. verbürgt mir sicher Jahre dauernde Freundschaft. Preis v. H. Noas Original-Extract zur festeren Seidenerhaltung v. ca. 2 1/2 Liter aller feinen, echten Liqueure, v. Cognac, Rum, Punsch etc. je nach Sorte: 25, 35, 40, 50, 60, 75 etc. Nur echt mit Schutzmarke „Arche Noa“. Prospekt mit Rezepten gratis u. franco. Wertvolles, 160seitiges, illust. Regentbuch „Die Destillation im Haushalte“ gratis bei Einkauf von Noas Original-Extract.

Fabrik und Verkauf **Max Noa, Elshäuserstr. 5,**
3. Haus vom Rolenthaler Thor.

Niederlagen in meinem früheren Detail-geschäft, Reimsendborferstr. 48, und in den durch meine Filiale kenntlichen Geschäften.

Berlin. Filialen: Steffin.

Anzüge nach Mass

Paletots nach Mass

24 und 30 Mark.

Liefere bei peinlichst gewissenhafter Anprobe mit guten Zuthaten von prima Mass-Stoffen die elegantesten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.
Kein Zwang zur Abnahme, wenn der Anzug nicht sitzt. 4195 L.

Sonnenscheins

Partiewaren-Haus und Herrenmoden nach Mass.
Lindenstr. 95, I. Chausseestr. 54, I.

Grösstes Spezialhaus für

Nähmaschinen, Metallbettstellen, Kinderwagen.

Als ganz vorzüglich empfehle ich

Naumann-Bobbin-Maschinen

mit neuem Kugellagergestell,
No. 3 mit Verschlusskasten 145.00
No. 4 für starke Arbeiten 170.00

Bei Teilzahlungen von 1.00 wöchentlich.
Bei Barzahlung oder grösseren Raten 10% Rabatt.

Kinderwagen-Bazar Baby. S. Kaliski.
Zentrale: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstrasse.

Filialen:
Frankfurter Str. 115. Potsdamer Str. 83b.
Reinickendorfer Str. 2a. Tauentzienstrasse 7a.
Belle-Alliancestr. 107. Oranienstrasse 31.
Neusselstrasse 18. Brunnenstrasse 92.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog ins Haus. 8, 10.00-75.00.

45.00
55.00-108.00

Unterricht im Nähen u. Sticken durch geschultes Personal gratis.

Eigene Reparatur-Werkstatt. Alte Maschinen nehmen in Zahlung.

Spezialtonne, 4 H., komplett mit n. Bronze u. Silberlicht

Kronleuchter-Fabrik Siegel & Co.

Prinzenstrasse 33. 08/12*
Gr. Auswahl 400 versch. Kronen etc. von 10-250 Mk.

Ausverkauf

35 & 97.

älterer und einzelner Muster bedeutend unter Preis.

Garantiv. Redakteur: Julius Kallisk, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Cordwärs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Kant.

III. (Schluß)

Die Auffassung, daß Kant in seiner politisch-wirtschaftlichen Theorie nicht über den Liberalismus der französischen Revolution hinausgekommen, scheint mit der Tatsache nicht übereinzustimmen, daß er als Erster an einer bedeutungsvollen Stelle der „Kritik der reinen Vernunft“ mit ernster und ehrsüchtiger Begeisterung den als groteske Phantastie betrachteten sozialistischen Staat Platons verteidigte. In diesen diese Verherrlichung, die er in einer seiner letzten Schriften wiederholt, gilt offenbar nur dem Gedanken der Möglichkeit eines Idealstaates an sich, ohne daß Kant damit die besondere sozialistische Organisationsform dieser erfährt oder anerkannt hätte.

Kant münzt seine Ethik in die Forderungen des Liberalismus, den er in die letzten Konsequenzen verfolgt, dessen Grenzen und Widersprüche sich bereits ihm leise andeuten, ohne daß er sie schon zu überwinden vermag.

Zunächst verlangt Kant unbedingte Freiheit der Meinungsäußerung, was die Befreiung der Censur einschließt. Aber er macht eine eigentümliche Einschränkung. Im öffentlichen Gebrauch der Vernunft soll schrankenlose Freiheit herrschen, im Privatgebrauch dagegen sind Vorbehalte notwendig. Unter dem Privatgebrauch der Vernunft versteht er denjenigen, „den er in einem gewissen ihm anvertrauten bürgerlichen Posten oder Amte... machen darf“; und er erläutert diesen Unterschied an einem gegenwärtig recht aktuellen Beispiel: „So würde es sehr verwerflich sein, wenn ein Offizier, dem von seinem Oberen etwas anbefohlen wird, im Dienste über die Zweckmäßigkeit oder Richtigkeit dieses Befehls laut vernünfteln wollte; er muß gehorchen. Es kann ihm aber billigenmaßen nicht verwehrt werden, als Gelehrter über die Fehler im Kriegsdienste Anmerkungen zu machen und diese seinem Publikum zur Beurteilung vorzulegen.“ (Was ist Aufklärung?)

Wie die französischen Revolutionäre erkennt Kant das Eigentum an. Die Gleichheit der Staatsbürger, die er verlangt, besteht aber ganz wohl mit der größten Ungleichheit, der Menge und den Graden ihres Besitztums nach, es sei an körperlicher oder Geistesüberlegenheit über andre, oder an Glücksgütern außer ihnen, und den Rechten überhaupt. Aber auf dem Gebiete, wo sich ihm — nach dem damaligen Stand der Wirtschaft — die Ungleichheit des Besitzes als Hemmnis seiner sittlichen Ideale unmittelbar aufdrängt, gegenüber dem Feudalismus, da wirft er doch sofort, wenn auch nur scheinbar heilsüchtig, die Brandfackel der Frage hinein: „wie es doch mit Recht zugegangen sein mag, daß jemand mehr Land zu eigen bekommen hat, als er mit seinen Händen selbst benutzen konnte, ... und wie es zugeht, daß viele Menschen, die sonst insgesamt einen beständigen Besitzstand hätten erwerben können, dadurch dahin gebracht sind, jenem bloß zu dienen, um leben zu können?“

Staatsrechtlich fordert Kant die konstitutionelle Republik: „Die gehobene Gewalt kann nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen.“ Jedes Glied der gesetzgebenden Gemeinschaft, jeder Staatsbürger hat die „gesetzliche Freiheit, keinem andern Befehl zu gehorchen, als zu welchem er seine Zustimmung gegeben hat.“ Er hat ferner das Attribut der „bürgerlichen Gleichheit“ und trittens die „bürgerliche Selbständigkeit, seine Existenz und Erhaltung nicht der Willkür eines andern im Volke, sondern seinen eignen Rechten und Kräften als Glied des gemeinen Wesens verbunden zu können.“ Stimmrecht sollen nur die „selbständigen“ Staatsbürger haben. Kant versucht den Begriff der Selbständigkeit an Beispielen zu veranschaulichen. Unselbständige, „passive Bürger“ sind „der Gefelle bei einem Kaufmann oder bei einem Handwerker; der Dienstknecht, der Unmündige, alles Frauenzimmer, und überhaupt jedermann, der nicht nach eigenem Betriebe, sondern nach der Verfügung anderer (außer der des Staats) genötigt ist, seine Existenz (Nahrung und Schutz) zu erhalten, entbehrt der bürgerlichen Persönlichkeit.“ In dem er jedoch sich weiter in diese Begriffsbestimmung vertieft, empfindet er den Widerspruch mit der Forderung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger und gesteht, es sei „etwas schwer, das Erfordernis zu bestimmen, um auf den Stand eines Menschen, der sein eigener Herr ist, Anspruch machen zu können.“

Aber auch die „passiven“ Staatsbürger haben das gleiche Recht auf freie Entwicklung. Es darf nicht verhindert werden, „daß diese, wenn ihr Talent, ihr Fleiß und ihr Glück es ihnen möglich macht, sich nicht zu gleichen Umständen zu erheben befugt wären.“ Kein Vorrecht der Geburt, keine Hörigkeit. Kein Mensch kann durch „rechtmäßige That (weder seine eigene, noch die eines andern) aufhören, Eigener seiner selbst zu sein, und in die Klasse des Hausviehes eintreten, das man zu allen Diensten braucht, wie man will, und es auch darin ohne seine Einwilligung erhält.“

Wie Kant im Gebiete der Religion die christliche Barmherzigkeit, die Charitas, als belebend für die Würde der Menschheit bezeichnet, so belämpft er auch allen Patriarchalismus: „Eine Regierung, die auf dem Prinzip des Wohlwollens gegen das Volk als eines Vaters gegen seine Kinder errichtet wäre, das ist eine väterliche Regierung, wo also die Unterthanen als unmündige Kinder, die nicht unterscheiden können, was ihnen wahrhaftig nützlich oder schädlich ist, sich bloß passiv zu verhalten genötigt sind, um, wie sie glücklich sein sollen, bloß von dem Vortheile des Staatsoberhauptes, und, daß dieser es auch wolle, bloß von seiner Gültigkeit zu erwarten, ist der größte denkbare Despotismus.“

Das Prinzip der Freiheit weitet sich zum Kosmopolitismus, der alle Völker im Bunde der Kultur umfaßt. So entwirft er seinen Traktat vom ewigen Frieden, indem er übrigens durchaus realistisch sowohl die Bedingungen des Friedenszustandes, wie die zeitlichen Notwendigkeiten von Kriegen untersucht.

Kant blieb im Banne des Liberalismus. Seine Ethik suchte ihre Verwirklichung nur in dem Sprengen von Fesseln. Aber seine Schüler zogen alsbald weitere Folgerungen. 1792 veröffentlichte Hippel seine Schrift „über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“, in der zum erstenmal die völlige bürgerliche Gleichberechtigung der Frauen bis in die letzten Konsequenzen proklamiert wurde; zugleich zog er die französische Revolution vor Gericht, weil sie zwar der Welt die Freiheit dotiert, aber der größeren Hälfte der Menschheit diese Freiheit ausdrücklich verweigert habe. Im Weiterdenken der Kant'schen Lehre wurde Fichte dann zum utopischen Sozialisten.

Kein Deutscher der Zeit hat die Bedeutung der französischen Revolution, deren echter Philosoph er war, tiefer erfährt als Kant. Er fiel von seiner Begeisterung auch nicht ab, als die Ereignisse sich abspielten, die man als „Grauel“ zu bezeichnen pflegt. Auch nachdem die Guillotine die Hinrichtung der alten Gesellschaftsordnung vollzogen, wagte Kant öffentlich die Revolution zu preisen als die „Begebenheit unrer Zeit, welche die moralische Tendenz des Menschengeschlechts beweist“. Durch die umwälzenden Befreiungsthaten der Revolution stärkte sich sein Glauben an die Möglichkeit

und Wirklichkeit einer Menschengemeinschaft der Freien und Gerechten.

Kants Philosophie drang denn auch in das aufgewühlte Frankreich. Im Januar 1796 schreibt Karl Thieremin, Bureauchef im Wohlfahrtsauschuß, aus Paris an seinen Bruder in Deutschland, er möchte versuchen, ein „Professorat über Kant'sche Philosophie“ in Frankreich zu stände zu bringen; er weist dabei auf Sieges Interesse an der Philosophie Kants hin. Im November 1795 hatte schon Kant's Vertrauter, Kiefewetter, der ihn namentlich ständig von den Vorgängen an dem Berliner Hofe unterrichtete, nach Königsberg im Hinblick auf die Schrift über den ewigen Frieden geschrieben: „Reid thut es mir, daß diese Schrift nur den Deutschen bekannt werden sollte, es finden sich unter uns noch manche Hindernisse, ich will nicht sagen, die Wahrheit zu erkennen, aber doch sie auszuüben; gewiß würde diese Schrift bei jener großen Nation, die so manche Menschenwürde auf dem Wege der politischen Aufklärung gemacht hat, viel Gutes stiften.“ Die Schrift wurde darauf thatsächlich überfetzt. Humboldt hielt Vorträge im Pariser Nationalinstitut über die Weltanschauung Kants, allerdings wegen ihres Verständnismangels nicht zur Zufriedenheit des Philosophen.

Bei solchem Enthusiasmus ist es nun ein seltsamer Widerspruch, daß Kant in seinen staatsrechtlichen Schriften scheinbar mit höchstem Nachdruck das Recht auf Revolution verwarf. Wenn man hier citieren wollte, so würde man die müßige und ängstliche Luft der damaligen Amtsstuben zu verspüren meinen; alles scheint auf die demütige Forderung hinauslaufen: „Sei unterthan der Obrigkeit.“ Und dennoch, wenn man genauer liest, wenn man die Sprache Kants beherstigt, so mildert sich der Widerspruch, wenn er auch nicht ganz verschwindet. Einmal besteht Kant auf der Befehllichkeit, nachdem er die Möglichkeit der gesetzlichen Entwicklung durch die freie Republik vorausgesetzt hat. Dann aber bestreitet Kant das Recht der Revolution, in letzter Absicht offenbar deshalb, um auch das Recht der Gegenrevolution verneinen und die Befehllichkeit der revolutionären Wirkung behaupten zu können. Denn nachdem er die Revolution aus Princip augenscheinlich sehr derb befiehlt, fährt er gemüthlich fort: „Nebst dem, wenn eine Revolution einmal gelungen und eine neue Verfassung gegründet ist, so kann der Unrechtmäßigkeit des Beginnes und der Vollführung derselben den Unterthanen von der Verbindlichkeit, der neuen Ordnung der Dinge sich als gute Staatsbürger zu fügen, nicht befreien, und sie können sich nicht weigern, derjenigen Obrigkeit ehrlich zu gehorchen, die jetzt Gewalt hat.“ Damit ist das Princip der Legitimität und der angestammten Monarchie von Grund aus preisgegeben, das in der Folge in der Reaktionszeit der heiligen Allianz die ideologische Lösung der Knechtschaft ward. Kant giebt auch indirekt dem „enthronen Monarchen“ den Rat, in den Stand eines Staatsbürgers zurückzutreten, seine und des Staates Ruhe dem Wagnisse vorzuziehen, als Präsident das Abenteuer der Wiedererlangung der Krone zu wagen. Ebenso, ohne es wieder deutlich auszusprechen, leugnet er das Recht anderer Mächte, sich diesem „verunglückten Oberhaupt zum Westen in ein Staatsbündnis zu vereinigen, bloß um jenes vom Volke begangene Verbrechen nicht ungeahndet noch als Sclandal für alle Staaten bestehen zu lassen, mithin in jedem andern Staate durch Revolution zu stände gelommene Verfassung in ihre alte mit Gewalt zurückzubringen.“

Fichte führte dann alle diese bekommenen und verhallten Andeutungen des Meisters mit rücksichtsloser Kühnheit aus. Aber auch bei Kant schimmert die Herzensmeinung deutlich genug durch.

Auf seine Zeitgenossen wirkte Kant vornehmlich durch seine Ethik und seine Aesthetik, die hier abgehandelt werden muß. Im Geiste Kants entwirft Schiller den Plan seiner Universalgeschichte, seiner ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts. Durch das Medium Schillers wieder wird Kants „ästhetische“ Weltanschauung Musik in Beethovens und stürmt zum Himmel in dem Schlußchor der neunten Symphonie: Freude, schöner Götterfunken!

Wie tief Kant die Gemüter erschütterte, das zeigen Briefe Fichtes. Er lernt Kants Schriften ganz zufällig kennen. Halb verhungert, in den schlimmsten Räten seines Daseins, muß er sie lesen, um Unterrichtsstunden geben zu können. Der Zufall wird ihm zum Schicksal: „Ich hatte mich“, — schreibt er an seine Braut 1790 — „durch eine Veranlassung, die ein bloßes Ungefahr schien, ganz dem Studium der Kant'schen Philosophie hingeeben, einer Philosophie, welche die Einbildungskraft, die bei mir immer sehr mächtig war, zähmt, dem Verstande das Uebergewicht und dem ganzen Geist eine unbegreifliche Erhebung über alle irdischen Dinge giebt. Ich habe eine edlere Moral angenommen, und anstatt mich mit Dingen außer mir zu beschäftigen, mich mehr mit mir selbst beschäftigt. Dies hat mir eine Ruhe gegeben, die ich noch nie empfunden; ich habe bei meiner schwanenden ähneren Lage meine seligsten Tage verlebt.“ Und an seinen Bruder berichtet er: „Von einem Tage zum andern verlegen um Brot, war ich dennoch damals vielleicht einer der glücklichsten Menschen auf dem weiten Rund der Erde.“ — Zur selben Zeit: „Es ist unbegreiflich, welche Achtung für die Menschheit, welche Kraft und dies System giebt.“

Kant wird auch in privaten Wirren Ratgeber und Beichtvater aller Welt. Als ihn das Religionsbedikt trifft — das ihn, wie Kant melancholisch spöttelt — in „Staats- und Religionsmateria“ einer „gewissen Handelsperre“ unterwarf, forderte ihn der Braunschweiger Schulrat Campe, heute noch bekannt durch seine Robinson-Verarbeitung, auf, zu ihm zu kommen: „Sehen Sie... sich als den Besizer alles dessen an, was ich in mein nennen darf“. Zwar sei auch er, so heißt es in dem Briefe Campe's, nicht begütert, aber er sei bedürftlos, und so habe er „immer noch mehr übrig, als zur Verpflegung eines Wesens nötig ist“.

Der klassische Denker des Liberalismus hat mit dem heutigen Völkertum nichts mehr gemein. Für das, was sich heute Liberalismus nennt, ist Kant nur ein Medusenschild. Will man die ganze Erniedrigung des bürgerlichen Geistes an einem, freilich unflätigen Beispiel erkennen, so mag man erwägen, daß der heutige Inhaber des Lehrstuhls Kants in Königsberg ein Mann ist, der zwar nicht einmal in die Vorhalle philosophischer Erkenntnis eingedrungen ist, der aber die Barbarei der heutigen herrschenden Klassen hübsch in Paragrafen zu bringen versteht. Kants Humanitätsidee ist ihm tollster Unsinn, und indem er — der Name des Philosophen sei schamhaft verschwiegen — das klassische Humanitätsideal für eine teilbare Materie, wie eine Dusch oder einen Käse hält, widerlegt er es durch die Bemerkung, daß die Menschheitsliebe „praktisch unmöglich“ sei, weil auf die einzelnen Individuen dann nur ein verschwindender Bruchteil von Liebe entfallen würde“. Aber die allgemeine Idee der Menschheit sei auch nicht berechtigt und habe als solche gar keinen Wert. Es sei „gar keine moralische Aufgabe, sich... über den Zufall der Geburt ein-

*) Chilasmus, die Ueberzeugung von dem Kommen des tausendjährigen Reiches, des goldenen Zeitalters.

schick hintezugehen“. Und Kants Nachfolger kann sich des edlen Gedankens „nicht erwehren, daß, wie viele von denen, die am lauteften die Humanität gegen die Verbrecher predigen, dabei insgeheim von dem Gedanken geleitet werden, daß auch sie möglicherweise von dieser Humanität profitieren könnten, so auch viele von den Aposteln der allgemeinen Menschenliebe und Brüderlichkeit ein wohlverstandenes Interesse daran haben, die kräftige Geltendmachung nationaler Gesinnung zu belämpfen, — daher denn auch die Socialdemokratie, der Anarchismus und das internationale Manchestertum ihre eifrigsten Anwälte sind“.

Das ist der Weg der hundert Jahre des herrschenden Geistes, von Kants Weltbürgertum bis zu dieser nationalen Gesinnung seines Nachfolgers. Alle laute Kant-Feiern und alle Versuche, den größten Denker auf den Stand der heute regierenden Verwahrlosung gehend zu setzen, ändern nichts an der Erscheinung, daß der Philosoph des Liberalismus sein Asyl und seine Wirkung nur noch im sozialistischen Proletariat hat. Die Geschlossenheit einer, den ganzen Menschen und die ganze Menschheit umfassenden, nach Einheit und Gewißheit ringenden Weltanschauung, die unlösliche Verletzung wissenschaftlicher Erkenntnis mit allem politischen Handeln, die principielle Auffassung der Dinge, die Ueberzeugung von der Erreichung des Zielles eines Vernunftstaates, die Ethik der Freiheit und Gleichheit, die bei allem idealistischen Schwung, dennoch fest und besonnen, ohne fäuselnde Sentimentalität und wechsellagige Gefühlschwelgerei auf dem Erdboden ertwiesener Thatfachen, kritisch prüfend, steht, das unbeirrbar Weltbürgertum, das alles spottet des leichtfertigen, opportunistischen, an niedrigsten Einzelinteressen haftenden, ziel- wie ideallosen und zugleich leer romantisch aufgepuhten Geistes der bürgerlichen Gesellschaft, das alles sind aber auch die tiefsten Wesenszüge der internationalen Socialdemokratie. K. E.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteienossen und Genossinnen!

Am Donnerstag, 18. Februar, werden in Berlin und Umgegend vierzehn Volksversammlungen abgehalten, in denen das Berliner Proletariat Gelegenheit hat, gegen die Schergen Dienste, die dem russischen Anutenregiment in Preußen geleistet werden, deutlichen und energischen Protest zu erheben. Es ist Sache der organisierten Arbeiterkraft, dafür zu sorgen, daß dieser Protest sich so nachdrücklich wie nur möglich gestaltet, und wie erwarten daher, daß überall für zahlreiche Besuch der Versammlungen agitiert werde!

Erster Wahlkreis. Heute, Sonntagnachmittag 5 Uhr, findet in der Urania, Taubenstraße, eine Vorstellung statt, in welcher „Der Erdball als Träger des Lebens“ von W. Bötsche gegeben wird. Billets sind noch bei Weihnacht, Grünstr. 21, und von 4 Uhr ab vor der Urania zum Preise von 60 Pf. zu haben.

Dritter Wahlkreis. Der nächste Jahlabend des Wahlvereins findet, wegen der Volksversammlungen am 18. Februar, erst am Donnerstag, den 25. Februar, in den bekannten Lokalen statt. Der Vorstand.

Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten). Dienstagabend 8 Uhr spricht in einer in den Andreas-Fest-sälen, Andreasstr. 21 stattfindenden Versammlung Genosse Ströbel über den russisch-japanischen Krieg. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Friedrichsfelde-Karlshorst-Wahlbezirk. Im Lokal von Haberland spricht am Dienstagabend 8 1/2 Uhr Genosse Walder Kanasse über den Kampf ums Dasein. Frauen sind als Gäste willkommen.

Zegel. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn R. Schmidt, vormals Meer-mann, Schlieperstr. 64, statt.

Schöneberg. Dienstag findet im Obstischen Lokal, Weininger-straße 8, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Simon Haydenstein: „Alkohol und Arbeiterkraft“.

Hermendorf. Dienstagabend 9 Uhr hält Gen. Caspary im Fortshaus (Dünke) auf dem Diskutierabend einen Vortrag.

Wiesdorf. Der Wahlverein hält am Donnerstagabend pünktlich 8 1/2 Uhr im Lokale von Heßner, Oppenstr. 56, seine Mitglieder-versammlung mit folgender Tagesordnung ab. 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Kreis-Generalsversammlung unter spezieller Berücksichtigung der Stellungnahme der Reichstags-fraktion gegenüber dem Nachtrags-Etat zur Unterdrückung des Aufstandes der Herero-Vegeter in Südwest-Afrika. 3. Diskussion. 4. Auf-stellung des Kandidaten zur Gemeinderatswahl. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Die Vereinsbibliothek ist außer Sonntags von 11—12 Uhr jeden Versammlungsabend bei Heßner geöffnet.

Behrendorf. Dienstagabend 8 Uhr Versammlung des Wahlvereins bei Giese, Teltowerstr. 23. Genosse E. d. Fuchs spricht über die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Lichtenberg. Dienstagabend hält der Wahlverein seine regelmäßige Versammlung bei Gürlich, Frankfurter Chaussee 88, ab. Zu dieser Versammlung findet am heutigen Sonntag, früh 8 Uhr, eine Flugblatt-Verbreitung statt; die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Lokales.

Darf ein Socialdemokrat an Kaisers Geburtstag illuminiert werden? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Teil der bürgerlichen Presse aus Anlaß einer Affaire, die in der letzten Wahlvereins-Versammlung im zweiten Reichstags-Wahlkreise eine recht nebensächliche Rolle gespielt hat. Es wurde zur Sprache gebracht, daß der Rechtsanwalt Victor Frankl zum Kaiser-Geburstag seine Fenster illuminiert hat. Aus der Erörterung dieser Angelegenheit dreht die „Kreuz-Ztg.“ folgende Notiz:

Der Spiegeleien ist den Genossen über alles verhaßt, aber nur, wenn er von anderen Leuten ausgeht wird. In der letzten Versammlung des Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis wurde die Frage erörtert, ob es sich mit den politischen Anschauungen eines organisierten Parteigenossen vertrüge, daß er zur Feier von Kaisers Geburtstag die Fenster seiner Wohnung erleuchte. Natürlich wurde es entschieden verneint. Es stellte sich aber heraus, daß der organisierte Parteigenosse, der als Redner und Agitator bekannte jüdische Rechtsanwalt Victor Frankl, sich dagegen vergangen hatte. Der Ausschluß aus der socialdemokratischen Partei wurde mit der Begründung abgelehnt, daß Frankl anläßlich der Erörterungen im Dresdener Parteitag durch eine Erklärung in der Zukunft sich selbst außerhalb des Rahmens der Organisation der Partei gestellt habe. Die Kontrolle darüber, ob die Mitglieder der socialdemokratischen Partei in irgend einer Weise Kaisers Geburtstag feiern, soll, hießigen Blättern zufolge, eine sehr a u s g e d e h n t e gewesen sein.

Der Vorwurf der Spitzerei ist, gelinde gesagt, unsinnig in einem Falle, der eben so vor aller Augen zu Tage liegt, wie etwa die That- sache, daß jemand auf der Straße ein Ordensband im Knopfloch trägt. Und eine Kontrolle darüber, ob Mitglieder unserer Partei den 27. Januar als Festtag begehen, ist schon um deswillen hinfällig, weil bisher auch nicht der geringste Anlaß zu solcher Uebervachung vorlag. Ueber die Frage aber, ob ein Socialdemokrat am Geburtstag des Kaisers illuminieren soll, wäre unseres Erachtens selbst in der gegnerischen Presse jede Betrachtung überflüssig, wenn sie sich nur einmal die Stellung Wilhelms II. zur Socialdemokratie vergegen- wärtigen wollte.

Am 14. Mai 1889 sagte der Kaiser zu der Bergarbeiter-Depu- tation: daß für ihn jeder Socialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind sei.

Bei der Rekrutenvereidigung 1891 sagte er: Ihr habt nur einen Feind und das ist mein Feind. Und müßte ich Euch einst viefleisch, Gott wolle es verhüten, dazu berufen, auf Eure eignen Ver- wandten, ja Geschwister und Eltern zu schießen, so denkt an Euren Eid.

In der Sedanrede 1895 nannte der Kaiser die socialdemo- kratischen Führer eine Horde von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen.

Als kurze Zeit darauf in Mülhausen ein Elsch ein Unternehmer erinndert wurde, bezeichnete der Kaiser den Ermordeten als ein Opfer der von den Socialisten geschürten Revolutionstheorie.

Auf dem brandenburgischen Provinzial-Landtag 1897 sprach er von der Socialdemokratie als von der Pest, die unser Volk durch- fucht, die ausgerottet werden müsse bis auf den letzten Stumpf.

Am 17. Dezember 1896 gab Wilhelm II. gelegentlich des Hamburger Eisenarbeiter-Ausstandes seiner Freude darüber Ausdruck, daß die dortigen Unternehmer heftigen Widerstand gegen die un- berechtigten Forderungen der Ausständigen geleistet hätten.

Am 18. Juni 1897 kündigte er in Bielefeld die schwerste Strafe dem an, der seinen Nachbar an freiwilliger Arbeit hindert, worauf am 6. September 1898 in Dornhausen das Gesetz angehängt wurde, wonach jeder, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zum Streit anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.

Am 26. November 1902 sagte der Kaiser einer Deputation Krupp'scher Arbeiter, daß Männer, die bisher als Deutsche gegolten hätten, jetzt aber dieses Namens unwürdig seien, Krupp aus dem Hinterhalt getödtet hätten; und den Arbeitern, welche die Preussener Jubilant als Deputation delegierten, sagte er am 6. Dezember desselben Jahres, daß socialdemokratische Agitatoren die Arbeiterschaft auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet hätten.

Diese Citatenliste, die auch nicht entfernt auf Vollständigkeit Anspruch machen kann, sollte auch unsren Gegnern in der nun so angeregten Frage Klarheit verschaffen. Rechtsanwält Fränkl erklärt übrigens in einer Aufschrift an die „Tägl. Rundschau“, daß er aus persönlichem Entgegenkommen seine Fenster am Geburtstage des Kaisers illuminiert habe, nachdem ihm vom Hauswirt die Lichte ge- liefert worden seien und er die Meinung gehegt habe, daß die Nicht- beleuchtung der drei Vorderfenster seiner Wohnung eine leere Demon- stration gewesen wäre.

Danach hätten erstens ökonomische Ursachen, zweitens Rücksichten auf die Gesetze künstlicher Harmonie und drittens der Wunsch, mit feinem Hauswitz auf gutem Fuß zu leben, Herrn Fränkl zur Illumination bewegt. Wo so starke Emanationen des Gemüths zu Tage treten, sollten nicht allein unsre Parteigenossen, sondern auch unsre Gegner Herrn Fränkl in Frieden seine Straße ziehen lassen.

Die Geschäfte der städtischen Armenverwaltung haben in den letzten Jahren ganz gewaltig zugenommen. Die Zahl der Armenkommissionen ist von 243 im Jahre 1898 auf 308 im Jahre 1900 und seitdem weiter um 82 auf 340 gestiegen. Im Jahre 1893 gab es in Berlin schon 28 113 dauernd unterstützte und 1900 bereits 35 322. Im vorigen Jahre wurden sogar 42 142 Personen dauernd unterstützt. Eine erschreckend hohe Zahl, die den Verteidigern der göttlichen Weltordnung zu denken geben sollte.

Die Klagen über ungenügenden Gashand haben die städtischen Gaswerke veranlaßt, eine Erweiterung ihres Röhrensystems zu be- antragen. Der Magistrat hat dem Antrage zugestimmt und be- schlossen, dafür 885 000 M. zu bewilligen. Dieser außergewöhnlichen Ausgabe stehen voraussichtlich und recht erfreulicherweise ansehnliche Einnahmen in Höhe von über drei Millionen Mark bei dem Neubau der städtischen Gasanstalt in Tegel gegenüber. Wider alles Erwarten sind die Preise für Maschinen, Apparate und Materialien billiger, als veranschlagt worden. Der Stadtverordneten-Versammlung wird hierüber noch eine ausführliche Vorlage zugehen.

Der Besuch der städtischen Gymnasien in Berlin hat trotz der Zunahme der Bevölkerung abgenommen. Die Gesamtzahl der Gymnasien stellte sich im Jahre 1903 auf 8426 im Sommer- und 6489 im Winterhalbjahr, gegen 6564 in 1900, 6523 in 1901 und 6479 in 1902. Das Gymnasium zum Grauen Kloster und das Lessing-Gymnasium (Pankstraße) zeigen dagegen eine bemerkens- werthe Zunahme der Schülerzahl gegenüber 8 Gymnasien, deren Schüler- zahl zurückgegangen ist. Das Gymnasium zum Grauen Kloster hat eine Zunahme von 80 und das Lessing-Gymnasium von 60 Schülern zu verzeichnen. Das Köllnische hatte im Sommer 1903 551 Schüler, gegen 536 in 1900. Abgenommen hat die Schülerzahl im Friedrich- Werderschen um 5, im Luisenstädtischen um 72, im Sophien-Gym- nasium um 20, im Friedrichs- um 37, im Askaniischen um 19, im Hum- boldts- um 29, im Leibniz- um 29 und im Königin-Luise'schen um 83 Schüler. Dagegen hat die Schülerzahl in fast allen städtischen Real- Gymnasien und Ober-Real Schulen zugenommen. Eine Ausnahme macht nur das Friedrichs-Real-Gymnasium, das von der Albrecht- straße nach der Mittenwalderstraße verlegt werden soll. Bei den Real-Gymnasien ist die Gesamtzahl der Schüler von 4516 im Jahre 1900 auf 4663 im vorigen Jahre gestiegen und bei den Ober-Real- schulen von 1138 auf 1200, wobei zu berücksichtigen ist, daß wegen Ueberfüllung der Klassen usw. einzelne Schüler von letzteren Schulen zurückgewiesen werden mußten. Die Gesamtzahl der Schüler in den 29 höheren städtischen Schulen ist nur um 134 von 12 218 auf 12 352 in den letzten drei Jahren gestiegen. Auf die Vorschulen entfallen 1903: 2768 Schüler, gegen 2613 im Jahre 1900.

Der starke Früh-Verkehr im Straßenbahnbetriebe, welcher in der Stunde von 7 bis 8 Uhr seinen Höhepunkt erreicht und ein Fünftel des gesamten Tagesverkehrs umfaßt, hat die Nothwendigkeit neuer Maßnahmen ergeben und die Betriebs-Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn hat daher einen selbständigen Fahrplan für einen Einschubbetrieb herstellen lassen. Bei der großen Zahl der Ein- sabslinien genügen die vorhandenen Weichenanlagen nicht und auch im Interesse einer möglichst schnellen Abfertigung mußte ein umfang- reicher Schleifenverkehr vorgesehen werden. Der neue Fahrplan weist folgende Einschublinien auf: Für die Strecke 2: Moabit-Schöne- berg (Militär-Bahnhof); für die Strecke 9: Wald resp. Wilhelmshagenersstraße-Spittelmarkt; 11: Waldstraße-Alexanderplatz und Görlitzer Bahnhof-Stettiner Bahnhof; 12: Neufeldstraße-Dönhoffplatz, Moritzplatz und Görlitzer Bahnhof; 13: Weissenhof-Schlesische Brücke; 15: Rigdort-Hermannsplatz und Hallesches Thor und Bremerstraße-Leipziger Platz; 22: Rigdort-Alexanderplatz; 23: Gesundbrunnen-Leipziger Platz; 26: Tegel-Wedding; 27, 28, 29: Ansehnstraße-Moritzplatz und Eichbornerstraße-Wolkenmarkt (Schleifenverkehr); 33: Pappel-Allee-Leipziger Platz; 34: Gesundbrunnen-Kanonier- straße und Kreuzberg-Kanonierstraße (Schleifenverkehr) und Weddingplatz-Hallesches Thor; 38: Gesundbrunnen-Schlösschen Fisch- markt (Schleifenverkehr) und Gesundbrunnen-Spittelmarkt; 39: Gesundbrunnen-Dönhoffplatz, Hallesches Thor und Märcheneckplatz

Kanonierstraße (Schleifenverkehr) 40: Einnemünderstraße-Leip- ziger Platz und Rastplatz; 46 und 47: Nieder-Schönhausen (Nordend resp. Kirche) Wolkenmarkt (Schleifenverkehr); Spittel- markt und Rigdort-Weißstraße (Schleifenverkehr); 49: Pankow- Alexanderplatz und Schönhauser Allee-Inselstraße; 53: Danziger- straße-Kanonierstraße, Hermannsplatz-Kanonierstraße (Schleifen- verkehr) und Hermannsplatz-Wehnenstraße; 51: Schönhauser Allee- Leipziger Platz; 61: Antonplatz-Rathaus und Martin Lutherstraße- Schinkelplatz; 62: Antonplatz-Dönhoffplatz; 63: Danzigerstraße- Dönhoffplatz (Schleifenverkehr); 64: Landsberger Allee-Hallesches Thor und Kolledorplatz; 65: Centralviehhof-Spittelmarkt; 66: Lichtenberg-Spittelmarkt; 70: Friedrichsfelde-Rathaus; 72: Eisenacherstraße-Spittelmarkt; 73: Danzigerstraße-Kanonierstraße; 78: Küstriner Platz-Dönhoffplatz-Französischesträße (Schleifenverkehr) und Küstriner Platz-Ludwigstraße; 84: Schlesische Brücke-Dönhoff- platz (Schleifenverkehr); 91: Görlitzer Bahnhof-Spittelmarkt; 96: Mariendorf-Hallesches Thor.

Zur Aufrechterhaltung des Fahrplanes hat die Große Berliner Straßenbahn ihren gesamten Wagenpark in Betrieb zu nehmen. In der Zeit von 7 bis 8 Uhr morgens sind 1066 Motor- und 540 Anhängewagen im Verkehr, mit einer Ausnahmefähigkeit von durch- schnittlich 34 Personen für den Wagen.

Der diesjährige April-Umzug. Der Polizeipräsident macht be- kannt, daß, da der 1., 3. und 4. April d. J. auf den Karfreitag und die beiden Osterfeiertage fallen, der nächste Quartals-Umzug am 2. April beginnt und bei kleinen d. h. aus höchstens zwei Wohn- zimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen, an denselben Tage, bei mittleren, d. h. aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen, am 5. April um 12 Uhr mittags, und bei großen, d. h. aus mehr als vier Wohnzimmern bestehenden Wohnungen, am 6. April um 12 Uhr mittags beendet sein muß.

Der Ankauf des Vorkriegs-Palais durch die Preussische Pfand- briefbank ist jetzt Thatsache geworden. Das dieser bisher gehörige Grundstück Wollstraße 30 ist in den Besitz der benachbarten Firma A. Wertheim übergegangen, während die Bank als künftiges Geschäftshaus das an der Ecke der Woll- und Wilhelmstraße belegene sogenannte Vorkriegs-Palais von den Kommerzienräthen Ernst und Konrad erworben hat. Die Auflassungen beider Grundstücke sind erfolgt und die Kaufpreise gezahlt. Das neue Gebäude der Bank bleibt in seiner äußeren Gestaltung unverändert, wird dagegen im Innern einem seinen künftigen Zwecken entsprechenden Umbau unter- zogen.

Die verschwundene Familie Behlow ist jetzt tot aufgefunden worden. Das räthelhafte Verschwinden der Berliner Familie Behlow, worüber wir kürzlich berichteten, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Vater, Mutter und Sohn haben den Tod in den Fluten der Obersee gesucht und gefunden. Sonnabendvormittag wurden die drei Leichen, mit Striden aneinandergebunden, von dem Fischer Fingeldt aus Ober-Schöneweide bei Reptunshain aufgefischt und am Ufer geborgen. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurden der 53jährige Fischer Hermann Behlow, Glöcknerstr. 59, seine Frau Friederike, geborene Pieg, und ihr 24jähriger Sohn Richard seit Montag, den 1. d. Mts., vermisst. Seit einigen Wochen litt Mutter und Sohn an schwerer Stimmung, die sich auch auf den Vater übertrug zu haben sahen. Am 23. Januar hatte Richard Behlow seine Arbeit niedergelegt und war in der folgenden Woche mit seiner Mutter nach der Charité gegangen. Beide gaben an, innerlich krank zu sein; da aber die Aerzte kein Zeichen eines Leidens entdecken konnten, so wurden beide nach zweitägiger Beobachtung wieder entlassen. Seit dem 1. Februar war dann die ganze Familie verschwunden. Wir hatten schon damals die Vermutung ausgesprochen, daß sie sich vielleicht nach ihrem Lieblingsort Ober-Schöne- weide begeben haben möge, um den Tod im Wasser zu suchen. Diese Vermutung hat jetzt ihre traurige Bestätigung ge- funden. Die Körper der drei zusammengebundenen Leichen, die heute aus dem Wasser gefischt wurden, zeigten nur geringe Symptome der Verwesung, die Gesichtszüge sind deutlich erkennbar. Vorläufig liegen die Leichen noch am Ufer geborgen, doch wird die Dispolizeibehörde noch heute das Erforderliche veranlassen.

Eine Hochheilerin, die erst 18 Jahre alte Tochter ordentlicher Leute, Elisabeth V. aus der Großen Frankfurterstraße, wurde nach langem vergeblichem Mühen gestern von Kriminalbeamten fest- genommen. Seit dem Juli vorigen Jahres betrieb sie ihre Straf- thaten. Ihr Vater ist tot, ihrer Mutter sagte sie, sie sei in einem Ge- schäft angestellt. Pünktlich lieferte sie ihren Verdienst ab. Bei der Mutter konnte jedoch kein Verdacht aufkommen. So wurde es möglich, daß das Mädchen sein Konto mit 70 schweren Fällen belasten konnte. Es begann die verbrecherische Laufbahn damit, daß es in der Rolle der Ehefrau eines Beamten, der aus der Provinz hierher verlegt war, zu vermietende Wohnungen besetzte. Dabei wurde sie von Anwohnerinnen besessen und hat um ein Glas Wasser. Während dies geholt wurde, bemutete sie das Alleinsein zu Diebstählen. Nachdem öffentliche Warnungen ergangen waren, trat sie bei Schneiderinnen als die Tochter eines Professors auf, um unter der Angabe, daß sie heiraten wolle u. dergl., anzufangen, ob bis zum Oktober eine Aus- steuer geliefert werden könnte. Gewöhnlich bestellte sie 7 Kleider. Dann kam wieder der Zwischenfall mit dem Glas Wasser, sobald sie den Aufbewahrungsort des Geldes erspäht hatte. Mit dem erbeuteten Geld verabschiedete sie sich mit dem Bemerkten, sie werde morgen mit Mama vorfahren. Eines Tages war gerade ein Arzt in der Wohnung einer Schneiderin mit der Operation eines Kindes beschäftigt. Die Diebin lieferte Handreichungen und bemutete einen Augenblick des Alleinseins, um aus einem Schrank 150 M. zu stehlen. Einer Stillehrerin stahl sie u. a. eine Nadelmalerei, eine spanische Tänzerin darstellend. Die bei der Polizei einlaufenden Anzeigen über die Diebereien deuteten auf ein und dieselbe Person hin, wo aber sollte sie gesucht werden? Die Patrouillen wurden zu immer schärferen Be- obachtungen angepornt, bis ihnen endlich ein junges Mädchen begegnete, auf das die Beschreibungen paßten. Die Sache mußte behutsam behandelt werden, um einen Mißgriff zu vermeiden. Da sollte die gestohlene spanische Tänzerin der Polizei zu Hilfe kommen; Elisabeth V. verließ mit dem Bild die mütterliche Wohnung. Der auf der Straße wartende Kommissar griff nun angelehnt des Verweisküdes zu. Das junge Mädchen wurde allerseits wiedererkannt; es legte ein Geständnis über die siebzig Fälle ab.

Wermals ein Kind verbrannt. Beim Spielen mit Pflödzgern ist gestern vormittag das dreijährige Söhnchen des Doppelstraßen- wohnenden Arbeiters Pombal tödtlich verunglückt. Das Kind hatte sich, wie es häufig zu thun pflegte, in die Wohnung des auf dem- selben Korridor wohnenden Bäckermeisters Stephan begeben, während Frau V. fortgegangen war, um Einkäufe zu machen. Im Schlaf- zimmer hat es dann mit Pflödzgern gespielt und die Gardinen und Decken in Brand gesetzt. Als die Nachbarn das Feuer be- merkten, sand das Schlafzimmer in Flammen. Sie löschten den Brand und sanden dann unter den verloschten Gardinen das sündlich verbrannte Kind. Ein herbeigerufener Arzt sorgte für die Ueber- führung des armen Knaben nach dem Krankenhaus am Urban, der aber während des Transportes starb.

Schuffnoten mit Schiefgewehren. Von seinem Spielfameraden ist der 12jährige Gemeindegärtner Bruno Jannede, dessen Eltern in der Hermsdorferstr. 10 ein Produktengeschäft betreiben, durch einen Schuß lebensgefährlich verletzt worden. Der Knabe spielte mit seinem Freund, dem 14 Jahre alten Otto Dreher, der vor der Ein- segnung steht, auf dem Grundstück Müllerstr. 131 in der Wagen- remise des Pflanzers Hampel, des Pflanzers von Dreher. Pflödz holte dieser ein Leihing hervor, das er seinem Vater heim- lich entwendet hatte, und hielt die Waffe mit den Worten: „Ich schieße Dich tot!“ auf den Kameraden gerichtet. Bruno J. wehrte mit der Hand ab und rief: „Laf, das sein!“ kam aber in demselben Augenblick, von einer Kugel getroffen, betäubt zu Boden. Die Ladung hatte die Brustseite und den Rücken durchbohrt. Während der unglückliche Schütze die Eltern seines armen Freundes be- nach-

richtigte, wurde dieser in das Paul Gerhardsstift gebracht. Sein Befinden giebt zu Bedenken Anlaß.

Donnungslück. Auf dem in der Weimarstraße 27 zu Charlotten- burg errichteten Neubau ist gestern vormittag 8 1/2 Uhr der dort beschäftigt gewesene Klempnergehilfe Berniter vom vierten Stock ab- gestürzt. Der Verunglückte, der 24 Jahre alt ist, erlitt einen Bein- bruch sowie schwere innere Verletzungen; er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Feuerbericht. Viel Arbeit machte der Feuerwehr ein Brand, der gestern nachmittag 2 Uhr in dem Hotel Phönix, Ecke der Charlotten- und Wehnenstraße, ausbrach. Dort hatte unter einer Kochmaschine der Fußboden Feuer gefangen, das sich unbemerkt auf die Balkenlage ausgebreitet hatte. Infolgedessen mußte die Wehr die ganze Balken- lage freilegen, was eine Arbeit von mehreren Stunden erforderte. Auch auf dem Anhalter Güterbahnhof in der Trebbinerstraße gab es lange Zeit zu thun. Dort brannte ein umfangreicher Kohlenstapel. Er mußte vollständig umgeschichtet werden, um das immer weiter glimmende Feuer zu löschen. In der Prinzengr. 71 wurde vorher in einem Keller alter Hausrat und Verpackungsmaterial eingeküchert. Nachmittags hatten in der Neuen Grünstr. 33 im vierten Stock des rechten Seitenflügels Portieren, Regale, Schränke u. auf einem Korridor Feuer gefangen, das indes vom 17. Lößzuge bald erstickt werden konnte. Decken und Kleidungsstücke gingen später in der Weihenburgerstr. 79 in Flammen auf. Ein größeres Wäscheaufgebot wurde gestern abend infolge dreimaliger Meldung nach dem Hotel Deutscher Hof gerufen. Hier lag indes keinerlei Feuergefahr vor. Es war die Centralheizung überhitzt; dadurch war der Dampf auf den Boden gestiegen und drang nun aus verschiedenen Stellen aus dem Dache, weshalb man ein größeres Feuer vermutete. Alarmierungen, die die Wehr in den letzten 24 Stunden noch nach der Elisabethstr. 15, Reichenbergerstr. 137 usw. führten, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Ein Straßenraub wird nachträglich aus Charlottenburg gemeldet. Der Vauunternehmer J. aus der Waldenserstraße besuchte an einem Abend einen Anstalt in der Önabrüderstraße, wo polnische Ar- beiter zu verkehren pflegen. Er spendierte dort Getränke und ließ dabei erkennen, daß er einige Varmittel bei sich trug. Gegen Mitternacht machte er sich auf den Heimweg und der Wirt geleitete ihn bis auf die Straße. In der Kaiserin Augusta-Allee erhielt er einen Schlag mit einem Stein auf den Kopf, der ihn bewußtlos niederstreckte. Als er nach einiger Zeit zur Bewinnung kam, ver- misste er seine Bursche von 173 M. Er konnte ein Haus in der Replerstraße aufsuchen, wo er bis zum Morgen wartete. Von den vier Männern, die in Frage kamen, wurden zwei von J. erfannt. Sie heißen Gelle und Durka und wurden verhaftet. Die beiden andern wurden entlassen.

Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose (Verein ehemaliger Pelziger) veranstaltet am Dienstagabend 8 1/2 Uhr in den Königs- sälen (großer Saal), Neue Königstr. 26, eine Versammlung, in welcher Herr Dr. Alfred Brud einen Vortrag über die Frage: „Wie pflegen wir unsre Sinnesorgane“ halten wird. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Das Königliche Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, veranstaltet in den kommenden Wochen abends 8 Uhr folgende öffent- liche, für Herren und Damen zugängliche Vorträge: Dienstag, 16. d. M., spricht Marineattaché Dr. Martini über „Die Hygiene an Bord von Kriegsschiffen“; Donnerstag, 18. d. M., August W. Stahlberg über „Das Salz des Meeres“, mit Demonstrationen; Sonnabend, 20. d. M., Prof. Weule-Leipzig über „Das Meer im Leben der Naturvölker“, mit Lichtbildern. Einschaffungen sind von 12—2 Uhr mittags und an den Vortragabenden selbst von 6 Uhr ab im Institut und von 9—4 Uhr im Deutschen Flottenverein, Berns- burgerstraße 35, 1 Tr., erhältlich.

Charlottenburg. Einen Chamisso-Abend veranstaltet das Schiller- Theater (Berlin) am Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses. Den einleitenden Vortrag über Adalbert v. Chamisso hält Direktor Dr. Löwenfeld. Daran schließen sich Deklamationen und Gesangsbeiträge von Woldemar Runge, Eise Wasa und Gustav Fiegel. Der Preis des Billets nebst Pro- gramm und Garderobe ist auf 40 Pf. bemessen.

Aus den Nachbarorten.

Der Gemeindevorstand von Lichtenberg ersucht uns, folgende Richtigstellung zu bringen: In Ihrer Zeitung befindet sich eine Notiz über den Etat Lichtenbergs für 1904. Es sollen hiernach für 1904 150 Proz. Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden. Ich bitte sehr ergebenst, diese unrichtige Mitteilung dahin berichtigen zu wollen, daß in dem vom Gemeindevorstande aufgestellten Etatsentwurf die bisherigen Zuschläge von 140 Proz. fest- gehalten sind. Im übrigen sind nicht unerhebliche Erhöhungen von Beamten- und Lehrergehältern vorgesehen. — Wir haben die unrichtige Meldung einer Lokal-Korrespondenz befallmlich schon gestern berichtigt.

Lichtenberg. Die Ansichten des Gemeindevorstehers Zietzen in der Frage der Stadtverordnung klingen, wie schon erwähnt, recht pessimistisch, so daß sie auch in der Gemeindevorstellung auf lebhaften Widerspruch stoßen. Auch unsre Parteigenossen, die in dieser An- gelegenheit die treibende Kraft bilden, erkennen zwar die Verdienste an, die Herr Zietzen sich mit seiner Denkschrift über die Stadt- verordnung erworben hat, doch teilen sie keineswegs seine Hoffnungs- losigkeit und treten lebhaft für den Antrag auf Erteilung der Stadtratschle ein. Unsre Parteigenossen sind ebenfalls für den Antrag auf Errichtung eines kommunalen Elektrizitäts- werkes, der jetzt nach langen Verhandlungen mit großer Mehrheit angenommen wurde, mit Erfolg thätig gewesen; sie haben aber nicht verhindern können, daß mit einer Stimme Mehrheit beschlossen wurde, zu Gunsten einer Vaugeellschaft auf einen Platz zu ver- zichten, der auf dem Terrain an der neuentstandenen Bahnhofsstation Rummelsburg-Est für die Gemeinde in Betracht kam. Beschlossen wurde, die Verbindungsstraße I zwischen Rummelsburger- und Wartenbergstraße pflastern zu lassen, sowie zum Ausgleich einer Etatsüberschreitung der Vaukommission einen Zuschuß zu überweisen. Die Beschlußfassung über die Einsprüche gegen die Gemeindevor- stellung wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Lichtenberg. Dem Zuge der Zeit folgend, hat auch der „Richt- berger Bürger-Verein“ sich mit der Erhöhung der Umsatzsteuer be- schäftigt. Dabei ist nun endlich ans Tageslicht gekommen, warum die Socialdemokraten in Berlin gegen diese Steuer stimmten. Herr Vau-Birektor Plog wendete sich lebhaft gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, die er als Erschwerung im Grundstücksverkehr be- zeichnete. In Berlin hätten die Socialdemokraten gegen diese Steuer gestimmt und er glaube, daß auch die socialdemokratischen Gemein- devorsteher im Lichtenberger Rathause geschlossen gegen die Steuer seien. Der Schriftführer des Vereins, Herr O. Rott, Bureau-Assistent beim Berliner Magistrat und Lichtenberger Hauseigentümer, ver- suchte nun die Hörer von der Gerechtigkeit der Steuer zu überzeugen und führte dann weiter aus: Wenn die Socialdemokraten gegen diese Steuer stimmten, so sei das darauf zurückzuführen, daß diesen Leuten die Höhe der Einkommensteuernzuschläge ja ganz gleichgültig sei, weil — nun, weil die Socialdemokraten keine oder nur un- wesentliche Einkommensteuern bezahlten! Da haben wir's! Dem Berliner Magistratsbureau-Assistenten dürfte zu empfehlen sein, die Zuschläge des Berliner Stadtverordneten Landes, „Groß-Berlin“, zur Hand zu nehmen. Dort ist auf Seite 10 folgendes zu lesen: „Lichtenberg, Kreis Nieder-Barnim, Einwohnerzahl 1903/1904 45 727. Steuerzahler mit einem Einkommen unter 3000 M. 8653, aufgebährte Steuersumme 104 103 M. Steuerzahler mit einem Einkommen über 3000 M. 3 5 4, aufgebährte Steuersumme 66 342 Mark! Wenn nun der Berliner Magistratsbeamte der Meinung ist, daß die Socialdemokraten in Lichtenberg von den 354 Consten mit mehr als 3000 M. Einkommen repräsentiert werden, dann hat er recht. Anders aber sollte er den Mund nicht so voll nehmen.

Die Briher Gemeindevertretung beschloß, mit dem Bau der Kanalisationsanlagen für den Ort Anfang Mai und zwar gleichzeitig an fünf Stellen zu beginnen. Auch die Hochbauten zur Pumpsation sollen recht früh begonnen werden, damit sie im Herbst im Rohbau fertig sind und der innere Ausbau sowie die Aufstellung der Maschinen erfolgen kann. Bis 1. April 1905 soll die Pumpsation betriebsfertig sein. Das Etatsjahr brachte der Gemeinde eine Gesamteinnahme von 884 381 M., der Ausgaben in Höhe von 788 531 M. gegenüberstehen.

Gerichts-Zeitung.

Im Prozeß gegen den Gründer des „Damenheims“, Direktor Kurye, wurde die Beweisaufnahme gestern fortgesetzt. Es kamen Dinge zur Sprache, wodurch dargethan wurde, daß der Angeklagte in der unternünftigen Weise aus dem Vollen heraus gewirtschaftet hatte. Das Inzeratenkonto war gewaltig belastet und für Kellame wurden bedeutende Summen ausgegeben. Jogh eine Dame ein, welche im Besitze eines besonders feinen und geschmackvollen Mobiliars war, so ließ der Angeklagte ein so ausgestattetes Zimmer fotografieren und brachte das Bild als Musterzimmer des „Damenheims“ zur Veröffentlichung. Das am Alazienplatz belegene Damenheim fand auch ziemlich lebhaften Zuspruch; es ist das einzige der zu der Gründung gehörigen Grundstücke, welches einen Ueberschuß abwirft, während alle übrigen Liegenschaften weit über den Wert belastet sind. Den bedauerlichen Wert der Damen wurde versprochen, daß ihre Einlagen hypothekarisch eingetragen werden sollten, teilweise ist dies auch geschehen, aber auch in diesen Fällen sind die Damen um ihr Geld gekommen. Um dem Unternehmen den nötigen Glanz zu verleihen, verstand der An-

geklagte es, Personen von Ansehen und vornehmen Namen an die Spitze zu stellen. Der als Zeuge vernommene Oberleutnant v. Knobelsdorf bekundete, daß er schon bei seinem ersten Besuch zum Zwecke einer konstituierenden Versammlung Vorsitzender des Aufsichtsrats geworden sei, er wußte selbst kaum wie. Nach der Entlassung des Angeklagten haben die Herren schleunigst ihre Aemter niedergelegt und sich von dem Unternehmen zurückgezogen. Der Angeklagte nahm während der umfangreichen Zeugenvernehmungen nur selten zu einigen belanglosen Bemerkungen das Wort; er blieb nur dabei, daß er große Hoffnungen auf seine Projekte gesetzt habe und diese sich auch erfüllt haben würden, wenn das Unternehmen sich ungehindert hätte weiter entwickeln können. Die Ehefrau des Angeklagten behauptet, daß ihr Mann keineswegs ein schlechter Charakter, vielmehr nur ein Projektmacher und unverbesserlicher Phantast sei. Der Verteidiger läßt sich von einigen Zeugen bestätigen, daß der Angeklagte eine sparame und einfache Lebensweise geführt hat.

Nach Anhörung des gerichtlichen Bücherrevisors Dörd wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten auf die Untersuchungshaft, sowie 1000 M. Geldstrafe event. noch 100 Tage Gefängnis und Ehrverlust auf die Dauer von 5 Jahren.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Untreue und Unterschlagung, ferner wegen Untreue in einem zweiten Falle zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis, 750 M. Geldstrafe und 3 jährigem Ehrverlust. Drei Monate wurden durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Wegen Beleidigung des Kriegsgerichts wurde gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I gegen den früheren Polizeilieutenant Georg Schulz verhandelt, welcher wegen

augenblicklich zu weiter Entfernung von der Gerichtsstelle vom Erscheinen entbunden war. Der Angeklagte hatte im Jahre 1893 eine Differenz mit dem Rittmeister v. Lyden vom Kürassierregiment zu München, welcher zu damaliger Zeit zum Großen Generalstab abkommandiert war. Der Rittmeister mußte ein kriegsgerichtliches Urteil über sich ergehen lassen, welches aber zu seinen Gunsten ausfiel, denn er wurde freigesprochen. Als der Angeklagte Schulz Kenntnis von diesem Urteil erhielt, richtete er an das Kriegsgericht eine geharnischte Beschwerdeschrift, worin er sich zu der Behauptung verließ, daß das Kriegsgericht sich einer offensichtlich bevorzugung schuldig gemacht habe, es scheine die Briefe, welche der Anlage gegen den Rittmeister v. L. zu Grunde lagen, gar nicht gelesen zu haben. Der ganze Ton der Beschwerdeschrift war nach der Ansicht des Gerichtshofes so ungehörig und beleidigend, daß gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat erkannt wurde.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Jahrmesse Berlin. Heute Sonntag, den 14. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Rechnung; Wahl des Vorstandes und der Delegierten zum Verbandstag.

Allgemeine Familien-Erbschaften in Berlin. Heute Sonntag: Abreise 123 bei Diefen 3-6 Uhr.

Arbeiter-Zamariterkolonne. Die nächste Übungsstunde in der Filiale, Brunnenstr. 154, findet umständehalber erst am Dienstagabend 9 Uhr statt. Vortrag über Verfügungen. Nachher praktische Übungen. Gäste sind willkommen. Neue Teilnehmer können in den Übungsstunden der Kolonne eintreten. Eintrittsgeld sowie Monatsbeitrag 25 Pf. Bibliothek steht den Teilnehmern unentgeltlich zur Verfügung.

Am Freitag, den 12. Februar cr., abends 9 1/2 Uhr, entschlief nach längerem, schwerem Leiden im 53. Lebensjahre der Oberböttcher, Herr

Anton Schwarz

Kurz vor seinem 25jährigen Dienstjubiläum stehend, verließ ich in dem Dahingegangenen einen pflichttreuen, meiner Firma stets ergebenen, gewissenhaften Mitarbeiter, dessen Andenken ich über das Grab hinaus in Ehren halten werde.

Max Happoldt,
Brauermeister,
in Firma F. Happoldt.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 16. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs der St. Michael-Gemeinde, Hermannstraße.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und treue Lebensgefährtin und fürsorgliche Mutter

Emma Reichardt

geb. Cajus
am 11. d. M. nach kurzen schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt. 18196
Der trauernde Gatte nebst Kindern
Fritz Reichardt.

Am Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr, verstarb infolge eines Unfalls unsere untergegangene Tochter

Frieda Cranz

im 5. Lebensjahre. 42672
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Montag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Leichenhaus, Dammstraße 6, aus nach dem Danieskirchhof statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Berichtigung.
Die Beerdigung des Kollegen Robert Förster findet heute Sonntag, den 14. Februar, nachmittags um 3 Uhr statt, nicht wie irrthümlich angegeben war, um 2 Uhr.
79/8 Die Ortsverwaltung.

Dankfügung.
Sage hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, insbesondere den Bezirten 672 und 673, sowie den Kollegen der Firma Schulz & Hofbeich den tiefgefühltesten Dank aus. Fritz Alex.

Innungs-Krankenkasse der Glaser-Innung zu Berlin.

Bekanntmachung.
Die unter dem 9. Oktober 1903 beschlossene III. Abänderung des Statuts der Innungs-Krankenkasse der Glaser-Innung zu Berlin trat mit dem 1. Januar 1904 durch Genehmigung des Herrn Polizeipräsidenten in Kraft. Abgeändert sind die §§ 2, 5, 11, 19, 21, 23, 30, 43, 47, 52 und 62, siehe Statutenänderung.
Berlin, den 2. Februar 1904.
Der Vorstand.
H. A. S. Caspar, Vorsitzender.

!!! Von 40 M. an!!!
Nachzahlung nach Maß, neueste Muster, Schwedens, n. Maß, ff. Tuch-Stamm, feinste Gutz., 2 Anpr.; für guten Sitz beim gold. Mod. Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23, II, Alexanderplatz. Gegen. 1892. Komme mit Muster maßnehmen. Bitte Postkarte. 114/18

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Sektion der Gips- und Cementbranche.
Achtung! Gruppe Rabsitzputzer. Achtung!
Am Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 Uhr, findet in den Armirenhallen, Kommandantenstraße 20, die regelmäßige

Mitglieder-Versammlung der Rabsitzputzer statt.

Tagesordnung: 1. Einheitsmarke. 2. Gewerkschaftliches. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.
Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter. Achtung!

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Montag, den 15. Februar 1904, abends 7 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung in der Industrie-Festhalle, Beuthstr. 19/20.

Tages-Ordnung: 32/12
1. Die Antwort der Arbeitgeber auf den von uns eingereichten Lohnantrag. 2. Beschäftigung über den Eintritt in die Bewegung. 3. Verbandsangelegenheiten.
Sämtliche Hilfsarbeiter bei Fliesenlegern sind hierzu eingeladen. Die Fliesenleger werden ersucht, ihre Hilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Die Ortsverwaltung. J. A.: Karl Heidemann.

Achtung! Böttcher Achtung!

Heute Sonntag, den 14. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:
Oeffentliche Böttcher-Versammlung
von Berlin und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Bäge. 2. Wahl eines Delegierten zum Fernarbeiterkongress. 3. Die Lohnbewegung in den Brauereien. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Böttcher ist dringend notwendig.
Der Vertrauensmann. E. Gramberger.

Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderrinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin.
Das rezidierte Statut ist unterm 26. Januar 1904 vom Bezirks-Ausschuß genehmigt worden.
Die wesentlichen Bestimmungen lauten:
Die Unterstützungsdauer beträgt 26 Wochen;
die Schneiderrinnen - Unterstützung 6 Wochen.
Die Eintrittsgelder betragen:
1. Klasse 1,75 M.
2. 1,50 .
3. 1,25 .
4. 1,- .
5. 0,75 .
Die monatlichen Beiträge betragen:
1. Klasse 1,05 M.
2. 0,75 .
3. 0,60 .
4. 0,45 .
5. 0,30 .
Ein Mitgliedsbeitrag werden nunmehr erhoben:
bei einem Objekt bis 3 M. einchl. 0,10 M., von mehr als 3 M. bis 15 M. einchl. 0,20 M., von mehr als 15 M. bis 150 M. einchl. 0,40 M., über 150 M. = 0,75 M.
Die Statuten werden vom 10. März dieses Jahres an ausgegeben.
Berlin, 14. Februar 1904.
Der Vorstand. 17596
Frau Emma Reimann, Vorsitzende.
Frau Elisabeth Rösicks, Schriftführ.

Großer Vortrag

über: Die Folgen der Alkoholvergiftung in Bezug auf Körper, Geist, Familien- und Volksleben, deren erfolgreiche Bekämpfung durch die Naturheilbewegung.
Referent: Frau A. Pickel.
Mitglieder frei. Gäste 20 Pf.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand
des Vereins für Gesundheitspflege
Berlin Norden.

Orts-Krankenkasse

für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.
In unserer Bekanntmachung vom 13. d. M. muß es anstatt „14. Februar“ heißen.
Montag, den 15. Februar“ heißen.
17585
Der Vorstand.

Elektrotechnikum

Maschinenbau- und Bau-Schule.
Werkstätten. Gegründet 1874.
Elektro-Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbildung. Vorkenntnis nicht erforderlich.
„Neue Abendkurse.“
Prospekt kostenlos.

Zahn-Klinik.

Olga Jacobson, Preisbeliebige Zahn-Zahlung. Invalidenstrasse 145.

Neu! Eröffnung 20. Februar. Neu!

Meter 1,65
J. COHN
Neue Ross-Str. 19-20.

Kleiderstoffe

Nur ein Preis

Meter 1,65
J. COHN
Neue Ross-Str. 19-20.

Enorm preiswert

Wichtig für jede Familie!

Ausschneiden und aufbewahren!
Kranken-Transport-Institut Förster & Schulze
Berlin S., Drebbenerstraße 80, Telefon IV 139



Befördert franke Kinder mit beschleunigtem Wagen nach jedem Berliner Krankenhaus für 3 Mark. Es dürfte wohl bekannt sein, daß ein Transport mit großem Krankenwagen 10-15 Mark kostet. Laut polizeilicher Verfügung darf weder Droschke, noch Omnibus, noch Straßenbahn zum Transport bei anstehenden Krankheiten benutzt werden. In der föhnl. Quartie bestens eingeführt. Auch stehen Wagen bei uns zum Verkauf.

J. Baer

Badstr. 26, Ecke Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Einsegnungs-Anzüge. Grosses Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Mass. Allerbilligste, streng feste Preise.

Neu! Raucht Neu!

Ges. gesch. Wilhelm Liebknecht-Cigarre. Spezialität: 5- u. 6-Pf.-Marken. In allen durch mein Plakat gekennzeichneten Geschäften erhältlich. 41392*
Gustav Bommert, Cigarren-Fabrik, Berlin N., Regeckstraße 32, I.

J. Kurzberg

Neue Königstr. 47 " direkt am Alexanderpl. liefert eleg. nach Mass bei nur geringer Teilzahlung. Werkstatt im Hause.

29

Gardinenhaus Bernhard Schwarz Wallstr. 29 Kur-Eng.

Künstlich.Zähne

Karl Winzer, Alexanderstr. 27h I. Schonendste Behandlung. Teilzahlung gestattet.

Was soll ich trinken?

Der seiner Gesundheit dienen, sein Herz und seine Nerven schonen will, der trinke täglich „Kathreiners Malzkaffee“.

Nähr Malzkaffee

bestes und Nahrungs Genusmittel Ceylon Kaffeeersatz
Ceylon-Malzkaffee u. Kaffee-Sorrelfabrik Röhrsdorf-Chemnitz. Vertretung und Engros-Lager bei E. Borgmann, Berlin. Fernsprecher IX 7054 Pariserstr. 2.
Teilzahlung auf allerbequemste Weise alle Arten Uhren, auch Goldwaren etc. (möghentlich nur 1 M.)
Jahre & König, Warschauerstr. 72 I.

Roh-Tabak.

Große Auswahl, billigste Preise. Formen: Original-Fabrikpreise. Neue 5. J. Fränkel, Promenade 5. 11. Kottbuser Strasse 11. Ad. Buhl, 181. Brunnenstraße 181.

Roh-Tabak

Sumatra-Decken-Abfall à Pfd. 95 Pf., enorm billig. 39282*
W. Hermann Müller, Berlin O., Alexanderstr. 22.

Rohtabak.

mit Decke, selbe Qualität a 135 Pf. S. Hammerstein Filiale. Vertr. Gustav Boy, 183. Berlin N., Brunnenstr. 183.

Bremer Rohtabake

Brinkmeier & Co. Filiale Berlin N., 182. Brunnenstrasse 182, Hof en gros. en detail.

Rohtabak

Guter Brand! Berühmte Qualität. Sämtliche Fabrikations-Utensilien. Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck, 185 Brunnenstr. 185.

Rohtabak!

Filialen in Berlin: Im Norden: Brunnenstr. 25, im Osten: Koppenstr. 9, im Südost.: Kothhuserstr. 2.
Filiale in Sachsen: Chemnitz, Brückenstr. 19.
Filiale in Schlesien: Ratibor, Jungfernstr. 11.

Emil Berstorff, Berlin G. 2.

Kaiser Wilhelmstrasse 39.

Rohtabak

Max Otto, Filiale: 152 Brunnenstr. 152. Billige Preise. Reiche Auswahl.

Rohtabak

besonderes Angebot Sum., 2. Vollblattlänge 110 Pf. vor. 2. Stückblattlänge 105 empfehlen, solange d. Vorrat reicht
Zeun & Ellrich, 4154L* Berlin N. 31, Brunnenstrasse No. 151.

Künstliche Zähne,

Blonden, etc. Carl Goeringer, Dentist, N., Eichendorffstr. 21, gegenüber Brunnenstr.

Billiges Bauland

Billiges Gartenland Biesdorf. 114/15 Parzellen von 900 Mark an, Stadtbahnverehr. Ausfahrt im Restaurant am Bahnhof Biesdorf und Comptoir Gontardstr. 5, II.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 0-1/2, 5, Sonnt. 9-11

Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr
finden für Berlin und Umgegend

Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

1. Kreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
2. " Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
3. " Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96.
4. " (Südost): Urania, Brangelfstr. 11.
(Ost): Brauerei Friedrichshain, Am Königsthor.
5. " Schützenhaus, Linienstr. 5.
6. " Berliner Prater, Kastanien-Allee 8/9.
Weimanns Volksgarten, Badstr. 56.
Eiskeller, Chausseestr. 88.
Brauerei Pakenhofer, Turmstr. 25/26.

Schöneberg: Obst's Festsäle, Meiningen- u. Martin Lutherstraßen-Ecke.

Wilmerisdorf: Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40.

Rixdorf: Victoria-Säle, Hermannstr. 49/50.

Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 1.

Tages-Ordnung:

Russische Polizei in Deutschland.

Referenten: Genossen Alberty, Bernstein, R. Fischer, Förster, Gradnauer, Haase, Kaliski, Ledebour, Liebknecht, Pfannkuch, Scheidemann, Singer, Wurm, Zubeil.

Um zahlreichen Besuch bitten

209/18

Die socialdemokratischen Vertrauensleute.

Socialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 16. Februar cr., abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße Nr. 21:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen. Ströbel über: Russisch-japanischer Krieg.
2. Diskussion. 3. An den Vorstand gelangte Anträge.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend.

Bureau: C. 22, Dragonerstr. 15.

Achtung! Männer und Frauen! Achtung!

Montag, 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Louis Keller, Kopenstr. 29:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Schutz vor der Heimarbeit! Referent: Genossin Frau Dr. Lily Braun.
2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zu dem bevorstehenden Heimarbeiterschutz-Kongress.

Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert vollständiges Erscheinen.

Der Ausschuss.

298/11

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Am Montag, den 15. Febr. 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz. Referent: Arbeitersekretär G. Link. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen und Gewerkschaftliches.

Die Kollegen werden ersucht, wegen des lehrreichen Vortrages vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Centralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Marmorarbeiter).

Am 17. d. M. findet im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c eine

Mitglieder-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Tages-Ordnung des Verbandstags. 2. Wahl des Delegierten zum Verbandstag. 3. Verschiedenes. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. — Um regen Besuch bittet der Vorstand.

172/6

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20

Moderner Märchenabend.

Vorlesung und Erläuterung: Fr. Uebe Schreiber. — Gäste sind willkommen.

Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: 55/4

5. Stiftungsfest

— Prolog — Konzert — Gesang — Recitation — unter Mitwirkung des Musikdirektors Hölzler, der Sängerin Frau Wankem-Abderhaldt, des Schauspielers Herrn Richard Leopold vom Al. Theater. Biletts sind à 30 Pf. im Verein und an den Kassen zu haben.

Achtung! Holzarbeiter! Zahlstelle Rixdorf.

Dienstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 152:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

79/6

Verantw. Redakteur: Julius Kaliski, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Hode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Dienstag, den 16. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung der Ladentischler

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal X.

Tages-Ordnung: Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Achtung! Stock- und Celluloid-Arbeiter! Achtung!

Montag, den 15. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung.

in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Materialfrage. — 2. Vortrag des Genossen Rahenstein: „Die Hand-Industrie und der Heimarbeit-Kongress am 7., 8. und 9. März.“
3. Diskussion. — 4. Abrechnung über den Streik bei Schmeling & Baria.
5. Werkstatt-Angelegenheiten. — 6. Verschiedenes.

Kollegen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. — Auch mache hierdurch auf unsere am Sonnabend, den 27. Februar im Schweizer Garten stattfindenden Masken-Ball aufmerksam.

Der Obmann.

SCHÖNEBERG

Socialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 16. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr

Versammlung.

im Ostlichen Lokale, Meiningenstr. 8.

Tages-Ordnung:

1. Alkohol und Arbeiterklasse. Referent: Simon Rahenstein. — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung des Kreises. — 4. Verbandsangelegenheiten.

Gäste — auch Frauen — haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen Besuch erwartet (15/4) Der Vorstand.

Gewerbegerichts-Wahlen!

Montag den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale von Thiel, Bergstr. 151/152:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Die Gewerbegerichtswahlen und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft. Referent: Genosse Kotake. — Diskussion. — Verschiedenes.

Das Gewerkschaftskartell. A. V. Der Ausschuss. 175/5

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.)

Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr:

Versammlung

im Saale des Herrn Otto (Drahtenburg), vor dem Schleifstein Thor. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Alberty über: Die Kulturmach in Preußen und der Socialismus in Rußland. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 14. Februar, abends 6 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Bartels über: Die Entwicklung des Socialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 2. Diskussion. Nachdem: Gemütliches Beisammeln.

Zu recht zahlreichen Besuch ladet ein

Der Vertrauensmann.

Achtung!

Achtung!

Montag, den 15. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr, im „Wedding-Par“, Müllerstraße 178:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: „Unsere Waffen im Befreiungskampfe des Proletariats“. Referent: Genossin Steinbach-Hamburg. Diskussion.

Am Dienstag, den 16. Februar, spricht Genossin Steinbach-Hamburg im „Hofjäger-Palast“, Hasenheide 52/53.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

Die 10. Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend befindet sich nicht in der Kreuzbergstraße, sondern Hagelbergstraße 20.

Tapezierer.

Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 Uhr, bei Wieprecht, Schützenstr. 18/19:

Versammlung der Polsterer

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind organisierte wie unorganisierte Polsterer und Kundenarbeiter eingeladen.

Die Agitationskommission. 177/3

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 21. Februar, vormittags präcise 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassenericht. 2. Vorstandswahl. 3. Anträge.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Bundeskarte legitimiert.

Der Vorstand.

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Sonnabend, den 20. Februar 1904, in den gesamten Räumen der Aktien-Brauerei Friedrichshain, am Königsthor:

Grosser Wiener Maskenball.

Eintrittskarten à 50 Pf. sind im Bureau, Engel-Ufer 15, sowie bei allen Bezirkskassieren und in den

Verkehrslokalen zu haben.

Sir bitten um recht zahlreichen Besuch.

Anfang 8 Uhr.

Das Komitee.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 8353.

Sonntag, den 14. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr:

Bezirksversammlung für Rummelsburg

im Lokale von Tempel, Boxhagen, Bahnhofsstraße.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Baage über: Die Entstehung und Abstammung des Menschen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:

Versammlung

der former und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Korporative Arbeitsverträge. Referent: Kollege Wiefenthal. 2. Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Berliner Eisen-glebereien. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung. 111/15

Achtung! Rohrer. Achtung!

Montag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

Oeffentl. Versammlung der Rohrer Berlins u. Umg.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil.

Der Vertrauensmann: Gustav Stoltecke.

Bauarbeiter aller Berufe werden ersucht, die Rohrer auf diese

Versammlung aufmerksam zu machen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Freie Vereinigung der Rohrer, die am Sonntag eine Generalversammlung im „Englischen Garten“ abhält, aus Arbeitwilligen besteht und mit unserem Verein nicht identisch ist.

Der Vertrauensmann.

Gustav Stoltecke, Pfingststr. 17.

Graumanns Festsäle und Garten.

Raunynstraße Nr. 27.

Sonntag, den 6. März cr., frei geworden.

Sonntage und Sonnabende im April und Mai noch zu vergeben.

Gustav Graumann. 88232*

Aus der Frauenbewegung.

Dürfen Frauen-Wahlvereine in Preußen existieren?

Der sozialdemokratische Frauen-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Teltow-Neestow-Storkow-Charlottenburg wollte am 28. April 1903 in Tempelhof zum Zwecke der Agitation für die Reichstagswahlen eine Versammlung abhalten. Der Amtsvorsteher verbot die Versammlung unter Berufung auf § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, weil Frauen einem politischen Verein weder angehören, noch ihren Versammlungen oder Sitzungen beizuwohnen dürften. Die Einberuferin Frau Thiel erhob Beschwerde beim Landrat und berief sich auf § 21 des Vereinsgesetzes. Dieser bestimmt in seinem Absatz 2 rund und nett: „Wahlvereine unterliegen den Beschränkungen des § 8 nicht.“ Hiernach müßten auch Frauen-Wahlvereine gründen können. Ungewissheit handelte es sich hier um Wahlvereine gründen und an ihren Versammlungen teilnehmen können. Ungewissheit handelte es sich hier um einen Wahlverein im engeren Sinne, denn er sei erst nach der Bekanntgabe des Termins für die Reichstagswahlen nur für die Zeit bis zu diesen Wahlen und lediglich, wie auch das Statut ergebe, zu dem Zwecke gegründet worden, für die Wahl Agitation zu treiben.

Der Landrat wies die Beschwerde ab und der Regierungspräsident zu Potsdam verwarf die weitere Beschwerde ebenfalls. Beide Instanzen gingen von folgenden Erwägungen aus: Auf § 21 des Vereinsgesetzes könne sich Frau Thiel nicht berufen, denn nach dem § 17 des Reichs-Wahlgesetzes von 1869 könnten Wahlvereine nur die Wahlberechtigten in Deutschland während der Wahlzeit überall ungehindert bilden. Zu den Wahlberechtigten gehörten nun aber die Frauen nicht, also könnten Frauen-Wahlvereine für die Reichstagswahlen durch § 21 des Vereinsgesetzes von den Beschränkungen des § 8 auch nicht entbunden werden. Sie seien nicht statthaft. Das Verbot der Versammlung auf Grund des § 8 sei deshalb berechtigt.

Frau Thiel klagte nunmehr beim Ober-Verwaltungsgericht auf Aufhebung der Bescheidene und der Verbotsverfügung des Amtsvorstehers. Außer den Gründen ihrer Beschwerde machte sie nach folgendes geltend: Auch die Entstehungsgeschichte des § 21 des Vereinsgesetzes spreche, abgesehen von dem klaren Wortlaut, dafür, daß auch die Beschränkungen, die § 8 für die Frauen schafft, für Wahlvereine der gedachten Art während der Wahlzeit nicht gelten sollten; denn gerade ein Antrag, das Wort Männer einzufügen, sei bei Feststellung des § 8 abgelehnt worden, nachdem ein Redner gerügt hatte, daß nach jenem Antrag der Absatz des § 8, der die Frauen betrifft, für die Wahlzeit in Kraft bliebe. Es sei dann die allgemeine Fassung „Wahlvereine“ gewählt worden. Zu Unrecht berufe sich der Bescheidene auf den § 17 des Reichs-Wahlgesetzes. Durch diesen Paragraphen habe nur den Wahlberechtigten in den deutschen Bundesstaaten, wo ein Vereinsrecht überhaupt nicht existiere oder ganz der Willkür der Polizei unterliege, die Möglichkeit der organisierten Wahlagitation gegeben werden sollen.

Der erste Senat des preussischen Ober-Verwaltungsgerichts wies indes am 12. Februar die Klage ab und erklärte das Verbot der Versammlung des Frauen-Wahlvereins auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes für berechtigt. Eine nähere Begründung gab der Vorsitzende nicht, gleichwohl steht wegen des ganzen Sachverhalts fest, daß der Senat ebenfalls den Frauen das Recht abspricht, während der Wahlzeit Wahlvereine zu gründen und Versammlungen derselben abzuhalten.

Die deutsche Kaiserin Ehrenpräsidentin des Internationalen Frauenkongresses in Berlin! Das ist die sensationelle Nachricht, die die amerikanische Frauenzeitung „Woman's Journal“ in ihrer Nummer vom 30. Januar ihren Lesern mitteilt. Sie fügt hinzu, daß sowohl die Kaiserin als die Prinzessin Heinrich und andere Mitglieder der kaiserlichen Familie ihre Anwesenheit bei den Beratungen des Kongresses in Aussicht gestellt haben.

Die Mitteilung ist schon aus dem Grund sehr wenig glaubhaft, weil die Kaiserin allen wichtigen Fragen der Frauenbewegung vollkommen ablehnend gegenübersteht.

Davon abgesehen, wäre es mindestens recht pikant, wenn die Veranstalterinnen des Kongresses der Kaiserin wirklich die Ehrenpräsidentin eines Kongresses angetragen hätten, zu dem sie gleichzeitig die sozialdemokratischen Frauen einladen.

Ober-Schöneweide. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält Montagabend 8 1/2 Uhr seine Vereinsversammlung bei Schulte, Wilhelmshofstraße 43, ab. Herr Kaulle wird das Thema behandeln: Die Frau als wichtige Kulturträgerin. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zahlreich für den Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Gäste haben Zutritt. Neuwahl des Vorstandes, einer zweiten Vorsitzenden und einer Kassiererin findet statt.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebung muß umständehalber seine Versammlung erst Dienstag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von E. Krüger, Brunenwaldstr. 110, abhalten, in welcher Herr H. Waage einen Vortrag über die Volksschule halten wird. Herren sowie Damen als Gäste haben Zutritt. Sämtliche Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebung werden der wichtigen Tagesordnung halber ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Versammlungen.

Der Propaganda für die einheitliche Einführung des Achnuhr-Ladenschlusses

diente eine anscheinend zum größten Teil aus selbständigen Geschäftsleuten bestehende Versammlung, die am 12. Februar im großen Saal des Handwerkervereins stattfand. Sie war einberufen vom „Ausschuß hiesiger Verbände zur Herbeiführung eines einheitlichen Achnuhr-Ladenschlusses“. Der Vorsitzende, Herr Hülsenberg, wiederlegte zunächst verschiedene Behauptungen der Gegner des Achnuhr-Ladenschlusses und legte dann die Vorteile desselben dar. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Leider mußte er sie einmal unterbrechen, da sich einzelne der anwesenden Gegner des Achnuhr-Ladenschlusses ziemlich ungezogen benahmen. Ein Herr Röwe, der durch eingeschriebenen Brief wegen Störung einer früheren Versammlung „ausgeladen“, aber trotzdem erschienen war, wurde erst geduldet, dann aber Zwischentüre wegen aus dem Saal entfernt. Kurze Zeit darauf hatte dann Herr Volbel, der Vorsitzende des Abwehrvereins, den Redner laut unterbrochen und die Geschäftsleute zum Verlassen des Saals aufgefordert. Ihm folgten 14 Personen. Später, während des nun folgenden Vortrages des Referenten Rumm über die Bedeutung des Achnuhr-Ladenschlusses, kamen die Ausgezogenen unter Führung Volbels wieder und brachten einen — Polizeilieutenant mit, so daß die vorher nicht übermüdete Versammlung nunmehr übermüdet wurde. Infolge des „Einzugs“ mußte auch Herr Rumm seinen Vortrag in zwei Teilen halten. Herr Rumm sprach wesentlich im Sinne der Hülsenberg'schen Ausführungen über den früheren Ladenschluss, den er ebenfalls lebhaft befürwortete. Bedenken hatte er nur bezüglich der Lebensmittelbranche, sofern nicht eine von ihm gewünschte

Wirtschafteingehung eingreife. — Die folgende Debatte führte zwar noch einmal zu lebhaften Szenen, konnte aber ihren ordnungsmäßigen Verlauf nehmen. Auch verschiedene Gegner des Achnuhr-Ladenschlusses nahmen das Wort, als erster Herr Gold e l. Soweit ihre Ausführungen die zur Tagesordnung stehende Sache selber betrafen, erhoben sie Einwände, welche bereits die Referenten zurückgewiesen hatten. Zum wiederholte beschränkte sich die Debatte auf die Schädigung der kleinen Geschäfte gegenüber den Warenhäusern. Ihre Rettungsaussicht schien die Stunde zwischen 8 und 9 Uhr zu sein, weil die meisten großen Kaufhäuser bereits um 8 Uhr schloßen. Und dann bezüglich einzelner Branchen die Furcht vor der Konkurrenz der Gastwirte. — Verschiedene Geschäftsleute traten ihnen jedoch entgegen, unter anderem auch Herr Danner, der Vorsitzende des Vereins der Gewerbetreibenden Deutschlands, der besonders die Gründung und Agitation des „Abwehrvereins“ beurteilte. Ohne diese hätten wir schon den Achnuhr-Ladenschluss. Auch einige Konsumenten und Handels-Hilfsarbeiter sprachen für den Achnuhr-Ladenschluss. Ein Handels-Hilfsarbeiter wünschte eine Agitation für den Achnuhr-Ladenschluss, damit auch die andern, nicht in Ladengeschäften thätigen Angestellten einen Vorteil hätten. Eine Resolution für den Achnuhr-Ladenschluss wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Die öffentliche Versammlung der im Barbier-, Friseur- und Bürstenmachergewerbe beschäftigten Personen, welche am Mittwochabend 10 1/2 Uhr im großen Bughenhagenschen Saale stattfand, stellte die in einer früheren Versammlung bereits angenommene Resolution bezüglich der Freigabe des zweiten Feiertages von Ostern, Pfingsten und Weihnachten nochmals zur Diskussion. Aus den Berichten der Kommission für die Durchführung der zweiten Feiertagsruhe ist zu ersehen, daß ein Erfolg bisher nicht zu erzielen war. Außerdem wurden die Arbeiten der Kommission durch den Rücktritt der Delegierten des Gesellenauschusses der Wollschlagerschen Innung beeinträchtigt. Ueber die weiteren Schritte, die nun zu unternehmen seien, fand eine sehr eingehende Diskussion statt. Unter anderem wurde angeführt, daß bereits in 40 Städten Deutschlands diese zweite Feiertagsruhe bestehe und auch in Berlin schon längst durchzuführen gewesen wäre, wenn die Gewerkschaft nicht in viele Vereine und Ausschüsse zerstückelt wäre, sondern ein einziges und damit mächtiges Ganze bildete. Daß außer der freien Vereinigung der selbständigen Barbierherren auch zahlreiche kleinere Einzelmeister für diese Feiertagsruhe zu haben seien, bestätigte einer der anwesenden Selbständigen.

Die Resolution, die die zuständigen behördlichen Stellen das dringende Ersuchen zu richten:

„Es möge auf Grund des § 105a der Reichs-Gewerbeordnung die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen an den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen nicht gestattet, und auf Grund des § 41b der Reichs-Gewerbeordnung der Geschäftsabschluss für das Barbier-, Friseur- und Bürstenmachergewerbe an den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen ermöglicht werden.“

fand einstimmige Annahme der zahlreich versammelten Interessenten. Es wurde dann eine neue Kommission gewählt, bestehend aus zwei Mitgliedern des Verbandes der Damen-Frisiergehilfen, zwei Mitgliedern des Centralverbandes und dem Einberufer, und dieselbe verpflichtet, möglichst schon den zweiten Osterfeiertag frei zu machen. Der Versammlungsleiter giebt noch bekannt, daß am 17. Februar bei Pfeffer, Rosenholzerstraße, eine Versammlung des Verbandes der Frisiergehilfen stattfindet. Schluß 12 1/2 Uhr.

Zur Ball-Saison

- Weisse Kostüm-Anzüge 4 M. 25
- Strand-Anzüge 25.- 18.- 13.- 10.- 6 M.
- Jackett-Anzüge 45.- 30.- 21.- 15.- 10 M.
- Gehrock-Anzüge 42.- 39.- 36.- 30.- 27 M.
- Frack-Anzüge 28 M.
- Schwarze Hosen 12.- 10.- 8.- 6.- 3 M.



- Weisse Westen 6.- 4.50 3.- 2.25 1 M. 75
- Raglan-Paletots 30.- 25.- 20 M.
- Gummi-Mäntel 30.- 24.- 22.50 18.- 15 M.
- Loden-Havelocks 21.- 18.- 15.- 10.- 6 M. 75
- Schicke Knaben-Anzüge . . . von 2 M. an
- Herrn-Anzüge nach Mass . . . von 24 M. an

Einsegnungs-Anzüge



Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. verschiedenst. Webarten, sowie Kammgarn, Satin, Cheviot, Ripsgarn, Drapé, Melton usw. 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 9 M. 50

Zur Einsegnung Wäsche, Hüte, Handschuhe, Taschentücher, Krawatten, Unterwäsche sehr billig. Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes.

Chausseestrasse 24a/25 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurter Str. 20.

Schöner Kalendar 1904 und die 23te Preisliste 1904 kostenlos und portofrei.

Victoria-Säle Rixdorf Hermannstr. 49.

Säle für den Sommer Sonntags noch zu vergeben. Platz für 1500 Personen. Vereinszimmer für 60 Personen. Jeden Sonntag: Grosser Ball. [4211L] MAX EISERMAN.

Die Destillierung im Haushalte.

Spiritus vini allerfeinster Weingeist, 96% doppelt rektifiziert Ctr. M. 1,50 exkl. — bei Mehrfachnahme entsprechende Ermäßigung — von höchster Reinheit u. Güte; der Beste zur Cognac-, Rum- und Likörfabrikation.

Zur Beachtung! Um nur guten, stets gleichmäßigen und nicht minderwertigen Spiritus zu erhalten, fordere man beim Einkauf Originalflaschen à 1 Liter oder 1/2 Liter.

Berühmte Original-Reichel-Essenzen sind nachweislich die Besten, Bewährtesten, im Gebrauch Billigsten und übertreffen sämtliche Nachahmungen. Erhältlich in den durch meine Plakate kenntlichen Geschäften und bei

Allein mit Licht- **Otto Reichel** **Garantie!** Meine echten Originalflaschen von Weingeist müssen am Kopfe jeder Flasche mit Verschlusskappen versehen sein, welcher die Marke „Lichtherz“ zeigt. Nur wenn der Verschluss tabellos und unversehrt ist, garantiere ich für die Reinheit und volle Stärke des Inhalts.

Über 1500 Verkaufsstellen in ganz Deutschland. Größte Spezialfabrik Deutschlands. Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Hier frei Haus durch meine Gespanne. Fernspr. IV, 646 u. 3100. Nur die Marke „Lichtherz“ bürgt für vollen Erfolg! „Die Destillierung im Haushalte“ völlig kostenfrei!

Marke Salamander

Der beste Herrenstiefel



Der beste Damenstiefel

Einheitspreis: Mark 12.50

Stammhaus: Friedrichstr. 221. **Rudolf Moos** Königstr. 47, Ecke Hoher Steinweg. Neu eröffnet!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 14. Februar.
Freie Volkshöhne. Nachmittags 2 1/2 Uhr:
3/4. Abteil: Metropol-Theater: **Medea.**
8/9. Abt.: Lessing-Theater: **Der Weinhändler.**

Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues König. Opern-Theater.
Ramon.
Montag: **Geschlossen.**
Schauspielhaus. Don Carlos, Infant von Spanien.
Montag: **Lässige Schönheit.** Die Schule der Ehefrauen. Herbstgauer.

Deutsches. Der einsame Berg. Nachm. 2 1/2 Uhr: Rosenmontag.
Montag: **Rose Bernd.**
Berliner. Stella und Antonie. Nachm. 2 1/2 Uhr: **Söh von Verdingen.**

Montag: **Waterkant.**
Lessing. Japhetreich.
Montag: **Dieselbe Vorstellung.**
Weiten. Die schöne Helena. Nachm. 3 Uhr: **Der Trompeter von Säckingen.**

Montag: **Die schöne Helena.**
Neues. Schwester Beatrice. Tochter der Schlangenleiter.
Montag: **Der Strom.**
Residenz. Der leise Casimir. Vorher: **Die Empfehlung.**

Montag: **Dieselbe Vorstellung.**
Central. Das Schwalbennest. Nachm. 3 Uhr: **Der Bettelstudent.**
Montag: **Das Schwalbennest.**
Belle-Alliance. Götterweiber. Nachm. 3 Uhr: **Die bezähmte Widerspenstige.**

Montag: **Götterweiber.**
Metropol. Durchlaucht Radieschen. Montag: **Dieselbe Vorstellung.**
Apollo. Frühlingluft. Blütenhochzeit. Specialitäten. Nachm. 3 Uhr: **Elektra.**
Montag: **Frühlingluft. Blütenhochzeit. Specialitäten.**

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
König Lear.
Nachm. 3 Uhr: **Der Compagnon.**
Montag: **Basantiana.**

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Die Kinder der Exzellenz.
Nachm. 3 Uhr: **Der Bibliothekar.**
Montag: **Uriel Acosta.**

Leisen. Minna von Barnhelm. Nachm. 3 Uhr: **Die Waife aus Lowood.**
Montag: **Der Weihenreifer.**
Thalia. Der Hochtourist. Nachm. 3 1/2 Uhr: **Charleys Tante.**
Montag: **Der Hochtourist.**

Kleines. Radiaucht.
Nachm. 3 Uhr: **Söhne Seelen.**
Don Carlos. Serenissimus u. a.
Montag: **Elektra.**
Trionon. Madame X.
Nachm. 3 Uhr: **Sidokke.**
Montag: **Madame X.**

Carl Weiss. Der Bettelstudent von Berlin.
Nachm. 3 Uhr: **Der Liebe Gebot.**
Montag: **Der Bettelstudent von Berlin.**

Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Montag: **Dieselbe Vorstellung.**
Casino. Wie einst im Mai. Badekuren.
Nachm. 4 Uhr: **Hotel Klingebusch.**
Montag: **Wie einst im Mai. Badekuren.**

Reichshallen. Stettiner Sängere.
Anfang 7 Uhr.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Anfang 7 Uhr.

Montag: **Dieselbe Vorstellung.**
Passage-Theater. To-Do. Fred Edlawi. Dieselbe Vorstellung.
Montag: **Dieselbe Vorstellung.**
Winter-Garten. Cleo de Mérode. Specialitäten.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr: **Der Erdball als Träger des Lebens.**
Montag 8 Uhr: **Dies. Vorstellung.**
Um 4 Uhr (kleine Preise): **An den Seen Oberitaliens. Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

Central-Theater.
Heute nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: **Der Bettelstudent.**
Operette in 3 Akten v. Karl Müllner. Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. R. Dardomeau. Musik von Henry Herzlag.
Morgen und folgende Tage: **Das Schwalbennest.**

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Schwester Beatrix.
Vorher: **Der Schlachtenlenker.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: **Der Strom.**

Luisen-Theater.
Nachmittags 3 Uhr:
Die Waife aus Lowood.
Abends zum erstenmal:
Minna von Barnhelm.
Montag: **Der Weihenreifer.**
Dienstag Gastspiel: **Frau v. Hohenburger.** Herr Max Grube und Herr Arthur Strafen vom kgl. Schauspielhaus: **Jeuz.**

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die anerkannt erfolgreichste Komödie **Nur eine Nacht!**
2 Akte aus einer Ehe.
Komödie von A. und D. Herrnsfeld mit den Hauptfiguren
Will Waldheim... Donat Herrnsfeld. Tuschek... Anton Herrnsfeld. Dambitsch... Ferd. Grünecker.
Ferner: **Das neue Februar-Künstler-Programm.**
Lyrics-Quartett, Italienisches Opern-Orchester, 5 Schwestern Longonells in ihren Orig.-Gefängen u. Tänzen. Marka Freya. — Hilda Stadthagen.

Bendix als „Monna Vanna“.
Vorverkauf 11-2 Uhr.
Trionon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **„Biscotto.“**

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die anerkannt erfolgreichste Komödie **Nur eine Nacht!**
2 Akte aus einer Ehe.
Komödie von A. und D. Herrnsfeld mit den Hauptfiguren
Will Waldheim... Donat Herrnsfeld. Tuschek... Anton Herrnsfeld. Dambitsch... Ferd. Grünecker.
Ferner: **Das neue Februar-Künstler-Programm.**
Lyrics-Quartett, Italienisches Opern-Orchester, 5 Schwestern Longonells in ihren Orig.-Gefängen u. Tänzen. Marka Freya. — Hilda Stadthagen.

Bendix als „Monna Vanna“.
Vorverkauf 11-2 Uhr.
Trionon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **„Biscotto.“**

Bendix als „Monna Vanna“.
Vorverkauf 11-2 Uhr.
Trionon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **„Biscotto.“**

Bendix als „Monna Vanna“.
Vorverkauf 11-2 Uhr.
Trionon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **„Biscotto.“**

Bendix als „Monna Vanna“.
Vorverkauf 11-2 Uhr.
Trionon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **„Biscotto.“**

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr: **Der Erdball als Träger des Lebens.**
Montag 8 Uhr: **Dies. Vorstellung.**
Um 4 Uhr (kleine Preise): **An den Seen Oberitaliens. Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen **Herkules-Brüder**
Der Indianer-Riese **Mianko Karoo.**

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der kensche Casimir.

Metropol-Theater
Durchlaucht Radieschen!
Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Lysistrata.
Vorher: **Specialitäten des Februar-Programms.**
Abends 7 1/2 Uhr:
Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Frühlingluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2-11 Uhr: **Specialitäten.**
Robert Steidl. X X Drei Zagas.
Quartett Legay. X X X Joscarys.
Martin Kottner. X X X Cronin.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Der Compagnon.
Lustspiel in 4 Akten v. H. Arronge.
Sonntagabend 8 Uhr:
König Lear.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Montagabend 8 Uhr:
Vasantasena.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion Jean Kron
Heute nachm. 3 1/2 Uhr b. halb. Preisen:
Charleys Tante.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titrolle.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Direktion Alfred Schönfeld.
Heute nachm. 3 Uhr: **Gastspiel des kgl. Schauspielers Hrn. Jos. Nospor: Die bezähmte Widerspenstige.**
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Götterweiber.

Cirkus Schumann.
Heute 2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr und ab. 7 1/2 Uhr.
Nachmittags hat jeder Erwachsene das Recht, ein ihm angehörendes Kind frei einzuführen, weitere Kinder zahlen halbe Preise. Nachmittags neu, zum erstenmal:
Kunst und Liebe.
Krimisches Ballett. Zum Schluss: **Cake-Walk.**
Die Riesendonnonniere und der beliebteste Donnonnogen.
In beiden Vorstellungen:
Conful, der menschliche **Chimpanse.**
Herrn Jul. Gerth's phänomenal dress. **25 Löwen.**
Abends: **BABEL.** Größte Ausstattungs-Pantom. d. Gegenwart.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37. Amt 8. Sonnt. 7 1/2.
Nur noch bis inkl. Montag:
Badekuren. — Wie einst im Mai.
Dienstag: **Premienabend.**
Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Hotel Klingebusch.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Nachmittags 3 Uhr (Parquet 60 Pf.):
Der Liebe Gebot.
Schauspiel in 5 Akten.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Bettelstudent von Berlin.
Morgen: **Der Bettelstudent von Berlin.**

Fröhels Allerlei-Theater
St. Puhlmans, Schönhauser Allee 148.
Sonntagnachmittag 5 Uhr:
Norddeutsche Sängere.
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Entrée 30 Pf. Eintritt 50 Pf.
Montag: **Goethe-Ensemble.** Theater-Vorstellung. — Freitags.

Steidl-Theater
Linien-Oranienburger Thor.
strasse 132.
Niedererfolg!
Das treue Vaterhaus.
Dramolet von Fritz Steidl.
Vollständig neues Programm.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Sonntag, den 14. Februar 1904,
nachmittags 3 Uhr:
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten, von E. Haupt.
Abends 7 Uhr:
Mutterliebe.
Original-Vollstück mit Ges. in 4 Akten von A. Wildhardt.
Montag 8 Uhr: **Große Extra-Vorstellung: Drei Paar Schuhe.**

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Sonntag, den 14. Februar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Walzerkönig.
Gr. Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Krammstädt.
Anfang 4 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

WINTERGARTEN
„Pas de Deux“ getanzt von Sign. Fiorentini u. Sgr. Cerutti.
Kaufmann-Frappé Weib. Radfahrer. Sisters Moullier Reckturnerinnen. Brothers Damm Excentric Akrobaten. Paul Batty Dressierte Bären. O' Nail und Topp Excentrics.
Dora Keplinger Sängerin vom k. k. priv. Theater a. d. Wien.
Constantino Bernardi
In einer Komödie mit 9 Personen v. Bernardi allein dargestellt.
Georg Hartmann Zauberkünstler. Athleta & Brada Kraftproduktion. Tanzbilder mit
Cleo de Mérode
Biograph.
Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 73. Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die neuen Specialitäten mit **Hedwig Döring.**
Zum Schluss die **Der Polacke.**
Nach der Vorstellung: **Mittwoch, Sonnabends u. Sonntag: Tanz.**

Reichshallen
Stettiner Sängere
Zum Schluss neu:
Die Berliner bei den Hereros.
Anfang: 8 Uhr.
Mittwoch 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Gossmanns Fest-Säle,
SW., Kreuzbergstr. 48.
Sonntags:
Grosser Ball.
Montags u. Freitags:
Harburger Sängere.
Palmonntag und erster Osterfeiertag coulant an Vereine zu vergeben. [17155]

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer
Stralanderstr. 1.
Deutscher Hof
Luckauerstr. 15. Am Moritzplatz.
Heute sowie jeden Sonntag
Unterhaltungs-Konzert
des **Berliner Tonkünstler-Orchesters**
Dirigent: **Paul Gossen.**
Anfang 6 1/2 Uhr.
Kassensitz 5 1/2 Uhr. Einlog. 75 Pf.

Café Meyer
Dresdener Strasse 128/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl., 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Std. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Café Meyer
Dresdener Strasse 128/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl., 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Std. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Cirkus Busch.

IX. Berliner Saison.
2 grosse Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: ein Kind frei, sofern es ein Angehöriges der Familie ist; weitere Kinder auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
In beiden Vorstellungen:
Die offene Schleife.
Wunder-Dressur des Hr. Richard Sawade mit seinen **wilden Königstigern.**
Die anerkannt besten **Clowns** der Welt. Auftreten der hervorragendsten Reitkünstler und Reitkünstlerinnen. Vorführen u. Vorreiten der besten Schuls- und Freizeitsperde. Nachm. 4 Uhr: Die berühmten **Zebra-Dressuren** des Herrn Schumann.
Berliner Winterfeuden.
Abends 7 1/2 Uhr zum 54. Male: **Aus den Alpen.**
Der Automobiltanz.

Neu-Tivoli.
Treprow.
Neue Krug-Allee 59.
Heute **Einweihung** meines in Treprow, Neue Krug-Allee 59, gelegenen Restaurants „Neu-Tivoli“, wozu alle Genossen, Freunde und Bekannte ergebenst einladet.
1796b **Fritz Preuss.**

Zum Pechvogel
Weiss- und Bayrisch-Bier-Lokal
61 Warschauerstrasse 61.
Sonntag, den 14. Februar 1904
Gr. Vorkbierfest.
Freunde und Bekannte laden ergebenst ein **Paul Litka.**

Mittwoch, 17. Februar cr., abends 8 Uhr
im großen Saal der
„Neuen Welt“, Hasenheide
Konzert der
„Berliner Liedertafel“
Chormeister: **A. Zander** und **M. Werner**
zum Besten der
Notleidenden in Halesjund
unter gütlicher Mitwirkung der Konzertfängerin **Pauline Käthe Ravoth.**
Eintrittskarten **1 M.** (Saal) u. **1.50 M.** (Balkon) bei Bote u. Post u. Abendkasse.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.
Sonntag, den 20. Februar d. J., in den Gesamträumen des „Böhmischen Brauhauses“, Landsberger Allee 11/13:
Grosser Wiener Maskenball.
Aufführung einer humoristischen Radfahrer-Pantomime, Reigenfahrten, humoristische Vorträge, humoristisches Radrennen auf unierichten Rädern etc.
Anfang 9 Uhr.
Es ladet freundlichst ein **Das vergnügte Komitee.**

2 Frei-Konzerte
täglich.
Nachm. 3-5, abends 7-11, 150 Plätze allen Ländern, Speisen u. Getränke von 10 Pf. an im **Vegetar. Restaurant,** Konditorei u. Café Gontardstr. 5 (Eckhaus Königkolonnen) direkt neben Bahnhof Alexanderplatz. Besuch sehr lohnend! Niemand sollte verpassen, Berlin's billigste u. angenehmste Konzertlokal aufsuchen! Gute Biere! Stein Trankgeld!

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
Säle, 150 bis 500 Per. 4 Vereinszimmer
zu Versammlungen und Festlichkeiten. Der kleine Saal ist Sonntag bei freiem Orchester an Vereine zu vergeben. 38582*
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Starke Orchester. Anfang 5 Uhr. Fritz Schulz.
Hasselwerder a. d. Oberspree.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball** bei vollem Orchester. — Vereinen steht mein Lokal jederzeit zur gefälligen Verfügung. 42032*
Um freundlichen Zutritt bittet **Gustav Hempel.**

L. Kahnt, Dampfschiffs-Rederei und Schiffswerft.
Stralau, Annulstr. 34. — Telephon Amt VII. 580,
empfiehlt Gesellschaften, Schulen und Vereinen seine **Salon-Dampfer jeder Grösse**
zu Partien in der Umgegend.
Der grossen Nachfrage wegen empfiehlt es sich, Dampfer zu Sonntagspartien schon jetzt zu bestellen. 42252*

Zahnersatz-Klinik, Wasserthorstr. 56 II (Gde Brünnstrasse).
Tageszahlung, Garantie, schmerzlose Gebisse werden sofort angefertigt, ungeschliffen nach eigener Methode, feilschend, von Zahn 2.
Jede Reparatur wird am selben Tage abgeholt.

Dampfschiffs-Rederei Robert Tismer
Nieder-Schöneweide Teleph. Nr. 14
empfiehlt seine Salon-Dampfer den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Schulen etc. zu Ausflügen nach der Oberspree zu soliden Preisen. — Näheres zu erfahren im Restaurant **G. Boreins,** Bräudenstr. 7, Amt IV 4472, von morgens 10 bis abends 9 Uhr. 40472*

Zahnersatz-Klinik, Wasserthorstr. 56 II (Gde Brünnstrasse).
Tageszahlung, Garantie, schmerzlose Gebisse werden sofort angefertigt, ungeschliffen nach eigener Methode, feilschend, von Zahn 2.
Jede Reparatur wird am selben Tage abgeholt.

Dampfschiffs-Rederei Robert Tismer
Nieder-Schöneweide Teleph. Nr. 14
empfiehlt seine Salon-Dampfer den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Schulen etc. zu Ausflügen nach der Oberspree zu soliden Preisen. — Näheres zu erfahren im Restaurant **G. Boreins,** Bräudenstr. 7, Amt IV 4472, von morgens 10 bis abends 9 Uhr. 40472*

Zahnersatz-Klinik, Wasserthorstr. 56 II (Gde Brünnstrasse).
Tageszahlung, Garantie, schmerzlose Gebisse werden sofort angefertigt, ungeschliffen nach eigener Methode, feilschend, von Zahn 2.
Jede Reparatur wird am selben Tage abgeholt.

Dampfschiffs-Rederei Robert Tismer
Nieder-Schöneweide Teleph. Nr. 14
empfiehlt seine Salon-Dampfer den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Schulen etc. zu Ausflügen nach der Oberspree zu soliden Preisen. — Näheres zu erfahren im Restaurant **G. Boreins,** Bräudenstr. 7, Amt IV 4472, von morgens 10 bis abends 9 Uhr. 40472*

Zahnersatz-Klinik, Wasserthorstr. 56 II (Gde Brünnstrasse).
Tageszahlung, Garantie, schmerzlose Gebisse werden sofort angefertigt, ungeschliffen nach eigener Methode, feilschend, von Zahn 2.
Jede Reparatur wird am selben Tage abgeholt.

Dampfschiffs-Rederei Robert Tismer
Nieder-Schöneweide Teleph. Nr. 14
empfiehlt seine Salon-Dampfer den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Schulen etc. zu Ausflügen nach der Oberspree zu soliden Preisen. — Näheres zu erfahren im Restaurant **G. Boreins,** Bräudenstr. 7, Amt IV 4472, von morgens 10 bis abends 9 Uhr. 40472*

S. Weissenberg, Grosse Frankfurter Strasse 126 Ecke Koppen-Strasse.

Special-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe. Schwarze und weisse Kleiderstoffe

Reinwollener Krepp, doppeltbreit Meter Mk. 1.—, 1.25
 Reinwollener Satin, doppeltbreit Meter Mk. 1.15, 1.00, 2.10
 Reinwollene Armure und Diagonale Meter Mk. 1.35, 2.15

Glatte Mohair-Stoffe, doppeltbreit Meter Mk. 1.25, 2.10
 Gemusterte Stoffe, doppeltbreit Meter Mk. 1.—, 1.35, 1.90
 Glatt Alpaca, doppeltbreit Meter Mk. 1.10, 1.60, 2.25

Ein Posten Reinwoll. Cheviots ca. 110 cm breit 1.15, 1.35, 1.70
 Ein Posten Gemustert Alpaca doppeltbreit, Mtr. Mk. 1.25, 1.45
 Ein Posten Reinseid. Merveilleux schwarz Meter Mk. 1.— bis 2.25
 Ein Posten Reinseidener Damassé Meter Mk. 1.45 bis 2.35

Aussergewöhnlich preiswert

Täglich Eingang von Frühjahrs-Neuheiten.

Jacob Katz, Berlin

Alexanderstr. 1, gegenüber dem Bahnhof,
 Dirksenstr. 21, gegenüber dem Prälaten.

!! Nie wiederkehrende Gelegenheit !!
 Nur solange der Vorrat reicht!

Phonographen

mit neuer Konzert-Membrane,
 statt 7.75 nur **M. 4.95.**

Bespielte Walzen 45 Pf.
 Berolina Künstler-Walzen 75 Pf.

Phonographen zur Aufnahme und Wiedergabe von M. 6.85 an.

Phonographen werden bereitwilligst zu jeder Zeit umgetauscht!
 Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.



Möbel-Fabrik Fechner & Preidel

Berlin C., Neue Schönhauser Strasse 2,
 am Hackeschen Markt, im Fabrikgebäude.

Komplette Einrichtungen.

Einfache und elegante Möbel.

Verlangen Sie Preisliste gratis und franco.

5 Jahre Garantie.

Dieser Schrank, echt nussbaum M. 48.—
 Ebenso das dazu passende Vorküch. Abends bis 9 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Diese Bettstelle, nussbaum, mit Matratzen und Keilkissen M. 49.—




Sie unterstützen die einheimischen Arbeiter

und die einheimische Landwirtschaft, wenn Sie Seelig's Stern-Kaffee-Julay kaufen, denn dieser altbekannte, vorzügliche Gihorten-Kaffee wird nur aus erstklassigen württembergischen Gihorten-Kaffeebohnen hergestellt, während zu anderen Konturren-Julaybohnen oftmals minderwertige, ausländische (belgische) Gihorten-Kaffeebohnen Verwendung finden. Lassen Sie daher

Ihr schönes Geld nicht ins Ausland wandern, sondern verlangen Sie ausdrücklich: „Seelig's Stern-Kaffee-Julay“. Jedem Paket liegt eine Sparrkarte bei; sammeln Sie dieselben, so erhalten Sie ein entsprechendes Quantum Seelig's Stern-Kaffee-Julay kostenfrei als Prämie und erzielen dadurch im Laufe des Jahres eine

Erhebliche Ersparnis in Ihrer Wirtschafts-Kasse.

Adolf Setzel

Kommandantenstrasse Nr. 14, Laden,
 sind wieder die schönsten und billigsten Masken - Kostüme zu haben.
 Vorzeiger dieser Annonce 15 Proz. extra.



Neu eröffnet!

„Phönix“ Photogr. Atelier

Alexanderstr. 44, II. Etage Alexanderplatz (Ecke Landsbergerstrasse)

12 Visites . . . Mark 1.70 = 12 Kabinett . . . Mark 4.50

Moderne künstlerische Ausführung. — Haltbarkeit garantiert. — Chike Damenposen. Abteilung für Kinderaufnahmen. — Vergrößerungen staunend billig. — Schnelle Lieferung.

Ohne Konkurrenz! „Farbige Phönix-Mattbilder“. Lieferzeit 2 Tage.
 Ohne Konkurrenz! „Phönix-Duplex-Licht“ (3500 Normalkerzen) für Abendaufnahmen. Einzige dem Tageslicht gleichwertige Beleuchtung. Vereinen u. Korporationen Ermäss. Sportaufnahmen. Geöffn. 9-7, Sonnt. 9-6.



Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Reichenbergerstrasse 5. **A. Schulz,** Reichenbergerstrasse 5.

Empfehle Einrichtungen von 240 bis 5000 M. in nur anerkannt geübener Ausführung, auch einzelne Stücke, zu äusserst billigen Preisen.

Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. [42562*] Coulaute Zahlungsbedingungen.

Raucher Haas-Tabak



Specialität:
Anerkannt beste Qualitäten
 in 10, 20 u. 30 Pfg.-Paketten
 für kurze und lange Pfeifen
 zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.

Engros-Niederlagen für Wiederverkäufer:
 L. Friedr. Eckardt, Berlin W., Unter den Linden 31.
 H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer 3.
 F. August Schmidt, Berlin SO., Köpenickerstr. 116.
 H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5.
 A. Capelle, Charlottenburg, Kantstr. 115.

Arkonabad Lohtannin-Bäder.

34, Anklamerstr. 34 (schrägüber der Stenofischstr.).

Bannen- u. medizinische Bäder sowie russisch-römische u. vorzügliche Kautendampfbäder (Stohlenläure) mit Einpackung, Massage etc.

Lieferant für sämtliche Krankenkassen.



Jamaica-Rum

echt und echt Verschnitt Ltrfl. 4.50, 3.10, 2.50, 2.10, 1.60.

Rum No. 3 Fac. Ltr. M. 1.—, 10 Ltr. M. 9.—

Glühwein-Extrakt hochfein: Ltr. M. 1.20
 10 Liter M. 10.—

Med. **Ungarwein** süss, Ltr. M. 2.—

Stonsdorfer vorzüglich, Ltr. M. 1.—

Deutscher Cognac
 angenehm, mild im Geschmack 4017L*
 * * * * a Literfl. M. 2.10, 2.50, 3.—

Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676, Genthinerstrasse 29.
 Neue Friedrichstr. 21a, a. d. Königstrasse, Wilsnackerstr. 25.
 Schöneberg, Hauptstrasse 129.

Kanarienvogel!
 Edelroter Stamm, vielfach mit den höchsten Ehrenpreisen prämiert, sich u. gold. Medaillen, a. 8, 12, 15, 18 W. u. hdd. Ia Suchtweibchen 2 M. Garantie für Güte u. geländen Empfang. Preisliste frei. W. Walter, St. Andreasberg i. Harz Nr. 76. 72/5*

Für Naturfreunde.
 In waldiger, herrlicher Gegend, Vorortverkehr, vorzügliche Verb., habe ich einige Parzellen mit Angelerreichtsame sehr billig mit kl. Anz. zu verk. Ernste Reflektanten wollen sich melden sub G. A. 342 an Rudolf Mosse, Berlin W., Leipzigerstr. 103.

Wer seine Kinder lieb hat,
 versichert sie in der

Spar- und Sterbe-Kasse.

Wochenbeitrag von 10 Pf. an. Keine ärztliche Untersuchung. Zurückzahlung des versetzten Kapitals nach einigen Jahren. Karte schreiben, wann Besuch erwünscht. 4253L

Bureau Volkswohl, Potsdamerstr. 27 b.

Goldblondchen ist die Perle aller alkoholfreien Getränke. Man achte auf das Etikett in vier Farben. Nur echt mit dieser Etikette.

Alkoholfreies Erfrischungs-Getränk Goldblondchen

Pat. gesch. Warenzeichen No. 50784. Ausgezeichnet mit Ehrenpreis und drei goldenen Medaillen.

Zu haben in Gastwirtschaften u. mit Plakaten belegten Handlungen. General-Vertrieb: Ernst Krüger, Höchstestr. 28.



Ernst Hess

Harmonika-Fabrik (ogr. 1872)

Klingenthal (Sachsen).

liefert seine dauerhaft gebauten und auf den Weltausstellungen zu Sydney und Melbourne wegen ihres prächtigen Orgeltones mit dem 1. Preis gekrönten 1743b*

Konzert-Zug-Harmonikas



Metzners Korbwaren-Magazin

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Puppenwagen, Triumphstühle, Kindermöbel etc.

Grösstes Spezialgeschäft Berlin O., Andreasstr. 23.

II. Geschäft: Brunnenstr. 95.
 III. Besselerstr. 57.
 IV. Leipzigerstr. 24-25

Verkauf Hof, Fabrikgebäude.
 — 1000 Mark Belohnung —
 an denjenigen, der mir in Berlin ein grösseres Spezialgeschäft in der Branche, als d. mein, nachweist. Billigste Preise. Katalog gratis




mit offener Nickel-Klavatur, Steil. (11 Falt.) Doppelbalg mit vernickelten Stahlblechschutzdecken. ff. poliertem Gehäuse und kräftigen Doppelbässen. M. 10 Tast., Schör., 3 Reg., 50 St. 5.—
 10 " 3 " 3 " 70 " 7.—
 10 " 4 " 4 " 90 " 9.—
 19 " 2mal Schörig 108 " 10.50

Schule zur Selbsterlernung sowie Kiste und Verpackung umsonst. Porto extra. Glockenspiel M. —,60 mehr. Reich illustrierte Preis-Kataloge über Zugharmonikas (120 verschiedene Nummern von M. 2.— bis M. 80.—), Zithern, Violinen, Musikwerke usw. verschicke umsonst und portofrei.

Krieg

en Sie Ihr Schutzeug nicht blank, so nehmen Sie nur Wundheilerglanz

Karnobin

gef. gesch. Das beste was es gibt.

Geruchlos! Säurefrei!

Stets weiches Leder, kein Brechen. Hebrall erhältlich. Alleinige Fabrikant Koch & Becker, Com.-Ges. SW., Besselerstr. 17.

Verlag v. Max Richter, Berlin in SO. 36. Soeben erschienen. II. Aufl. Preis 1 Mk. (auch d. alle "nehlige zu beziehen.)

Die Harnleiden,

ihre Verhütung, Behandlung und Beseitigung von

Dr. med. Schaper,
 Berlin, Königsplatzstr. 27.
 Homöop. Art, spec. für Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Feigenpillen.

Bemährte Köhler- u. Blautreinigungspillen a. Schachtel 11. Nach. Apotheke a. gold. Adler, S. Alexandrinenstr. 41. (Extr. Cario, Ext. Case, Sarg. 9: 0,1.)

Extra-
Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Montag
Dienstag
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

Porzellan

weiss	dekoriert
Speiseteller ^{12 Stk.} 15 Pf., ^{nach} 13 Pf.	Dessertteller 17 u. 20 Pf.
Dessertteller 8 Pf.	Kuchenteller 40 Pf.
Kompottteller 6 Pf.	Milchtöpfe 14 u. 18 Pf.
Terrinen 95 Pf. u. 1.25 Mk.	Tassen 15, 25, 33 Pf.
Kartoffelschüsseln 65 u. 75 Pf.	Ascheschalen 38 Pf.
Bratenschüsseln ^{5 Gr.} 25 bis 95 Pf.	Satztöpfe 4 Sorten 45 Pf.
Saucières 42 Pf.	Satztöpfe 6 Stk. 1.35 u. 1.75
Salatières 20, 28, 38 Pf.	Gewürztönnchen
Kaffeekannen 20 u. 45 Pf.	Satz 6 Stück 1.35, Satz 9 Stück 2 Mk.
Teekannen 10 Pf.	Sparschweinchen 9 u. 20 Pf.
Milchtöpfe 7 Pf.	Kaffeeservice
Tassen 10 Pf.	für 6 Personen
Zuckerboxen 8 Pf.	9teilig 1.90 Mk. 8teilig 2.15 Mk.
Rasiernäpfe 5 Pf.	

Tafelservice dekoriert, 30 Teile für 6 Personen 14.50 Mk.

französisch, mit echter Goldverzierung 80 Teile für 12 Personen 62 Mk.

Französ. Kaffee- u. Teetassen 75 Pf.

Französ. Mokkatassen 60 Pf.

Ein grosser Posten fein dekoriertes einzelner

Kaffee- u. Teekannen, Kaffee- u. Teetassen, Milchtöpfe, Konfektschalen, Kuchenteller etc.

Glas

Butterdosen gepresst 38 Pf.	Trinkgarnitur „Elsa“
Zuckerschalen „ 18 u. 24 Pf.	Rotweingläser 18 Pf.
Likörgläser 6 Pf.	Rheinweingläser 18 Pf.
Menagen ^{6 Satz u. 9 Pf.} 20, ^{teilig} 35 Pf.	Portweingläser 16 Pf.
Blumenschalen 18 Pf.	Likörgläser 13 Pf.
Fruchtschalen ^{auf Fuss} 26 Pf.	Bowlengläser 23 Pf.
Bierkannen gepresst 33 u. 45 Pf.	Rotweingläser gross 21 Pf.
Wasserflaschen ^{mit Glas für Kinder} 33 Pf.	Sektkelche 24 Pf.
Wasserflaschen geschliffen 45 Pf.	Sektschale 26 Pf.
Bierbecher graviert 20 Pf.	Geschliff. Seidel 20 Pf.
Salatières ^{Musterschl. 6 Gr.} 50 Pf. bis 1.60	Engl. Tafelaufsätze ^{farbig Kristall} 1.55, 1.80, 3.40 Mk.

Steingut

Wasserkrüge 25 u. 45 Pf.	Ovale Becken ^{farbig, weiss} 35 Pf.
Essenträger 8 u. 4teilig, weiss 85 Pf.	Dekorationskrüge ^{Majolika} 75 Pf.
Nudelroller blau 25 Pf.	Dekorationsvasen „ 75 Pf.
Satztöpfe blau 1.25 Mk.	Engl. Tafelservice ^{6 Pers. dekoriert} 14 Mk.
Waschgarnituren ^{bunt} 1.45, 2.75, 3.90, 6 Mk.	

Ein Posten

Gemüse-Konserven

Schoten	Bruchspargel	Kohlrabi
^{1/2 Dose} 36 Pf.	^{mit Köpfen} 83 Pf.	^{in Scheiben} 25 Pf.

Wolga-Hühner Stück 1.25 u. 1.50 Mk.

Emaill

Wassereimer ^{25cm hoch} 72, ^{hellblau} 80 Pf.	Kasserollen ^{ohne Ring 10 Gr.} 22 u. 60 Pf.
marmor 85 Pf., ^{dekoriert m. Deckel} 1.90, 2.35	Kasserollen ^{mit Ring 6 Gr.} 40 u. 90 Pf.
Toiletteneimer ^{mit Deckel} 1.60	Maschinentöpfe 6 Gr. 10 u. 25 Pf.
Wannen ovale 6 Gr. 1.15 u. 2.65	Fischkessel 5 Gr. 1.90 u. 4.40
Schmortöpfe ^{m. Ring 5 Gr.} 70 Pf. u. 1.25	Kaffeekannen 9 Gr. 48 u. 1 Mk.
Ringtöpfe 5 Gr. 65 Pf. u. 1.35	Tassenwannen 90 u. 1.50
Fleischtöpfe ^{gerade 8 Gr.} 35 Pf. u. 75 Pf.	Teigschüsseln 5 Gr. 1.10 u. 2.30
Gasschmortöpfe ^{mit Deckel, niedrig} 6 Gr. 65 u. 1.75, ^{mittel} 60 u. 1.90	Speiseschalen ^{m. Deckel 5 Gr.} 38 u. 80 Pf.
Wasserkessel ^{für Gas 5 Gr.} 75 u. 1.35	Wasserkrüge 6 Gr. 50 Pf. bis 1.45
Wasserkessel ^{m. Abatz 4 Gr.} 85 u. 1.30	Waschschüsseln ^{Beif. napf} 45 u. 50 Pf.
Kuchenpfannen ^{runde 7 Gr.} 22 u. 55 Pf.	Kehrschaufeln 28 Pf.
	Marktkörbe ^{m. Einsatz} 2.25 u. 2.40

Nickelwaren

Kaffee- u. Teeservice ^{steil} 10.50	Senfmenage ^{steilig} 80 Pf.
Kaffeeservice ^{steilig} 4.50, 6 Mk.	Geleedose 65 Pf.
Teeservice ^{steilig} 5.25, 8.50 Mk.	Zuckerkörbchen 85 Pf.
Weinkühler 2.60 Mk.	Saftkannen 85 Pf.
Kabarets ^{mit 4 Schalen} 2.20 Mk.	Tablets ^{oval mit Griffen} 80 Pf.

Borstenwaren

Teppichkehrmaschinen 9.50	Polierbürsten 65 Pf.
Haarbesen ^{graue 1 Sorten} 70 Pf. u. 1.40	Lederklopfer 45 Pf.
Rosshaarbesen ^{Sorten} 1.30 u. 1.75	Stahlsphäre ^{Pack} 17 Pf.
Handfeger ^{Ross-haar} 75 Pf. u. 1.10	Fensterleder ^{3 Sorten} 50 Pf. u. 1 Mk.
Bürstenbleche ^{compl.} 90 Pf., 1.75	Schrubber ^{3 Sorten} 22 bis 35 Pf.

Holzwaren

Plättbretter ^{bezogen} 2.40 Mk.	Wäscheleinen 1.60, 2.50, 3.25
Waschbretter 45, 50, 55 Pf.	Wäscheklammern ^{Schock} 18 Pf.
Putz- u. Wichskasten 45, 80 Pf.	Tablets mit Einlage 2.60 Mk.
Eieruhren ^{3 Sorten} 18, 25 Pf.	Küchenrahmen ^{m. Rückwand} 3 Mk., 4 Mk.
Wäschetrockner 1.20 Mk.	Handtuchhalter 2.25 Mk.

Blechwaren

Waschfässer 7.75, 9 Mk., 10.50	Handlaternen ^{2 Gr.} 40 u. 50 Pf.
„ ^{mit Wulst 3 Gr.} 9.75, 11.75, 13 Mk.	Kaffeebüchsen 25 Pf.
Waschzuber ^{2 Gr.} 9 Mk. u. 11 Mk.	Eismaschinen 2.50 u. 6 Mk.
Wärmflaschen 1.50 Mk.	Frühstücksdosen 15 Pf.
Leuchter ^{lackiert} 20 Pf.	Gläsersteller ^{Dtz.} 55 Pf.

Eisenwaren

2 Gasplättchen ^{mit Erhitzer} 4.50 Mk.	Wringmaschinen 10 Mk., 10.50
Ofenvorsetzer 2.75 Mk.	Gemüseschneider 2.50 Mk.
Schirmständer 1.90 Mk.	Schlüsselleisten 35 Pf.
Reibemaschinen 1.15, 1.30	Tischbesteck ^{schwarz 40 ver-nick.} 42 Pf.
Messerputzmaschinen 6.25	Esslöffel ^{Britann. Dtz. 1.30, weiss Me-1, tall Stück} 30 Pf.
Fleischmühlen 3.25, 5 Mk.	Teelöffel „ 65 Pf., „ 15 Pf.

Apfelsinen

Dtz. 25, 30, 40, ^{Blut} 45, ^{Messina} 58 Pf., ^{Messina-Blut} 1 Mk.

Citronen Dtz. 25, 30, 35 Pf.

Datteln ^{Kar-ton} 46, Feigen ^{Kiste ca. 1 Pfd.} 35 Pf.

Verkäufe.

Restaurationsgrundstück mit nachweislich kostengünstiger Restauration, großem Saal, großem Sommergarten, zwei verbaute Regalbahnen, soll wegen Krankheit durch mich verkauft werden. Preis 900.000 Mark, Kaufpreis 60.000 Mark. Anzahlung der Gebäude 51.000 Mark. Anzahlung nach Vereinbarung. Antritt kann jederzeit erfolgen. August Paris, Bellen, Pflanzstraße 17.

Kanarienhähne, Zuchtweibchen. Rahnke, Cuvierstraße 2. 417*
Kanarienvogel, Tamm, Seifert, Selbstzucht, Ehrenpreis und Medaillen prämiert. Reihner, Kottbuscherstraße 23.
Kanarienhähne, Weibchen billig. Kramer, Nitzschestraße 136. 418*

Blauer Sportwagen mit Verdeck, billig, Liebrand, Haldenstraße 20.
Kanarienvogel, Tamm, Seifert, Selbstzucht, Ehrenpreis und Medaillen prämiert. Reihner, Kottbuscherstraße 23.
Ein Schlafsofa und Aufbettung zu verkaufen, Köpckestraße 191 beim Tapetier.

Mingischiffen, Bobbin, Schneidm., ohne Anzahlung, Woche 1,60, gebrauchte 12,00. Köpckestraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 498*
Einlegungs-Anzug, tadelloß, billig. Schönhauser Allee 174, III.
Nieten in Berlin und Umgebung werden hiermit angefordert, Ihre Carderobe bei Herrmann Schiefinger, Turmstraße 85, zu kaufen. Jede Größe und Farbe vorhanden. 21394*

Vermietungen.
Schänkräume, vorzüglich geeignet für 1/2 Auskaff, billig. Gubenstraße 30. 15088*
Wohnungen.
Wohnungen, 2 Stuben und Küche, billig, an Stadt- und Hochbahn. Gubenstraße 30. 15096*
Wohnungen, 2 Stuben und Küche, 2 Zimmer, Zubehör, 27,00, sofort oder April. 11411*
Kleine Wohnungen zu vermieten. Reinholdstraße, Doppelstraße Nr. 24, Ernst Gröndler. 17128*

Verkauf.
Restaurationsgrundstück mit nachweislich kostengünstiger Restauration, großem Saal, großem Sommergarten, zwei verbaute Regalbahnen, soll wegen Krankheit durch mich verkauft werden. Preis 900.000 Mark, Kaufpreis 60.000 Mark. Anzahlung der Gebäude 51.000 Mark. Anzahlung nach Vereinbarung. Antritt kann jederzeit erfolgen. August Paris, Bellen, Pflanzstraße 17.

Verschiedenes.

Erbschaftsangelegenheit.
Geht auf Auguste Butterling geborene Krebs und Sohn. Zu melden Charlottenburg, Kanstraße 113, bei Körtling. 17896
Paris. Blavot restaurant, Rue Keller 13. Ranzon-vons des Allemands et des Scandinaves, on lit le 'Vorwärts'. 7828*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker Elsholz, Grobischstraße 7.
Humorist Schmeyer, Kugenerstraße 10. 4105*
Vollwächter-Gesellschaft Kevandowsky, Busselstraße 28. Ökern Matinee frei. 164*

Stellenangebote.

Der Nebenverdienst sucht, verlange Prospekt gratis. D. Wolf, Zwickau, Reichstraße. 1515B*
Theaterfeste, Dienstjüng, Quittenstraße 28. 794*
Theaterfeste, Dienstjüng, Quittenstraße 28. 794*
Theaterfeste, Dienstjüng, Quittenstraße 28. 794*

Schilderermacher

(selbständig) sucht sofort R. Eplinius. 17885

Lebensstellung!

Herrn aus allen Berufsständen und von tadelloser Vergangenheit, welche sich dem Versicherungswesen widmen wollen und auf eine feste und angenehme Stellung der Februar gegen August verstellen, belieben Adressen unter V. D. 3375 an Rudolf Mosse, Berlin C., Königsstr. 50 zu senden.

Achtung, Stenografen!

Der Zusatz für Stenografen aller Branchen ist streng fern zu halten bei Schmalz & Barta, Thüringerstr. 18. 88/9 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!

Zuzug ist streng fern zu halten von Gantischlern und Einsebern nach der Werkstatt 7911 Reif, Demminerstraße und Straußenerstraße.

Achtung, Tischler!

Folgende Werkstätten befinden sich im Streif: Möbelfabrik Rübner, Umlaufstr. 18. Bauhilfsfabrik, Göttingstr. 4. Zuzug ist streng fern zu halten. Fachverein der Tischler Berlin und Umgebung. 188/4